autonomes Blättchen



#26

Sep-Nov 2016

Moin Moin,

diese Ausgabe gibt es Dank der vielen kleinen und wenigen großen Spenden, die uns erreicht haben. Ihr wisst ja, das Gejammer kommt besser gleich am Anfang, dass ihr uns weiter Geld zukommen lassen müsst. So, das ist gesagt.

Es freut uns sehr, dass doch recht viel über einige Artikel der letzten Ausgabe diskutiert wird. Noch schöner wäre es, ihr teiltet uns und den anderen Leser_innen eure Meinung mit. Schreibt!

Was uns wütend macht ist, dass hier nichts passiert gegen die AKP-Politik in der Türkei und deren Unterstützung durch die BRD. Erdogan vollendet den gegen ihn gerichtet Putschversuch mit der Einrichtung einer Autokratie, lässt zehntausende Verhaften, massakriert tausende Kurd_innen, marschiert in Syrien ein – nada, nothing, rien du tout. Grabesstille. Solidarität? Bekommen wir wütende Aufrufe, kluge Einschätzungen, Aktionserklärungen oder konkrete Berichte in Massen zugeschickt? Nö.

Deswegen haben wir mehrere kleine Artikel in diese Ausagbe gepackt, die die Wichtigkeit der Solidarität mit Rojava betonen; auch wenn der Slang nicht immer ganz dem unseren entspricht. In Analogie der Ereignisse berichten wir auch von einer bewaffneten Konsulats-Besetzung 1982(!) in Köln.

Impressum:

Nr. 26 - September/Oktober/November 2016

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
normalerweise alle drei Monate:
1. Dezember, *1. März, 1. Juni, 1. September*

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Wir sind froh diesmal ein paar Texte zu Situationen in verschiedenen Ländern bieten zu können. Das hätten wir gerne öfter. Was ist mit den Protesten in Frankreich, wo nun nach der Sommerpause der Widerstand wieder an Fahrt aufnimmt? Die westfranzösische zone à défendre (ZAD) nimmt ihren Namen ernst und bereitet sich mit einer Großmobilisierung im Schulterschluss mit der italienischen No TAV-Bewegungauf ihre Verteidigung vor - gegen zur Räumung bereite Cops und Bagger von Vinci.

Wie war das No-Border-Camp in Thessaloniki? Wie ist die Lage in Athen und auf Lesvos? Dazu gleich mehrere Berichte.

Starten möchten wir diese Ausgabe mit ein paar (gar nicht neuen) Überlegungen zu den Möglichkeiten technologiekritischer Sabotage. Auch hier eine Anleihe aus den 80ern. Nahtlos angehängt das Selbstverständnis einer anarchistischen Hacker_in, die die Trojaner-Produzenten FinFisher, das HackingTeam aber auch die türkische AKP hackte und detaillierte Anleitungen dazu veröffentlichte.

Danach geben zwei Texte verschiedene Einschätzungen zur drohenden Faschisierung Europas bzw zum Populismus weltweit und warum ein linker Populismus eine denkbar bescheuerte Idee ist.

Ach so: Bebildert ist die Ausgabe diesmal mit Parolen aus dem aktuellen französischen Widerstand. Das Flimmerlayout der letzten Ausgabe hat für Schwindel und Kopfschmerzen gesorgt, hörten wir. Dabei sollte es doch der Kontemplation und inneren Ruhe dienen. Das hatten wir wohl falsch eingeschätzt. Vielleicht sollten wir neue Muster malen und es irgendwann nochmal versuchen oder mehr mit Tierbildern arbeiten. Das mögen doch (fast) Alle!

Seid gegrüßt vom Blättle-Kollektiv



Bullen, Faschos, Machos
raus aus unserem Leben
Zerstören wir alle Formen von Macht

In diesem Blättchen...

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Sabotage

Wir dokumentieren hier einen Auszug aus: **AUTONOMIE**. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Neue Folge | Nr. 13, **1983**, Hamburg: Verlag Autonomie e.V., S. 7 – 50.

http://www.materialien.org/texte/materialien/Sabotage_Autonomie_NF_13_83.pdf

(...)

Sabotage in der Fabrik erfordert, das haben die vorausgehenden Konflikte gezeigt, Kollektivität und eine Kenntnis des Betriebsablaufs, die so lange noch billig zu haben war, wie das Band hinten auch anhielt, wenn man es vorn stoppte. Heute aber ist der Produktionsablauf durch die Pufferzonen flexibel gemacht und durch die Verdrahtung und Prozeßsteuerung der Computer vorgegeben, die jede Abweichung sofort registrieren; die Arbeiter haben keinen Verhandlungspartner, sie sind unerbittlich eingemauert von der neuen Technologie. Die menschliche Arbeit ist auf „Restfunktionen" reduziert:

„Die Autoren der Studie ‚Computer und Arbeitsprozeß' räumen dieser Restfunktion menschlicher Arbeit ein ‚Störpotential für den Prozeß der Kapitalverwertung' ein, ohne jedoch den Stellenwert konkreter Arbeit für die Aufrechterhaltung eines kontinuierlichen Produktionsablaufs per se als konstitutiv für ein neues Krisenpotential anzusehen. Die Auswirkungen der Reorganisation von Produktionsprozessen in Industrien der Fertigungstechnik legen es nahe, die allgemeine Gültigkeit der Entwicklungstendenzen, auf denen die These von der Existenz eines Störpotentials beruht, noch einmal zu überprüfen. Zwar muß berücksichtigt werden, daß die Kontinuität und der stofflich-technische Charakter der Produktionsprozesse in stoffumwandelnden Industrien ein größeres Störpotential bei Fehlhandlungen zur Folge haben könnte, als dies in Industrien der Fertigungstechnik — auch bei zunehmend integrierter Fertigung — der Fall sein kann. Hier zeichnet sich — nimmt man vor allem Entwicklungen in den Bereichen geringerqualifizierter Arbeit in der Elektronischen Industrie und im Fahrzeugbau als Beispiel — eher eine Tendenz zu größerer Unabhängigkeit von der Besonderheit der Restfunktionen menschlicher Arbeit ab. Selbst im Hinblick auf die auf dem gegenwärtigen Stand des Einsatzes von Computer-Technologien verbleibenden komplexen Restfunktionen qualifizierter Arbeit gilt es zu fragen, ob die noch bestehenden Abhängigkeiten nicht nur Lücken eines technologisch zu schließenden Systems der Integration und Kontrolle sind. Was die politisch emanzipative Bedeutung der Restfunktionen menschlicher Arbeit im Produktionsprozeß angeht, zeichnet sich eher die Tendenz ab, ‚daß die Arbeiter, gemessen am Maßstab des modernen Systems, machtloser sind, als sie es jemals seit den Zeiten der Sklaverei waren, was auf die Geringfügigkeit jedes individuellen Arbeitsbeitrags zurückzuführen ist' (Sohn-Rethel)" (Benz Overhage u.a., Computereinsatz und Reorganisation von Produktionsprozessen, in: Leviathan, Sonderheft 4/1981).

Welchen Stellenwert wird dort in Zukunft die Sabotage haben? Als „Störpotential" könnten individuelle Widerstandsformen angesehen werden, die aber über die Roboter hinweg keine Chancen der Verbreiterung hätten; die Sabotage scheint auch nicht mehr durch Demonstrationsumzüge und Blockaden möglich, wofür ja die Arbeitermassierungen an den Konfliktpunkten notwendig waren. Sabotage war Ausdruck der Klassensubjektivität des Nicht-Werts, die in ihrer massifizierten Existenz und in ihrer Beziehung zum Lohn unterbrochen ist. Ein Einbruch in jenen geschlossenen Block, den das komplexautomatisierte Kapital gegenüber den „Rest- und Randarbeitern" darstellt ist von unten nicht mehr möglich, wäre aber Voraussetzung für die Ausbildung neuer Konfliktlinien. Ein solcher erscheint nur noch durch Dynamit oder durch eine Verwissenschaftlichung der Sabotage erreichbar, die eine Einbeziehung der Techniker voraussetzen würde. Immerhin steht neben der Ausgeliefertheit der Fabrikarbeiter die Schreckensvision der Unternehmer: die Möglichkeit, den Produktionsablauf in seinem Zentrum anzugreifen:



Wir fordern nichts
Nehmen wir uns alles

„Ein weiterer Fall (von Computersabotage) wurde uns von dem Sicherheitsbeauftragten eines der größten deutschen Automobilhersteiler berichtet: Zur Vorbereitung eines Anschlags auf das Rechenzentrum dieses

Unternehmens hatte Mitte der 70er Jahre ein in dem Unternehmen angestellter Mitarbeiter den ihm zugänglichen Generalschlüssel für den DV-Bereich als verloren gemeldet und an seine Mittäter weitergegeben. Die von dem Angestellten bezüglich des Schlüssels eingereichte Verlustmeldung führte dazu, daß er und sein Bekanntenkreis vom Werkschutz des Unternehmens näher überprüft wurden, wobei man auf Personen aus dem Kreis der damaligen Baader/Meinhof-Bande stieß. Bei den daraufhin durchgeführten Hausdurchsuchungen wurden Pläne des Rechenzentrums und des Kraftwerks des betroffenen Unternehmens sowie verschiedene Waffen sichergestellt. Hierdurch konnte der geplante Anschlag verhindert und der Schaden auf die (über 1 Mio. DM betragenden!) Kosten für den Austausch des Schlüsselsystems beschränkt werden. Um die potentielle Gefährdung des betroffenen Unternehmens einschätzen zu können, muß man wissen, daß der Computer dieses Unternehmens u.a. für die gesamte Fertigungssteuerung zuständig ist und spätestens 45 Minuten nach seiner Zerstörung sämtliche Fließbänder und damit die Automobilproduktion eines der größten deutschen Unternehmen lahmgelegt gewesen wären. Da es sich bei diesem Unternehmen um einen der größten Computeranwender in Europa handelt und Ausweich- oder Ersatzcomputer deswegen kaum zur Verfügung gestanden hätten, wäre eine Wiederaufnahme der Produktion selbst bei der perfekten Auslagerung sämtlicher Datenträger nur mit erheblicher Zeitverzögerung möglich gewesen." (U. Sieber, Computerkriminalität und Strafrecht, Köln pp 1980).

4.2. Die Analyse des Computereinsatzes in Produktion und gesellschaftlicher Kontrolle bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen dem Mythos des Computers (der Maschine, die den Menschen beherrscht und die nicht einmal von ihren Konstrukteuren mehr verstanden werden kann, vgl. Weizenbaum, Die Macht der Computer, Frankfurt 1977) und der Bestimmung seines Klassencharakters. Bologna und Ciafaloni haben in ihrem unverändert wichtigen Aufsatz darauf hingewiesen, daß eine solche Mystik stets auf dem Fehlen einer Klassenanalyse beruht (Techniker als Produzenten und als Produkt, Berlin 1972). Und dennoch sind es zwei Entwicklungen, die es erfordern, sich mit diesem Mythos der Maschine auseinanderzusetzen: Zum einen ist es die Funktion des neuen Leviathan, in dem die Mystik des Computers zur Mystifikation der neuen Staatsfunktionen wird (natürlich handelt es sich um nichts anderes als das: „die Rigidität der Sprache und des Verhaltens, die Prädisposition, autoritäre Beziehungen zu akzeptieren, die reduzierte Effizienz des Denkens, die daraus entsteht, das ist die gesellschaftliche Wirklichkeit, die man haben will" — es handelt sich um Sozialpolitik gegen die neuen Unterschichten in der Form geschichtsloser, enthumanisierter, technologischer Wirklichkeit), zum anderen ist es die Faszination der Maschine, der viele Computerarbeiter selbst unterliegen: sie lassen sich auf das „Mensch-Maschine-System" ein, spielen damit, überlisten den Computer, spüren Lücken im System auf, lassen sich gefangennehmen von der ihnen zugeteilten Datenwelt und versuchen, die Grenzen ihres Programms zu überschreiten. Das ist die eine subjektive Seite des Technikerverhaltens am Computer: ein Interesse am einsamen „Dialog", der einen fließenden Übergang zur „Computerkriminalität" aufweist, bei der das Spiel „Ernst" wird, wenn die Überlistung des Dialogpartners den Kontostand des Buchhalters diskret erhöht. Die Schriften über Computerkriminalität und deren Verhütung füllen mittlerweise ganze Bibliotheken. In der Tat mag die Computersabotage die Umkehrung dieser Faszination sein: der arme Mensch, einsam vor dem flimmernden Bildschirm, dem der „Dialog" endlich auf die Nerven geht, dem die Überlistung der Programme nicht gelingt oder zu lange dauert, der wird vielleicht den Stecker ziehen, Tee in die Schaltkreise gießen oder eine Büroklammer durch den Schlitz fallen lassen.

Wo es kollektive Kämpfe der Techniker gegeben hat, ging es um Lohnforderungen und die Unerträglichkeit der Arbeitsrythmen (man erinnere sich an die Fluglotsen). Viel wichtiger aber erscheint das Verhältnis von Technikerverhalten und Dequalifikation, die Eingrenzung der Freiräume auch des gehobenen Personals. Das Verhältnis der aufgabenorientierten Programme zu denen der Plausibilitätskontrolle und der Arbeitsbewertung, der Nutzen-Kosten-Analyse und des „Management-Informationssystems", also der Programme zur Kontrolle des Personals und der Organisation des Systems hat sich in den letzten Jahren immer mehr zugunsten der letzteren verschoben und die Taylorisierung der Planungs- und Konstruktionsabteilungen, die „Trennung zwischen dem Innovations- und dem Operationssystem", das computergestützte Programmieren und das Computer-Aided-Design haben zunehmend mehr Techniker auf repetitive Teilfunktionen reduziert, (vgl. W. Neef, Ingenieure im Umbruch, Wechselwirkung 2). Professioneller Anspruch und betriebliche Praxis entsprechen sich immer weniger; vielmehr entsteht ein Bewußtsein der Unterwerfung, Grundlage eines Widerstandsverhaltens, das zunächst der Sabotage der traditionellen Facharbeiter im Entqualifizierungsprozeß zu Beginn des Jahrhunderts ähnelt, sich aber im weiteren immer mehr zu einem Verhalten des „Massentechnikers" entwickeln wird: zur Sabotage gegen die Arbeit, deren Sinn ohnehin im Verborgenen bleibt und die nur noch auf der Ebene wenn nicht sensomotorischer, so doch kognitiver Reflexe liegt. „Der Computer kann für das mittlere Management sein, was das Montageband für den Lohnempfänger ist", hat ein Arbeitspsychologe bei General Motors gesagt.

Die Isolation der Technikerkämpfe von der Abteilungsebene der Arbeiter ist schon Ende der 60er Jahre thematisiert worden: Bologna und Ciafaloni sprechen von der Gefahr einer „korporativen Involution", und sie favorisieren dagegen die Auffassung, „nach der die ‚proletarisierten' Techniker die Möglichkeit hätten, spezifische Kämpfe zu führen, die unerläßlich für eine globale Strategie sind". Eine andere Auffassung haben die Roten Brigaden exerziert, deren Kader zum Teil selbst Techniker waren und die ihre Aktionen auch auf der Ebene der Planungsabteilungen als Avantgarde auf die Massenaktionen der Abteilungsebene zu beziehen suchten (so bei Pirelli, Fiat und Alfa Romeo):

„Die Sabotage des Guerilla-Arbeiters muß ‚wissenschaftlich' sein; sie muß sich gegen alles richten, was Isolierung bedeutet und den Kampf verhindert! Sie muß sich gegen die Maschinerie des Kommandos, gegen die Strukturen der Kontrolle, gegen die Örtlichkeiten und Einrichtungen wenden, wo die konterrevolutionären Aktivitäten miteinander verschmelzen und sich konkretisieren. Bei diesem Angriff muß die Sabotage des Arbeiter-Guerilleros die Massenorganisation der Roten Macht hervorbringen ... DIE GUERILLA IN DIE FABRIK TRAGEN UND IN DER FABRIK AUSWEITEN!" (BR: Die Biene und der Kommunist, vgl. AUTONOMIE Heft 9).

[Bild: Magnetbandlager nach Brand]

Aber beide Konzeptionen waren auf die Zentralität des Massenarbeiters in den frühen 70er Jahren bezogen, sie können auf die heutige Situation nicht verlängert werden. Andererseits, werden die Techniker nicht in die Lage kommen, eine eigene „Technikerzentralität" in korporativer Form zu konsolidieren, also einen Kampfzyklus, der auch nur im entferntesten an das 1969-73 der Arbeiter erinnern könnte — die Restrukturierung des Arbeitsmarkts und der Fabrik, die die Massenarbeiterzentralität gekippt hat, erfaßt die Technikerberufe von vornherein mit.

In der Tat sind die „Anlernzeiten" für das Bedienungspersonal an den jeweiligen Geräten sehr kurz und die Massenuniversitäten der 70er Jahre haben ein breites Angebot anlernfähiger Akademiker auf den Markt geworfen, Programmier-und Operatorenschulen sprießen wie Pilze aus dem Boden. Das ist die Voraussetzung für die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auch in den technischen Berufen, die Bildung von Kern- und Randbelegschaften, die Kontraktarbeit, die „Tele-Heimarbeit". Es kündigt sich ein „Techniker-Jobber" an, der die Monotonie der Bildschirmarbeit durch individuelle Freizeitgestaltung zu fliehen sucht, der aber seine Enttäuschung über sinkende Technikerlöhne sehr rasch in Sabotage umsetzen könnte. In anderer Form geschieht dies bereits in den USA, wo die Frustration über den verschlossenen Stellenmarkt oder die Reduktion der Arbeitsqualifikation gegen die Programme gewendet wird:

„Oft kommen die Verprellten, gleichsam durch die Hintertür, doch ans Ziel. Dazu mag es genügen, einem Programmierer über die Schulter zu blicken und jenes Code-Wort zu erhaschen, das den Zugang zum Rechner öffnet. Andere Freispieler im Rechnernetz probieren an einem der vielen Universitäts-Datenterminals so lange herum, bis sie auf eines der Sesam-Öffne-Dich-Wörter stoßen. Süchtig nach dem Dialog mit der logischen Maschine, entwickeln Hacker zumeist überragende System- und Programmierkenntnisse — beides Voraussetzungen, um Sicherheitsbarrieren zu überwinden, fremde Programme zu filzen und, Traum eines jeden Hackers, für einen Computer den Status eines .Super-Benutzers' zu erlangen. Der Status, durch bestimmte Codes ausgewiesen, verschafft dem Benutzer Zugang zu allen Teilen des Rechnernetzes ...

Zugleich wächst auch die Zahl jener Hacker, die ihre intimen Computerkenntnisse gegen das System wenden. Frustriert durch vergebliche Job- und Studienplatzsuche, beweisen sich die Aussteiger unter den Computer-Freaks durch elektronische Störmanöver ... Schaden entsteht den Firmen erst, wenn es dem Eindringling gelingt, den Inhalt von Computer-Speichern zu löschen, Programme zu verändern oder, was oft unentdeckt bleibt, sensible Daten anzuzapfen ..." (Der Spiegel, 21/1983).

Fassen wir die Probleme der Techniker-Sabotage zusammen: Die Taylorisierung auch der Planungs- und Konstruktionsabteilungen ist so weit vorangeschritten, daß die Techniker weitgehend auf einen individuellen „Mensch-Maschine-Dialog" reduziert sind; es fehlen Kollektivierungspunkte des Widerstands (und einen Computer zentral durch Brand oder Dynamit zu zerstören erfordert erheblich mehr „kriminelle Energie" als ein Fließband zu stoppen 10 Jahre zuvor), zudem stünde ein kollektiver Widerstand mehr denn je in der Gefahr, in korporativistischer Verteidigung des Lohnvorteils und einer relativen Privilegierung zu versanden. Etwas anderes scheint zunächst im Vordergrund zu stehen: das Problem der „Verwissenschaftlichung von Sabotage" und ihr Verhältnis zu der Überqualifikation der Techniker in repetitiven Teilfunktionen oder kurzfristigen Arbeitsverhältnissen. Versteht man dieses Problem nicht nur als Möglichkeit individueller Geldbeschaffung und als Spielfeld für „Hacker", so ist zuerst nach der Verantwortlichkeit der Techniker gegenüber den völlig entmachteten Arbeitern in den Werkhallen und nach der Verantwortlichkeit gegenüber dem gesellschaftlichen Verarmungsprozeß zu fragen: die „Verwissenschaftlichung der Sabotage" kann nicht allein von einem künftigen Kampfzyklus der Techniker erwartet werden, denn sie erfordert einen moralischen Bezugspunkt außerhalb.

4.3. Fraglos wird sich die Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse in den kommenden Jahren fortsetzen. Sei es die anstehende Entlassungswelle des Stahlsektors und des Einzelhandels, sei es später im Büro- und im Automobilsektor, sei es, daß Mittelbetriebe ihren Besitzer wechseln und der neue die Belegschaft oder Teile davon in tariflosem Zustand übernimmt oder daß es sich um arbeitslose Jugendliche oder illegale Immigranten handelt — der Arbeitsmarkt der Massenarbeitslosigkeit wird Drehscheibe einer mobilen Arbeitskraft bleiben, die in oft kurzfristigen Arbeitsverhältnissen ständig umgeschichtet und neu zergliedert wird. Welche Formen des Arbeiterwiderstands sind in diesem Prozeß zu erwarten?

Was die großen Entlassungswellen betrifft, wie sie im Stahl-und später im Autosektor nicht ausbleiben werden, so wird es sich, im gegenwärtigen politischen Klima, wahrscheinlich um eine sozialdemokratisch/gewerkschaftlich dominierte Protestbewegung handeln, die sich gegenüber den Arbeitslosen und Prekären abgrenzen wird. Mag es auch regionale Ausweitungen dieser Konflikte (etwa im Saar- oder Ruhrgebiet) geben, Betriebsbesetzungen oder Protestumzüge, so wird es bei diesen Aktionen schwer sein, auch wenn sie nicht mehr von örtlichen Honoratioren angeführt werden, mit ihrer produktivistischen Ideologie (vor allem auf Seiten der prospektiven Frührentner) und in der Verteidigung des Status quo ehemaliger Hochlohnarbeit, Gemeinsamkeiten mit anderen Schichten der Massenarbeitslosigkeit zu entwickeln. Und die von den Chips verdrängten Angestellten aus Büro und Verwaltung stehen noch mehr in der Gefahr, daß ihre Zukunftsängste noch im Prozeß der Verarmung gegen die untersten Segmente der Armut repressiv ausgespielt werden könnten. Nicht aus diesen großen Ereignissen und Konflikten scheinen neue Formen des Widerstands zu erwarten; wohl aber wird der Übergang von der Großfabrik zur dezentralen Produktion in chipgesteuerten Klitschen und vom Großraumbüro zur Telearbeit im Wohnzimmer die Bedingungen der kommenden Kämpfe bestimmen.

Erst wenn die Entgarantierten der ehemaligen Kernarbeiterschicht unten angekommen sind, wenn sie in einer Klitsche, am Steuer eines LKW oder in einer Subkontraktfirma auf dem Bau neu Fuß zu fassen versucht haben, dann könnte sich ihr Widerstand auf einer neuen Ebene ausbilden. Da der neue Lohn nicht mehr reicht, da die Kurzfristigkeit der neuen Arbeitsverhältnisse die bisherigen Vermittlungen zur eigenen Arbeit untergräbt, könnten Aneignung und Sabotage — der in informellen Gruppen ausgeheckte Trick, um sich etwas Luft und freie Zeit zu verschaffen, die Zerstörung der Chips, die die Anbindung der Klitsche an die Großfabrik sichern und das maschinell bestimmte Arbeitstempo regulieren, die Unterbrechung des Transportzyklus, die Zerstörung von Maschinen und Produkten, um


antikapitalistische Grüße

Druck auf den Unternehmer auszuüben — es könnten Aneignung und Sabotage zu neuen Ehren kommen. Nimmt man die Fluktuation und die Mobilität dieser Menschen, den unzureichenden Lohn, den tariflosen Zustand und die Zerstreutheit und Wahllosigkeit der neuen Arbeitsverhältnisse zusammen, so scheinen am ehesten Kampfformen möglich, die zwischen den „collective bargaining by riot" der frühindustriellen Arbeiterschichten und der Mobilität und den Sabotageformen des Syndikalismus und der Wobblies stehen könnten. Es wäre ein „roher" Syndikalismus denkbar, für den nicht der Lohn zählt als Produkt einer hilflosen Anpassung an die Maschine, sondern für den sich Einkommen als Produkt von Aneignung, Sozialgeldern und Unterbrechungen des maschinellen Zyklus darstellt — der Arbeitslohn wäre so hoch wie die Angst der Unternehmer vor nächtlichen Bränden in der Fabrik.

[Bild: Rechenanlage nach dem Besuch der Sabotagegruppe CLODO, Toulouse 1980]

Aber wie groß ist die Chance, daß sich ein solches Arbeiterverhalten ausbreiten kann? Man könnte an die proletarischen Runden in Italien Mitte der 70er Jahre denken, wo jugendliche Proletarier mit Schraubenschlüsseln und Brecheisen von Klitsche zu Klitsche gezogen sind, um die dezentralen Widerstandspunkte im Produktions- und Aneignungzyklus regional miteinander zu verbinden. Aber die Hemmnisse eines solchen proletarischen Widerstands liegen in der Versprengtheit der Arbeitsverhältnisse, der fehlenden Kommunikation zwischen Klitschen und Quartieren, den fehlenden sozialen Bezugspunkten, von denen aus sich ein neues Widerstandsverhalten stabilisieren könnte, von denen aus die Inhalte eines proletarischen Existenzrechts jenseits des Kapitals, das Recht »uf Einkommen unabhängig von Arbeit und Anpassung, formuliert werden könnten. Wird es eine mobile politische Schicht der Entgarantierten geben, die sich die regionale Rekonstitution proletarischer Zusammenhänge von unten zur Aufgabe macht? Die einen Angriff

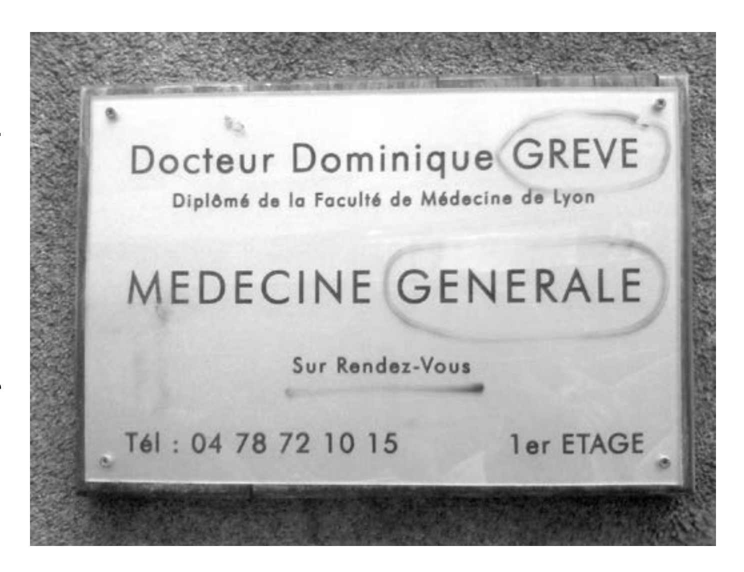
thematisiert, der die Mehrwertkaskade des Kapitals in ihrer Dezentralität, an ihren sensiblen Punkten Transport und Kommunikation, von der zentralen Frage nach Einkommen und proletarischen Gebrauchswert her zu treffen vermag?

Die wichtigsten Einwendungen gegen ein solches Projekt sind: einem „Bargaining by riot“ fehlen die Grundlagen des sozialen Wissens, wie sie die Verbindung von Brotpreis und gerechtem Lohn im Frühindustrialismus dargestellt hat; einer Verlängerung der mobilen Agitation der Wobblies müßte entgegengehalten werden, daß die IWW letztlich daran gescheitert sind, daß sie weder das Problem der Community — der spezifischen ethnischen, antirassistischen und regionalen Artikulationen des Widerstands — noch das des Staats und seiner sozialpolitischen Destruktivität zu thematisieren wußten. Es ist fraglich, welchen Stellenwert eine vorrangig um das Thema Arbeit kreisende Neuformulierung einer syndikalistischen Perspektive noch haben kann. Und wer wird die mobile, zwischen den Konfliktorten zirkulierende politische Schicht der der Entgarantierten stellen? Bei der Figur eines „politischen Jobbers“, die für diese Aufgabe prädestiniert schien, handelte es um eine voluntaristische Existenzweise, die durch den Prozeß der Entgarantiertung selbst überlebt ist:

,,Das breite sozio-politische Gemisch der Jobber existiert nicht mehr, weil ihm das Kapital die Bedingungen seiner Reproduktion entzogen hat, es proletarisiert hat. Trotzdem ist aus diesem Gemisch keine größere Initiative entstanden. Unser Versuch, innerhalb dieses Sektors und innerhalb dieses Übergangs ‚die Jobber zu organisieren‘ als ersten Schritt zur Ausweitung auf andere Klassenschichten, mußte deshalb scheitern; einigermaßen große Gruppen von Jobbern zusammenzukriegen und als ‚Selbstorganisierte‘ zusammenzuhalten, erfordert Gruppendynamiken, die so weit nach innen gerichtet sind, daß sie sich von anderen Teilen der Klasse geradezu abschotten. Heute ist nicht einmal mehr für diese Fehler eine Basis vorhanden: die Figur des Jobbers hat sich buchstäblich aufgelöst.“ (Karlsruher Stadtzeitung Nr. 30, 1984).

Jeder Optimismus, der hinter den Zerstörungen des Krisenangriffs seit 1973 sogleich die neue Synthese eines „gesellschaftlichen Arbeiters“ gewittert hat, ein jugendliches Subjekt mit den Erfahrungen des Arbeiterzyklus von 1969 -73 und der Inbrunst des italienischen 1977, ist überholt:, die Entgarantierung ist zunächst nichts als Segmentation und Zersplitterung einer gesellschaftlichen Klasse, Verarmungspolitik, die in der biographischen Erfahrung der Betroffenen entweder Berentung oder hartnäckige Versuche zu neuem Arrangement bedeutet, Arbeitssuche und Überlebensstrategie.

Und immer breiter bildet sich ein Sockel von Dauerarbeitslosigkeit, in Kombination mit Projekten staatlich organisierter Zwangsarbeit, von wo aus die Frage nach Sabotage der kapitalistischen Maschinerie aus einer hoffnungslosen Position gestellt ist. Wo sie noch möglich erscheint, wäre sie verzweifelter Ausdruck einer verfahrenen Situation, aus der es gegenüber der sozialen Maschinerie keinen Ausweg zu geben scheint. Sie wäre nicht mehr Negation der kapitalistischen Fließproduktion, nicht mehr Ausgangsort sozialer Verbreiterung und sie hätte gegenüber der sozialtechnischen Funktion des Lohns auch keine syndikalistische Bestimmung. Vielleicht aber könnte sie, und es wird doch für agile Menschen immer vielfältige Möglichkeiten geben, solange wir noch nicht im Science Fiction leben, als Unmutsäußerunq und Unterbrechung der gesellschaftssanitären Ablauforganisation doch Anstöße zu einer sozialen Rekonstitution von unten liefern.



4.4. Sabotage ist eine Antwort auf das Dilemma eines überlebten Kapitalismus, der von vornherein gegen die Unterschichten destruktiv gewesen ist. Aber diese Destruktivität ist, wie uns die Operaisten gelehrt haben, stets auch Rekomposition gewesen, immer wieder soziale Neuzusammensetzung lebendiger Arbeit. Erst mit dem Krisenangriff der letzten Jahre erleben wir, wie sich statt lebendiger sozialer Neuzusammensetzung die technologische Ersetzung lebendiger sozialer Beziehungen durch das kalte Netz informatisierter sozialer Technologie abzeichnet. Geht es in der Fabrik um die Zersetzung der Arbeitermassierungen, so geht es in der Gesellschaft um die Auflösung aller sozialen Agglomerationspunkte, aller Orte, wo die Verhältnisse von Menschen untereinander nicht durch von vorn-

herein eingebaute Verhaltensvorschriften geregelt ist. Haben wir bisher unter einer gesellschaftlichen Verfaßtheit gelitten, die im Großen und noch in den Details das Gesicht des Nationalsozialismus nicht verbergen konnte, die vom Blockwart bis zum Frührentner mit Schäferhund ihre Kontinuität auch in der Erinnerung von unten bewahrt hat, so hat es sich dabei doch um einen sozialdemokratisch modernisierten „Volkskörper“ gehandelt, dessen Ansprüche und dessen drohende Unregierbarkeit Vermittlungsglieder sozialer Zugeständnisse gewesen sind.

Der NS hat die Reste kollektiver Erinnerung an Werte außerhalb des Kapitals zerstört, er hat die Reproduktion enteignet und zur staatlichen Aufgabe erklärt, aber er hat, wie sein Nachfolger, in einer Position gegenüber lebendigem Klassenverhalten, Artikulationen des Widerstands, Protesten und Forderungen gestanden. Er lebte von der Vielzahl der Grenzträger, Vermittlungs- und Verhandlungsebenen, vom Prinzip einer sozialen Uniformität, die es im Verhalten der Bevölkerung zu erzeugen, zu verankern und zu überwachen galt. Dagegen lebt der neue, nachkeynesianische Staat von der Auflösung jeglichen Klassenverhaltens, er erzeugt nicht lebendige Uniformität, sondern Vereinzelung. Er lebt davon, daß individuelles Verhalten zunehmend erfaßbar wird in Daten, die kombiniert, in Bewegung gesetzt und zu Projektionen der Macht verarbeitet werden. Diese Daten sind nicht Abbild lebendigen Klassenverhaltens, sondern geschichtslose Reproduktion der Herrschaft. Es geht dabei um die präventive Eingrenzung möglicher Konfliktzonen (z.B. Kriminalgeographie), um die Steuerung der gesellschaftlichen Segmentation (z.B. die Sichtung und Auslese der Arbeitslosen mit Hilfe computergesteuerter Vermittlungssysteme), um die Zerstreuung der Armen (die Millionenzahl der Arbeitslosen ist im Computer der Sozialversicherung, nicht aber auf der Straße präsent).

In dieser Situation wird es zunehmend weniger verbreiterungsfähige soziale Erfahrung geben, zunehmend weniger Orte ihrer Verbreitung, zunehmend weniger Vermittlungspunkte des Widerstands gegen die staatliche Maschinerie. Das Kräfteverhältnis, in dem der Staat mit der Forderung nach indirektem Lohn konfrontiert wurde, war der kollektiven Erfahrung der Klasse gegenüber dem sozialen Netz des Staats geschuldet. Reagiert der Staat nicht mehr auf lebendig erfahrbare Kämpfe (außer mit deren Zerschlagung), so ist er auch nicht mehr als Verhandlungsgegner in einem sozialen Dialog auszumachen: staatliche Konstitution und Dekomposition der Klasse bedingen einander; die neue Wirklichkeit liegt auf einer Ebene, die von unten nicht mehr erfahrbar und deshalb auch nicht zu bekämpfen ist. Es sei denn, die Unterklassen könnten sich eine neue Wirklichkeit außerhalb des Staats selbst schaffen.

In der Gesellschaft also dieselbe Situation wie in der Fabrik, wo die Sabotage im Kampfzyklus 1969-73 einen neuen Stellenwert für die Arbeiterautonomie gewonnen hatte, in der Verbindung mit Arbeiterversammlungen, Fabrikumzügen und wilden Streiks. Sie hatte ihre Bedeutung aus der Verbreiterung von Erfahrungen gewonnen, aus der Aneignung von freier Zeit und von unkontrollierten Räumen in der Fabrik. Die Kenntnis der Produktionsabläufe und ihrer schwachen Punkte und der Reaktionen von Gewerkschaft, Betriebsleitung und Meistern war Voraussetzung. Das ging, solange Maschinerie und Betriebshierarchie stets erneuerte Antwort auf Arbeiterverhalten waren, die Maschinen in Eisen gegossenes Kampfmittel, geronnene Arbeit, und solange es Arbeiterkonzentrationen in der Fabrik gab, in denen die Erfahrungen dieser Kämpfe weitergegeben wurden. Die Auflösung dieser Erfahrungsebene und die Durchsetzung eines von unten nicht mehr durchschaubaren und nicht beeinflußbaren Ablaufs hat diese Bedingungen zerstört.

In der Fabrik und Gesellschaft sind Computer eine Maschine der sozialen Dekomposition. Ihre Fähigkeit, Daten zu speichern und durch Rekombination zu neuem Leben zu erwecken, ist die letzte Enteignung produktiven und gesellschaftlichen Wissens von unten, Reproduktion von Kapital und Staat ohne soziale Konstitution. Eine Maschine für Mehrwert und Kommando, ein und dieselbe Maschine für Kapital und Staat, eine Maschine, die nichts als Herrschaftsanspruch ist, die das Auseinanderfallen von Kapitalreproduktion und Staat in der Gemeinsamkeit des Algorithmus aufhebt. Mit dem Algorithmus der Computer versucht sich das Kapital der sozialen Logik des Klassenkampfs zu befreien: es operiert unabhängig von der sozialen Welt der Unterklassen. Demgegenüber gibt es keine dialektische Klassensubjektivität mehr, sondern zunächst ist diese Situation Ausdruck einer hoffnungslosen Niederlage.

Aber mehr als das: Haben wir für die zwanziger Jahre die Betriebspsychologie als Abschied vom Darwinismus des Unternehmertums in der Fabrik beschrieben (ein sehr halbherziger Abschied freilich), nämlich den Übergang von der Auslese des Taylor‘ schen „first class worker“ zur Betriebspsychologie, und für die dreißiger Jahre die Sozialpolitik als tendenziellen Abschied vom Sozialdarwinismus der staatlichen Eliten — und aus dieser Sicht waren die Mordprogramme des Nazismus gedacht als Übergangsphase für die Konstitution einer deutschen Hochlohnarbeiterklasse im beherrschten Europa —, so kehrt das Prinzip der Selektion als soziales Programm und als kalter Ausdruck der Daten zurück. Durch die betrieblichen Datensysteme wird die Einheit von Mehrwert und Kommando hergestellt, nicht durch die betriebspsychologische

Pflege einer Belegschaft, sondern durch die Optimierung des Systems Mensch-Maschine-Lohn, wobei anhand der Fehlzeiten, der Fehler, der Trinkgewohnheiten und der ärztlichen Atteste die zu Entlassenden gekennzeichnet werden. In der Gesellschaft dient das staatliche Datennetz zunächst nicht einer produktiven Gesellschaftlichkeit, sondern der Dekomposition und der Schaffung einer neuen Hierarchie. Im Zugriff einer „Rasterfahndung“, die soziale Abweichung im Detail registriert, werden Informationen aus Milieustudien, ärztlichen Untersuchungen, Rentenanträgen, Intelligenztests, krimineller Vorgeschichte, der Reaktion auf Erziehungsmaßnahmen und dem Verhalten in staatlichen Arbeitsprogrammen so „abgeglichen“ werden, daß unter dem Strich eine Liste der auszusondernden Personen erscheinen muß. In der Maschinerie des Leviathan ist Aussonderung von vornherein angelegt. Sie ist nicht zuletzt in der Folge von Ausländerhetze oder neuen faschistischen Strömungen zu erwarten (die Ausfälle der Medien gegen Ausländer_innen und autonome Militante sind notwendige Begleitmusik), sondern als Abfallprodukt einer gesellschaftlichen Synthese im Computer, der die dysfunktionalen Datensätze ausspuckt. Jedoch haben die CDU-Gesellschaftsplaner keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Zusammenhang zwischen Mehrwert und Kommando auch in der Gesellschaft wiederherzustellen gedenken (vgl. die Vorlagen von George und Albrecht) und daß sie die gegenwärtige Situation als Übergangsphase betrachten: das wird nicht mit einer Massenarbeitslosigkeit von 6 Millionen möglich sein, wie sie für die kommenden Jahre erwartet wird, sondern nur, wenn die unproduktiven untersten Segmente der Hierarchie in die Lager getrieben oder vernichtet werden. Die Maschine der Dekomposition ist Voraussetzung und Effektivierung einer Maschinerie der Vernichtung.

Wird es gegen diese Maschinerie der Zerstörung neue Sabotage geben? Die Computer stehen für die heutigen Unterschichten noch mehr außerhalb ihres Erfahrungsbereichs als die Jennys für die Maschinenstürmer, sie sind nichts als fremde, äußerliche Macht. Vielleicht wird der Widerstand gegen sie deshalb aus der Enteignung lebendiger Erfahrung, als Widerstand gegen völlig äußerliche Herrschaft zu fassen sein. Aber aus der Fremdheit gegenüber Arbeit und Maschine allein wird noch nicht Maschinenstürmerei. Es fehlt den Unterschichten, deren soziale Beziehungen auf ein rückläufiges staatliches Sozialsystem gerichtet sind, jegliches Fundament für einen von außen formulierten Angriff. Die Frage für jede Sozialrevolutionäre Tendenz stellt sich deshalb in einer Doppelheit: es ist die Frage nach den Orten sozialer Rekonstruktion von unten: wie ist die Maschinerie in Fabrik und Gesellschaft so zu blockieren, daß Raum für neue soziale Subjektivität geschaffen wird? Diese Frage muß Gegenstand militanter Untersuchung sein. Und es ist zugleich die Frage, wie sich die Fähigkeit gewinnen ließe, in die Technologie des Kommandos einzudringen, mit der immer mehr Zerstörung und Vernichtung produziert wird, um sie von innen her zu zersetzen. So oder so: die Sabotage der gesellschaftlichen Erfassung ist Vorbedingung für die Verbreiterung sozialer Kämpfe. Eine Sabotagegruppe in Toulouse hat 1979-81 erste Schritte in dieser Richtung unternommen. Sie verwüstete eine Polizeistation und veröffentlichte dort entwendete Unterlagen, sie klaute die Diebstahlskartei eines Supermarkts, zerschlug das Büro einer Zeitleihfirma, griff die Hauptquartiere von zwei auf Guerilla-Bekämpfung trainierten Armeeeinheiten und schließlich ein „Institut für Unternehmensberatung“ an; im Mittelpunkt standen Brandanschläge auf die Rechenzentren verschiedener Firmen. Jeweils waren diese Anschläge unter phantasievollen Namen ausgeführt worden; bei den Computerzerstörungen nannte sich die Gruppe CLODO (Komitee zur Zerstörung oder Irreleitung von Rechenanlagen);

Militante Computerfeinde

Toulouse, 28. Januar (AP). Computergegner haben am Freitag einen Sprengstoffanschlag auf das Präfektur-Rechenzentrum im französischen Toulouse verübt und dabei das Gebäude sowie einige Computer schwer beschädigt. Der Polizei zufolge explodierten drei Sprengkörper zur selben Zeit. In einem Brief an die Nachrichtenagentur AFP bezeichnete sich das „Komitee für die Liquidierung oder das Bremsen von Computern“ als Urheber des Anschlags. Die militanten Computerfeinde haben seit 1980 schon mehrfach Anschläge auf Einrichtungen in Toulouse verübt. (Frankfurter Rundschau 29.1.83)

Clodo heißt im französischen zugleich Clochard und schrieb in einer Erklärung:

,,Wir sind Datenbearbeiter, die daher in der Lage sind, die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren der Informatik und Datenübertragung zu erkennen. Der Computer ist das bevorzugte Werkzeug der Herrschenden. Er dient der Ausbeutung, Erfassung, Kontrolle und Repression. Morgen wird die Datenübertragung das Jahr 1984 einläuten, übermorgen das Zeitalter des programmierten Maschinenmenschen. Dagegen kämpfen wir und werden wir kämpfen. Diese Sabotageform ist nur etwas spektakulärer als jene, die wir und andere alltäglich anwenden. Es geht nicht darum, die Aufgabe der Bullen zu erleichtern, aber halten wir fest: Wir sind weder der bewaffnete Arm des Proletariats, noch knallharte Militante, noch weniger der Kern einer Organisation, die die Hegemonie anstrebt. Wir sind weder Kubaner, noch Libyer, noch Marsbewohner. Kaum zu verdächtigen und in jedem Fall unverdächtig, nehmen wir an keinen Vollversammlungen oder Meetings teil, wir versuchen nicht zu rekrutieren — wir wissen, daß wir nicht allein sind. In einer Gesellschaft, in der man immer weniger leben

kann, sind wir eine Gruppe von Revoltierenden, wie es sie zu Hunderten gibt. Wir wollen uns nicht im Ghetto der Programme und organisatorischen Plattformen einschließen. Unser einziges Ziel ist der Kampf gegen jede Herrschaft." (zit. nach Liberation 9.4.1980)

Wenn es einen Weg gibt, so liegt er in der Kombination gezielter Angriffe von außen und einer sich ausweitenden Techniker-Sabotage von innen. Diese Angriffsebenen stehen aber, wenn sie nicht von vornherein einen lebendigen und moralischen Bezug bei den an den Rand gedrängten Unterschichten suchen, wenn sie die soziale Rekonstitution von unten nicht als einziges Ziel ihres Angriffs sehen und die Zerstörung von Herrschaft als Voraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen, in der Gefahr, einen eigenen minoritären Dialog mit der Macht zu führen, der zur Perfektionierung der Gewaltmittel von oben beitragen würde und sich letztlich gegen die Unterklassen richten würde.

Dokument: aus Wirtschaftswoche, Nr. 40, 30.09.1983

Datensicherung - In sieben Tagen pleite

Der Anschlag auf das Mainzer MAN-Rechenzentrum verlief glimpflich. Für viele deutsche Unternehmen können derartige Attentate noch weitaus schwerwiegendere Folgen haben.

Kaum war der Rauch der Bombe verzogen, die in der Nacht zum 20. September das Rechenzentrum des Zweigwerks der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg-AG (MAN) in Mainz-Gustavsburg kurzfristig matt gesetzt hatte, da meldete Werksleiter Hilmar Kobriger: „Wir haben wieder Übersicht."

Nur Stunden, nachdem sich Revolutionäre Zellen selbst bezichtigt hatten, den Sprengsatz an der EDV-Zentrale gezündet zu haben, konnte die Produktion des MAN-Unternehmensbereichs Maschinen- und Stahlbau, wenn auch nur notdürftig, wieder anlaufen. Denn noch in derselben Nacht starteten Lastwagen bei IBM und Nixdorf, und Monteure gingen daran, die zerstörten Computer sowie die Zusatzaggregate auszuwechseln. Außerdem konnten die Mainzer per Kurier Daten zum MAN-Computer nach Nürnberg schicken.

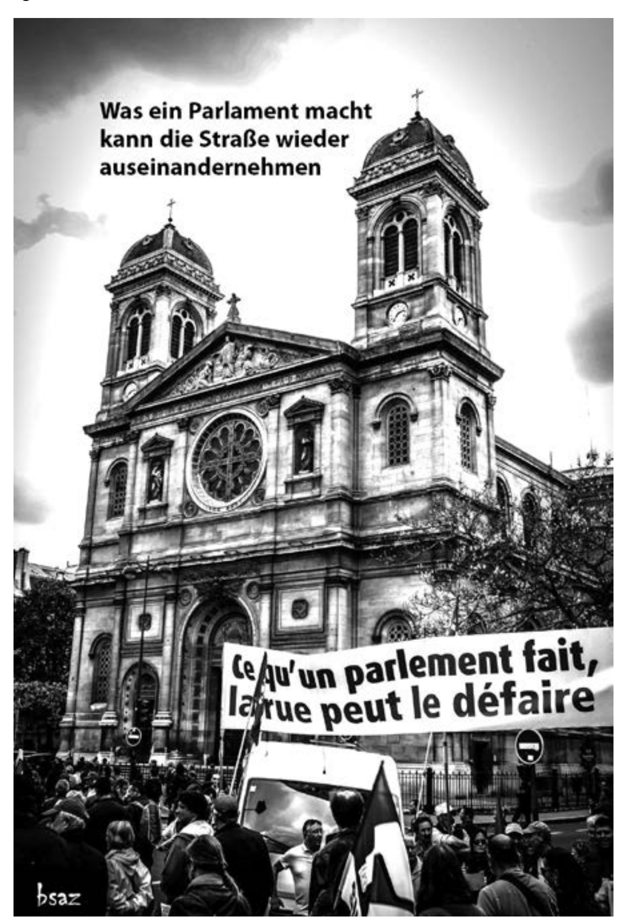
Denn das Wichtigste hatten die Attentäter im Fall MAN nicht erwischt: das Datenarchiv. Jeden Abend werden die am Tag angefallenen Daten, auf Magnetbändern abgespeichert, in den Keller gepackt. Wöchentlich wandert das Material laut Kobriger in einen alten Bunker mit „meterdicken Wänden".

Doch trotz der schnellen Entwarnung zeigt der Fall MAN, daß sich die Attentäter ein lohnendes Objekt für ihren Anschlag ausgesucht hatten. Der MAN-Werksleiter weiß genau, daß er den Betrieb nicht so schnell hätte wieder aufnehmen können, wenn der Sprengsatz durchschlagender gewesen und seine Wirkung nicht auf den Anlagenpark beschränkt geblieben wäre, sondern auch das Datenarchiv vernichtet hätte.

„Derartige Bombenanschläge treffen dann den Nerv", weiß Kobriger, der ohne seine Daten die Produktion nicht mehr steuern und nichts mehr ausliefern kann, keinen Zugriff auf seine Läger und keine Möglichkeit hat, Lohn- und Kostenrechnungen anzustellen: „Dann ist man praktisch blind."

Mit derartiger Blindheit sind deutsche Unternehmen, wenn der Anschein nicht trügt, jedoch reihenweise geschlagen. Denn ein ausgeprägtes Bewußtsein für die Sensibilität von Rechenzentren, so berichten Datenverarbeitungsfachleute übereinstimmend, gibt es kaum. Schließlich empfehlen sie als Berater nicht nur, genaue Zugangskontrollen zu diesen Steuerzentren einzurichten, sondern auch deren Einbau in das Innere von Gebäuden und höheren Etagen.

MAN ist offenbar nicht allein vor bösen Überraschungen unzureichend gesichert. Henry F. Sherwood, EDV-Berater und Kenner der Szene, weiß generell zu berichten: „Die deutschen Unternehmen sind für solche Fälle schlecht vorbereitet." Nach den Erfahrungen des Amerikaners sind in den USA, wo es derartige, politisch motivierte Anschläge auf Rechenzentren schon seit den Zeiten des Vietnamkriegs gibt, etwa 80 Prozent der Unternehmen „sehr gut" auf den Fall eines Anschlags eingestellt. In der Bundesrepublik sieht er wirksame Sicherheitsvorkehrungen nur bei 20 Prozent der Firmen.



Und Klaus Dutschke, Sicherheitsbeauftragter des Rhein-Main-Rechenzentrums in Frankfurt, weiß von Unternehmen zu erzählen, deren betriebliche Abläufe bereits zu 90 Prozent von der elektronischen Steuerung abhängen, die aber dennoch ihre Rechenzentren „in Baracken“ untergebracht haben, die leicht zugänglich sind, aus denen sogar „leicht Speicherbänder entwendet werden könnten“, von physischer Zerstörung ganz zu schweigen.

Was es aber heißt, wenn die Daten nicht mehr verfügbar sind, weil sie gestohlen oder verbrannt wurden oder weil der Computer in die Luft flog, erläutert Organisationsspezialist Sherwood: „Die meisten Unternehmen sind ohne Daten nach spätestens sieben Tagen pleite.“

Und das kann schon passieren, wenn die ausgefallenen Maschinen nicht rechtzeitig ersetzbar sind. Denn nicht immer ist der Hersteller in der Läge, schnell brauchbaren Ersatz heranzukarren, vor allem nicht, wenn die Rechner mit älteren Betriebssystemen laufen, die der Computerbauer nicht mehr liefert.

Ersatzprobleme bekam die Bertelsmann AG im Jahre 1979 zu spüren, als ihr Papierlager in Gütersloh plötzlich in Flammen stand und das Rechenzentrum Schaden nahm. In ihrer Not konnten die Berteismänner nur mit Mühe den ausgefallenen Zentralrechner durch ein Leihgerät ersetzen. „Wir haben europaweit gesucht“, berichtete die Leasingfirma, die Bertelsmann mit EDV ausrüstet. Dabei war es noch ein glücklicher Umstand, daß nur die 10 Millionen Mark teure Zentraleinheit nicht mehr lief. Denn vor allem die lebenswichtigen Peripheriegeräte wie Drucker oder Magnetplatten- und Magnetbandlaufwerke sind auf die schnelle nur schwer wiederzube-schaffen. Doch trotz dieser Empfindlichkeit ist es mit der entsprechenden Sensibilität bei den Unternehmen nicht weit her. Ulrich Sieber, Rechtsanwalt and Unternehmensberater für Elektronik, weiß ein Lied davon zu singen, wie unterentwickelt das elektronische Sicherheitsempfinden der deutschen Unternehmer ist. Schon weil die meisten Betriebe nicht über zusätzliche Hardware - also Reservecomputer - verfügen, sind sie im Fall des Falles entweder auf fremde Hilfe angewiesen oder völlig hilflos.

Dabei muß es nicht immer die teure Patentlösung sein, wie sie beispielsweise Schweizer Banken, die Deutsche Lufthansa AG, die Bayer AG und andere vorhalten: ein komplettes zweites Rechenzentrum, das im Notfall in Minutenschnelle an die Stelle des Hauptrechners treten kann. Denn oft tun es auch Verträge zwischen Unternehmen, die sich verpflichten, ihre Maschinenkonfigurationen identisch zu halten, um sich im Ernstfall gegenseitig ihre Computer aushilfsweise zur Verfügung stellen zu können. Doch selbst da hapert es nach Siebergs Erfahrungen. „Die Unternehmen haben in der Hardwarefrage unzureichend vorgesorgt. Die meisten wüßten nicht einmal, bei wem sie anrufen könnten, wenn sie schnell Maschinenkapazität brauchen.“

Und „erschreckende Lücken“ hat der Freiburger Jurist bei der Sicherung der Datenbestände ausgemacht. Vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen sieht es aus seiner Sicht „schlimm aus“, weil sie die Daten nur einmal zur Verfügung haben. Und selbst wenn es nicht zur Pleite kommt, so entstehen doch Folgekosten, die über den eigentlichen Sach- und Gebäudeschaden hinausgehen. Dabei summieren sich dann Kosten für Produktionsausfälle und Mehraufwendungen für die eiligst beschafften Ersatzcomputer, für die der Abnehmer wegen der gebotenen Eile beim Hersteller in der Regel keine Vorzugskonditionen aushandeln kann, wenn es nicht auch noch gilt, Software oder Daten teuer zu rekonstruieren.

Zwar läßt sich etwas Derartiges einschließlich Sachschaden und Betriebsunterbrechung versichern. Aber, wie so oft, greift solcher Schutz auch nur, wenn das Unternehmen seinem Versicherer vorher beruhigende Sicherheitsvorkehrungen, wie zum Beispiel Zugriffsmöglichkeiten auf Ausweichrechner, nachweisen kann.

In Sachen Schadensbezifferung eignet sich (die gegen Betriebsunterbrechung versicherte) MAN erneut als Lehrstück. Anfangs kursierten, vom Generalbundesanwalt in die Welt gesetzt, Zahlen über die Folgeschäden bei MAN von über 20 Millionen Mark. Das Unternehmen bestreitet freilich solche Werte und spricht von einem „Übertragungsfehler“. Kurz nach dem Anschlag hieß es, die Folgeschäden beliefen sich auf etwa zwei Millionen Mark.

Fest steht aber auch, so jedenfalls die Erfahrung der Bundesanwaltschaft, daß Unternehmen in solchen Fällen generell dazu neigen, in Sachen Folgeschäden der Öffentlichkeit nicht unbedingt reinen Wein einzuschenken. Alexander Prech-tel, Sprecher des Generalbundesanwalts: „Es besteht oft das Risiko, daß Finnen die Schadensziffern herunterspielen, um ihre Bonität nicht zu gefährden.“

“Hacking gives the underdog a chance to fight and win.“



Phineas Fisher packt aus: Das erste Video-Interview des angeblichen AKP-Hackers

AUTOR LORENZO FRANCESCHI-BICCHIERAI

Vor etwa einem Jahr tat sich auf dem eigentlich eher ruhigen Twitter-Account der privaten Cyberwaffen-Schmiede **Hacking Team** etwas merkwürdiges: In einem Tweet der italienischen Firma, die ihre Produkte und Spionage-Tools an Regierungen überall auf der Welt verkauft, verkündete man am späten Sonntagabend des 5. Julis 2015:

„Da wir nichts zu verbergen haben, veröffentlichen wir all unsere E-Mails, Dateien und unseren Quellcode.”

Der Tweet war mit einem Link zu einer etwa 400 GB großen Torrent-Datei versehen. Die Daten machten praktisch alles, was Hacking Team auf seinen Unternehmensservern gespeichert hatte, öffentlich zugänglich: interne Mails, vertrauliche Dokumente, und sogar den Quellcode von einigen Tools des Unternehmens. Hacking Team, das zu diesem Zeitpunkt bereits berühmt-berüchtigt dafür war, seine Dienstleistungen an repressive Regierungen in Ländern wie Äthiopien oder Marokko zu verkaufen, war selbst zum Opfer eines Hacking-Angriffs geworden.

Wenige Stunden nach dem Beginn der Twitter-Nachrichten bekannte sich der Hacker, der die Rechner von Hacking Team geknackt hatte und die Daten über den Twitter-Account des Unternehmens verbreitete, auch noch zu einem anderen Leak: Den verheerenden Enthüllungen über die deutsch-britische Firma **FinFisher**—auch in diesem Fall hatte ein mehrere Gigabyte großes Leak interne Daten und Geschäftsgeheimnisse aus dem Unternehmen offen gelegt.

Nach den beiden spektakulären Hacks gegen die Firmen, die zu den größten privaten Überwachungsunternehmen der Welt zählen, wurde es in diesem Jahr zunächst verhältnismäßig ruhig um Phineas Fisher. Er legte zwar noch ein Manifest und ein How-To vor, das seine politischen Ambitionen offenbarte, und schenkte in Robin Hood-Manier Bitcoin in Höhe von rund 10.000 Euro an die kurdische Autonomieregion Rojava doch erst diese Woche rückte er wieder mit einem großen Datensatz in den Fokus der Öffentlichtkeit:

Er übernahm die Verantwortung dafür, dass Wikileaks knapp **300.000 E-Mails der türkischen Regierungspartei AKP** veröffentlichen konnte. Auf Twitter behauptete er, die AKP gehackt zu haben, und die Daten anschließend der Whistleblower-Plattform zugespielt zu haben. Konkrete Beweise legte er zwar nicht vor, allerdings postete er Links als Indizien und wusste von angeblichen zeitlichen Abläufen der Veröffentlichung zu berichten.

Nur einige Wochen nach seinem Angriff auf Hacking-Team, seinem wohl immer noch spektakulärsten Hack, hat Motherboard Phineas Fisher gefragt, ob er uns für eine VICELAND Dokumentation über den privaten Cyber-Waffenmarkt Rede und Antwort stehen würde.

Nach einigem Hin und Her stimmte Phineas Fisher schließlich zu - aber nur unter einer merkwürdigen Bedingung. „Ich werde euch ein Interview vor der Kamera geben, wenn ihr eine Kermit der Frosch-Handpuppe und einen Synchronsprecher zur Verfügung stellt, der meine Chat-Nachrichten vorliest“, erklärte Phineas Fisher.

https://motherboard.vice.com

Ihr findet das Video-Interview (englisch) unter https://motherboard.vice.com/de/read/der-hacker-der-erdogans-partei-hackte-spricht-erstmals-vor-der-kamera

Phineas sieht sich selbst als anarchistischer Revolutionär. Hacken versteht er als eine zusätzliche Front im Klassenkampf. Ebenfalls politisch gibt sich Phineas Fisher bei der ausführlichen Dokumentation seiner Hacker-Angriffe. Sei seien:

„Anleitung für alle, die nicht die Geduld haben, auf den nächsten Whistleblower zu warten".

Dokumentation der Anleitung zu seinem **Hacking-Team-Hack**: *pastebin.com/raw/GPSHF04A*

Diese Anleitung widmet Phineas übrigens allen Opfern der Diaz-Schule 2001 in Genua.

Dokumentation seiner Anleitung zu seinem **FinFisher-Hack**: *http://0x27.me/HackBack/0x00.txt*

Die vergessene Whistleblowerin Chelsea Manning

Selbstmordversuch bestätigt

Die Gerüchte, wonach Manning im Militärgefängnis von Fort Leavenworth einen Selbstmordversuch unternommen hat, bestätigen sich laut der Anwälte von Manning. Ihnen zufolge hat ihre Mandantin in den Morgenstunden des 6. Juli einen Suizidversuch unternommen. Auf ihrer Twitterseite hinterließ Manning die Botschaft: „Ich bin okay. Ich bin froh, am Leben zu sein. Vielen Dank für Eure Liebe. Ich komme da durch."

Auf der Internetseite der Kampagne für Mannings Freilassung wird der Selbstmordversuch mit den erschwerten Haftbedingungen von Manning in Verbindung gebracht. Erschwerend kommt hinzu, dass der Transgender Manning die 25jährige Haftstrafe wegen Spionage und Verrat in einem Militärgefängnis für Männer verbüßen muss. Chelsea Manning hatte wichtige Dokumente und Videos an die Plattform Wikileaks geschickt, die Kriegsverbrechen von US-Militärs während ihres Engagements im Irak dokumentieren.

Nach Suizidversuch verschärfte Repression im Gefängnis

Nach ihrem Suizidversuch versuchen Solidaritätsgruppen mit einer Petition gegen die erschwerten Haftbedingungen vorzugehen. Die US-Behörden versuchen hingegen, die Haftbedingungen gegen Manning noch zu erschweren.

Manning droht eine erneute Anklage. Vorgeworfen werden ihr bedrohendes Verhalten, der Besitz verbotener Gegenstände und der Widerstand gegen Gefängnispersonal. Kommt es zu einer Verurteilung, befürchten US-Menschenrechtsorganisationen unbefristete Einzelhaft, Wiedereinstufung auf die höchste Sicherheitsstufe sowie neun zusätzliche Haftjahre ohne die Möglichkeit der Haftaussetzung.

Der Chaos Computer Club, dessen Ehrenmitglied Mannings ist fordert eine Begnadigung von Mannings und kritisiert ihre Haftbedingungen. In der Erklärung heißt es:

Die unmenschlichen Haftbedingungen haben Chelsea Manning an den Rand des Selbstmords getrieben. Als Strafe für ihren Versuch sollen diese nun noch verschärft werden. Mannings Haftbedingungen wurden schon 2012 vom UN-Berichterstatter als Folter kritisiert. Wir fordern den scheidenden US-Präsidenten Barack Obama auf, Manning zu begnadigen und so den grausamen Bedingungen ein Ende zu bereiten. Das wäre endlich das langersehnte Zeichen für Whistleblower, auf das viele hoffen.

Die Erklärungen von Netzpolitik und dem CCC sind eine der wenigen Stimmen, die in Deutschland Solidarität mit Mannings fordern. Der Suizidversuch wurde kaum wahrgenommen. Der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Manning wurde seit längerem nicht mehr aktualisiert.

Das harte Vorgehen der US-Behörden gegen die Whistleblowerin demonstriert, dass Menschen, die es wagen, Kriegsverbrechen bekannt zu machen, mit den Folgen bis zur Vernichtung rechnen müssen - dass sich die deutschen Repressionsorgane nicht anders verhalten würden, ist klar. In Zeiten, in denen der Krieg wieder häufiger als Möglichkeit der Politik ins Spiel gebracht wird, gehören harte Sanktionen gegen Menschen, die die Folgen des Krieges nicht einfach als Kollateralschaden hinnehmen wollen, zum Politikgeschäft.

Eine internationale Plattform für die Freiheit von Manning wäre dringend notwendig. Das Desinteresse in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit zeigt einmal mehr, der Hype um Snowden galt und gilt weniger der Informationsfreiheit und der Solidarität mit den Whistleblowern, er war vielmehr darauf ausgerichtet, moralisch Punkte im Kampf zwischen Deutschland und den USA zu machen.

(telepolis)

Anmerkung: Verschiedene Gruppen in Deutschland planen für **Chelseas Geburtstag am 17.12.2016** einen Whistleblowing-Aktionstag.

Überlegt doch ob ihr zusammen mit Technologie-kritischen Leuten, Computer-Nerds, Antiknast-Bewegten und / oder Antimilitarist*innen in Eurer Stadt ein Zeichen der Solidarität mit Chelsea setzen könnt.

Es gilt die sadistische Knastfolter anzugreifen, die darauf angelegt ist, Chelsea und viele andere als Menschen zu brechen und Nachahmer*innen abzuschrecken !

Pokemon GO! GO! GO! Das ist erst der Anfang!

In der letzten Ausgabe des Autonomen Blättchens (Nr. 25) wurden in Bezug auf eine drohende Faschisierung sehr kluge und notwendige Fragen aufgeworfen („*Und was ist, wenn das hier erst der Anfang ist?*"). Wir sind froh, dass unser Text diesem folgen durfte, denn wir sind uns sicher: das hier ist erst der Anfang.

Manchmal reicht es, die Augen und Ohren auf zu machen und wahrzunehmen, was allein in den letzten Monaten auf den Tisch kam.

Die CDU-Innenminister fordern eine flächendeckende Gesichtserkennung in Bahnhöfen. Es gibt keinen Aufschrei, die SPD signalisiert Zustimmung. Die Linke moniert, dass es besser wäre, mehr Polizei einzusetzen. Kein Zweifel: In Kürze, also in wenigen Monaten oder Jahren, wird es Gesichtserkennung in Bahnhöfen und Flughäfen geben. Auch Gesichtserkennung in Einkaufszentren. Die Bahn erneuert schon eine Weile ihre Kameras und ist technisch bestens vorbereitet. Die Gesichtserkennungssoftware funktioniert mittlerweile auch effektiver als noch vor wenigen Jahren.

In Belgien werden an den Bahnhöfen mit internationalen Verbindungen zwingende Kontrollstationen eingerichtet. Mit Gepäckdurchleuchtung, Identifizierungsstation und Fingerabdruckscanner. An diesen 4 großen Bahnhöfen werden, zusätzlich (!) zu den bisherigen, 400 Kameras neu installiert. Also 100 mehr pro Bahnhof. Unregistriert Reisen kann bald nur noch, wer die Lücken sucht und nutzt.

Der deutsche Innenminister denkt laut über Fußfesseln für „Gefährder" nach. Das sind Menschen, die noch nichts Verbotenes gemacht haben, aber es nach Einschätzung der Behörden tun könnten. Tja, kein Proteststurm.

Man sollte bedenken, dass diese Maßnahmen nur letzte Lücken der Überachung schließen. Alle die mit ihren Smartphones (dieses Wort allein erzeugt Brechreiz) rumlaufen, sind sowieso zu orten, auszuhorchen, auszulesen, einzuschätzen. Die Zwangsweise Personalisierung der Handys und SIM-Karten im nächsten Jahr tut ihr übriges.

Und dann noch Pokemon Go. Was da aufschien, als so Viele mit ihren Smartphones durch die Gegend irrlichterten, um virtuelle Figuren zu fangen, lässt uns schaudern. Wann liefert das BKA oder die örtliche Polizei eine App mit Gesichtserkennung aufs Smartphones? Wann rennen Abertausende durch die Gegend, einem ihr Gerät vor die Nase haltend, um zu ckecken, ob man verdächtig ist oder gesucht wird? Wenn's rot aufblinkt meldet das Gerät den Treffer automatisch weiter und der /die Gerätehalter_in bekommt Belohnungen in Form von Punkten im Ranking, vielleicht verbunden mit Geldzahlungen und Paybackkarten. Spielerisch kann so Jagd auf Menschen gemacht werden. Ein Spaß, bei dem sicher Viele mitmachen würden. Warten wir noch ein paar Monate oder Jahre ab. Wir werden Recht behalten; wetten?

Wer bekommt Zugriff auf die Möglichkeiten? Nach der Mittelstandstudie der Uni Leipzig finden ein Drittel der Bürger_innen, dass Deutschland überfremdet sei, jeder Vierte, dass „Deutschland eine einzige starke Partei braucht, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert", 12% finden, dass „die Deutschen allen andern Völkern von Natur aus überlegen" seien, 10% wollen einen Führer, 41 % meinen, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden", knapp 60% haben „Probleme, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Gegend aufhalten", 50% wollen diese „aus den Innenstädten verbannen", 40% finden es „ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen",... 10% bleiben antisemitisch. Alle diese Werte (bis auf den letzten) sind in den letzten 2 Jahren gestiegen. Bei der Frage des Küssens um das Doppelte.

Wenn 25% eine einzige starke Partei wollen, wollen zwar 75% was anderes. Aber wer bestimmt die gesellschaftliche Dynamik? Nicht die Anarchist_innen. Stell dich mal auf die Straße und zähle. Jeder Vierte – das ist viel. Erkennt die neue App auch Roma und Sinti und meldet sie automatisch, weil sie sich am falschen Platz aufhalten? Fänden das 60% der deutschen gut?

Die Grenzen zwischen Überwachen und Bewachen verschwinden fließend. Überwacht werden Alle, bewacht wird, wer Gefangene_r ist. Alle werden Gefangene sein. Und fast Alle werden sich frei fühlen. Man ist frei, sich den autoritären Staat, den rassistischen Staat, den faschistischen Staat zu wünschen. Man wird spielend Menschen jagen. Kontrolle und Steuerung

von Menschen werden zum gesellschaftlich Selbstzweck, sowie gleichermaßen zur Existenzbedingung der Eliten. Eine gefährliche Mischung. Das ist erst der Anfang!

Das Einwerfen von verkürzten Szenarien ist holprig. Aber es kann sinnvolle Fragen aufwerfen. Könnte es z.B. mit Aktionen gegen DB, gelingen, ihnen die Gesichtserkennung in den Bahnhöfen zu verleiden? Oder auch ganz grundsätzlich, wie es die Genoss_innen i.o. erwähnten Artikel gemacht haben. Wie kann Widerstand und politische Praxis unter autoritären und faschisierten Bedingungen praktisch aussehen?

Leider nützt es nichts, zu jammern - die Zustände setzen die Bedingungen. Wir sehen uns.

eine kleine Gruppe

Die Globalisierung des populistischen Moments

Die Dramatik der letzten Monate hat eins deutlich gemacht: der „Brexit" mag sich aus dem Gesamtgeschehen herausheben, er ist aber nur eine Facette des weltweiten Spektrums eines populistischen Schubs. Und die Bedeutung dieser Erscheinungen lässt sich mit den gängigen Vorstellungen eines „Rechtsrucks" und des verharmlosenden Stempels „Wutwähler" nicht begreifen. Es wird mit jedem Tag deutlicher, dass sie einen historischen Moment von epochaler Bedeutung markieren. In ihm wird das Scharnier erkennbar, das die Krisendynamik in eine Phase beschleunigter Formierung aller sozial/ökonomischen Parameter von einer Gewaltsamkeit überleitet, wie wir sie bisher nicht erlebt haben. In den Metropolen definieren sich rechte und linke Populismen zu einem Angriffsdispositiv, das den nunmehr zwanzig Jahre rollenden technologischen Angriff mit einem sozialen „wir" zu unterfüttern anhebt und im Fall des linken Populismus gezielt zu unterfüttern sucht. Sie eröffnen sich darin Pfade, die in der analogen Situation vor hundert Jahren den Weg in Krieg und Faschismus suchten.

Jenseits allen Diskursgetues auf rechts- bzw. linkspopulistischem Sektor und jenseits von Verharmlosungen der bürgerlichen Rezeption, die manchmal die Grenze des Absurden überschreitet (FAZ: „Rechtspopulismus hat psychologische Ursachen"), ist die angloamerikanische Debatte außerordentlich nüchtern und kompetent. Der englische Rechtspopulismus, der die Krise noch einmal auf Lehman-Niveau hochgetrieben, die internationale kapitalistisch-ökonomische Vernetzung zu zerreißen begonnen und dem Absturz in eine neue Depression einen entscheidenden Schub versetzt hat, wird mit einer Eindeutigkeit auf den technologischen Angriff, auf die Offensive der „technologischen Erneuerung" zurückgeführt, der hier zu Lande ohne Parallele ist. Im Guardian vom 5.07.2016 schrieb Nouriel Roubini: „Im'Brexit'-Referendum waren die Bruchlinien klar: Reich gegen Arm, Gewinner gegen Verlierer im Handel/Globalisierung, ausgebildet gegen ungelernt, gebildet gegen weniger gebildet, jung gegen alt, städtisch gegen ländlich, differenzierte gegen eher homogene Gemeinden. Dieselben Bruchlinien tun sich in anderen fortgeschrittenen Ökonomien auf unter Einschluss der Vereinigten Staaten und des kontinentalen Europas.... Donald Trump wurde zum Held der wütenden Arbeiter*innen, die von Handel, Migration und **technologischer Erneuerung** bedroht waren." Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff nannte den Brexit die Folge einer unheilvollen Allianz aus einer unzufriedenen Arbeiterklasse und der extremen Rechten. Der führende Journalist und Universitätslehrer Martin Jacques charakterisierte ihn und die Trump-Erfolge im Guardian als „Revolte der Arbeiterklasse" gegen den Neoliberalismus und „die Rückkehr der Klasse als zentraler Akteur in die Politik". Und New-York-Times-Kolumnist Thomas Friedman, der den technologischen Angriff und die mit ihm einhergehende Globalisierung jahrelang mit Dauerjubel getragen hat, konstatiert nunmehr nüchtern die dadurch bewirkte Desorientierung und Entwurzelung.

„Der Spiegel" hat das schnell übernommen und mag hier als Beispiel für die Art und Weise dienen, wie bei aller Sachkunde in der Analyse die Härten dieses Angriffs und damit der Grund der populistischen Reaktion in den Nebel technologiefrommer Verschleierung eingehüllt werden. In dem Beitrag über „Das Zeitalter der Wutwähler" und über die „Verlierer der Globalisierung" (27/16) heißt es: „Aus den Industriegesellschaften des Westens sind postindustrielle Gesellschaften erwachsen, deren Werkbänke heute in China, Malaysia und Taiwan stehen...Dieser Strukturwandel hat zur Folge, dass im Westen Arbeitskräfte mit neuen Qualifikationen gebraucht werden. Nicht mehr die Facharbeiter, die jahrzehntelang das Rückgrat westlicher Volkswirtschaften bildeten. Sondern gut ausgebildete Akademiker und Programmierer, mobil, vernetzt und weltoffen...Die Grenze der politischen Auseinandersetzung verläuft heute deshalb oft nicht mehr zwischen Weltanschauungen, sondern zwischen Modernisierungsgewinnern und - verlierern." **„Erwachsen ?"** Einfach naturwüchsig mal so passiert? Wir wissen es besser. Der Globalisierungsschub der letzten 20 Jahre war Ausdruck der technologischen Innovationsoffensive aus Start-ups, Federal Reserve

Board unter Greenspan und der Clinton-Administration Mitte der 90er Jahre. Er gab der komplementären „globalisierenden" Verlagerung alter Industrien, die die fordistische Offensive geprägt hatten, in die Schwellenländer einen neuen Schub, zu Lasten der Arbeiter*innen und ihrer Lebensverhältnisse. Die Schaffung alter „loser" aus der überkommenen fordistisch geprägten Welt und neuer „winner" aus den IT-dominierten Bereichen „erwuchs" nicht, sie war **Absicht**[1]. „Globalisierung" heißt also in Wirklichkeit „Innovationsangriff". Er formuliert den Subtext, aus dem wir die entsprechenden Verweise Roubinis und seiner Kollegen auf die Globalisierung. Besser verstehen können.

Zu diesem Verständnisrahmen einige kurze Bemerkungen. Der historische Ort, in dem sich die Populismen formiert und ihre Konturen gewonnen haben, ist der seit 20 Jahren anhaltende krisenhafte Prozess der Innovationsoffensive. Die Politik der amerikanischen Zentralbank unter Greenspan hat die Innovationsoffensive durch zwei Zusammenbrüche gepeitscht. Der erste war die Stagnation nach dem Platzen der sogenannten „dot.com"- oder auch Internet-Blase im Jahre 2000. Der zweite der Zusammenbruch im Jahre 2008 nach der Liquiditätsschwemme der „Subprimeblase". Die danach entfesselte Geldschwemme erreicht gerade einen neuen krisenhaften Höhepunkt. Der Schock der Innovationsoffensive hat, ausgehend von den USA, die Ökonomien und Gesellschaften im weltweiten Gefälle erschüttert. Sie hat die Prozesse sozialer Zerstörung, die „creative destruction", von den Metropolen über die Schwellenländer bis in die letzten Winkel der Welt getragen. Ökonomisch hat die Zerstörung von tradierten Wirtschafts- und Lebensweisen unter den Diktaten eines neuen IT-induzierten Produktivitätsgefälles weltweit eine Kaskade der Entwertungen von Arbeit, Produkten, Kulturen, Identitäten, eine Kaskade der Entmachtungen, Demütigungen und Verunsicherungen herbeigeführt. Für die Rückschau auf die rechtspopulistischen Entwicklungen der letzten Jahre hier eine kleine exemplarische Skizze zu einzelnen Ländern.

1. Die gesamte Berichterstattung ist sich seit Jahren darin einig, dass in **England** die deklassierten „blue-collar"-Mittelschichten den Kern der populistischen und der Brexit-Bewegung bildeten. Robert Ford fasst in seinem Buch über die „Revolte der Rechten" zusammen: „UKIP's Revolte ist ein Arbeiterklassenphänomen. Das Schwergewicht seiner Unterstützung liegt bei den älteren „blue-collar"-Arbeitern mit geringer Bildung und Ausbildung; Gruppen, die von der ökonomischen und sozialen Transformation Großbritanniens in den letzten Jahren zurückgelassen wurden." Sozialräumlich markant sichtbar an der „sozialen Säuberung" (Boris Johnson) Londons und der Vertreibungen ins Umland. Vor und nach dem Brexit war England Schauplatz eines regelrechten Hasskriegs gegen die Migrant*innen, die die Aufgabe hatten, Londons Position und die Banker und high-tech-Eliten mit billiger Arbeit zu unterfüttern. Er hat sich von Monat zu Monat gesteigert. Flugblätter mit „Raus aus der EU, Schluss mit dem polnischen Ungeziefer!" wurden vor einer Grundschule abgelegt. In einer Londoner Schule wurden Schulkinder attackiert mit: „Warum sind da nur zehn weiße Gesichter in dieser Klasse, warum unterrichten wir nicht englische Kinder" und: „Euer Pack nimmt alle unsere Jobs weg, ihr seid das Problem". In einem Bus ging eine ältere Frau eine junge Polin mit ihrem Baby mit den Worten an: „Raus hier und pack deine Sachen". In Birmingham giftete eine Gruppe von Jugendlichen ein muslimisches Mädchen an: „Raus, wir haben Raus! Gewählt". Teilweise über Twitter verbreitet. Kein Wunder, wenn eine Woche vor dem Referendum UKIP-Führer Farrage ein Werbeplakat öffentlich enthüllt hat, dass hunderte von Geflüchteten unter der Überschrift zeigt: „Wir sind am Ende!" („Breaking Point").



Weder Gesetz noch Arbeit

2. Die Wende in **Polen** ist, keine Überraschung in einer peripheren Volkswirtschaft, einfacher profiliert. Das Durchschnittseinkommen pro Person belief sich vor der Wahl der PiS auf ein Drittel des EU-Durchschnitts, aber die Verteilung von Einkommen und die Differenzierung der damit verbundenen und durch staatliche Politik gestalteten Lebensbedingungen war eindeutig. Die großen von den staatlich geförderten Innovationsprozessen begünstigten Städte und die in ihnen wohnhaften durch den technologischen Angriff hervorgebrachten Avantgarden, fingen den Löwenanteil ab, während die Ränder der Armut überantwortet wurden. Und das waren vor allem die von Landwirtschaft, vor allem überkommenen landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensformen geprägten Gebiete, Gebiete an der Ostgrenze hin zu Weißrussland und Ukraine (der „Kresy" der Vorkriegszeit) und eine Reihe abgehängter Städte und Regionen in den übrigen Landeteilen. Aus ihnen speiste sich der Sieg der neuen populistischen PiS.

1 D. Hartmann, Krisen, Kämpfe, Kriege, Bd. 1, Greenspans endloser „Tsunami", Berlin 2015, insb. S. 82 ff.

3. Auf anderem Niveau zeigen sich ähnliche Grenzlinien auch in den **USA**. Beide Populisten, der Rechtspopulist Trump und der inzwischen aus dem Rennen ausgestiegene Linkspopulist Sanders ziel(t)en in ihrer Propaganda erfolgreich auf die Deklassierten und in Arbeit und allen Lebensbereichen entwerteten alten „Mittelschichten" der fordistischen Ära mit einem hohen Anteil von „white-collar"- und „blue-collar"-Arbeiter*innen. Wohlgemerkt: nicht notwendig die populistischen Einstellungen der entwerteten Menschen selbst. Sie klammern sich derzeit noch an die diversen Strohhalme wie z.B. die Möglichkeiten, sich durch Kreditaufnahme über Wasser zu halten. Sie leisten zum Teil erheblichen Widerstand (vgl. Reader zum Kongress in Köln über „BigData-Leben ist kein Algorithmus" unter „Smart Cities und der Kampf gegen Vertreibungen"). Auf diesem Hintergrund vollführen Sanders, nun Clinton und Trump einen regelrechten Parforceritt sozialpsychischer Umorientierung. Auch hier drücken die Einstellungen der entwerteten Schichten zu einem guten Teil Verzweiflung und eine gewisse Widerstandsbereitschaft aus, die jedoch durch die Politik der Populismen bewirtschaftet und zunehmend prägend gestaltet werden. Trump wird dabei sträflich unterschätzt. Sicher lässt er den Barbaren raushängen, stilistische Anleihen bei Teddy Roosevelt sind wahrscheinlich. Sicher sind seine Versprechungen, alte Industrien auf dem Stahl- und Bausektor wiederzubeleben, illusionär. „Amerika wieder groß machen" und „das einzig Wichtige ist die Einheit des Volkes" sind seine zentralen Botschaften. Auch in der Eröffnung des Kriegs gegen die Immigranten und im Wiederaufruf eines amerikanischen „Nativismus" zugunsten der „native sons", der „geborenen Amerikaner" macht er Anleihen bei der amerikanischen Politik vor dem Kriegseintritt 1917 unter Präsident Wilson, dessen dunkle Seite leider zu oft unterschlagen wird.

4. Im **europäischen Rahmen** korrespondiert all dies mit Entwicklungen in Holland, Frankreich, Dänemark, im Baltikum, in Polen, Ungarn, Bulgarien, in Russland, deren Behandlung ich mir hier ersparen muss. Die Ablehnung Europas lud sich vor allem im Hass auf die deutsch hegemonisierte Brüsseler Politik und ihrer Innovationsoffensive auf. Sie war in seiner Kombination des Versuchs, Anschluss an die amerikanische Innovationsoffensive zu gewinnen, mit der Entwertung der Abgehängten zugleich treibende und getriebene Kraft. Dies wurde zugleich verschärft durch die deutsche Politik, die „Austerität" zum Treibmittel der Transformation in der Krise machte, nicht demokratisch legitimiert und unerreichbar für die durch Wahlen ausgeübte demokratische Kontrolle. Auch auf die Behandlung der weltweiten populistischen Erscheinungen muss ich hier verzichten.

5. Die **deutsche** Entwicklung beginnt, ebenso auf der Folie eines permanenten populistischen Grundrauschens, mit dem Anschluss Ostdeutschlands, der mit einem gnadenlosen Transformationsdruck verbunden war. Er diente als Sprungbrett für den Griff der deutschdominierten EU-Politik nach Osten mit der Eingemeindung sämtlicher unter der Knute Russlands gehaltenen mitteleuropäischen Gesellschaften der vormaligen Sowjetunion. Auch hier war der Transformationsdruck rigoros, verbunden mit großen Geländegewinnen, die nun mit dem populistischen backlash Putins konfrontiert werden. Der Rassismus in den Gebieten der ehemaligen DDR war alles andere als verwunderlich. Stalin hatte ab 1931 zunehmend einen russischen Patriotismus und Chauvinismus forcierte. Er und seine Nachfolger förderten nach dem Krieg weiterhin im russischen Machtraum einen „national" überformten „Sozialismus." Die sowohl hinhaltende als auch wohlwollende Pflege rassistischer Gewalt (mit ihren Höhepunkten des Täterschutzes in Lübeck, Hattingen etc.) durch die Organe der Bundesrepublik wurde abgelöst von einer mit der Steigerung des Innovations- und Entwertungsdrucks aufschäumenden neopopulistischen Welle. Auf dem Hintergrund des blutigen Rassismus der Vorkrisenzeit prägt sie sich nach Beginn der Krise in Ausdruckformen aus, die die englischen und die französischen an Giftigkeit weit hinter sich ließen. In der Zeit vor der „Silvesternacht" nahmen Zahl und Aggressivität der rechten und nazistisch orientierten Anschläge zu, bei auffallend mäßigem Fahndungsdruck. Im Vergleich mit dem englischen und französischen Beispiel suchte das deutsche Establishment schnell und entschlossen die Kooperation mit den populistischen Kräften, namentlich der AfD. Nicht nur weil es sie, wie die CSU glauben machen will, wieder zu ihrem rechten Rand machen will. Die Parteien machen sich keine Illusionen darüber, dass ihre Attraktivität als Mitverursacher der Gründe für das Entstehen des Populismus verbraucht ist. Sondern auch, weil sie wissen, dass deren Aggressivität nach innen und nach außen für die neue Etappe des kapitalistischen Transformationsprozesses gebraucht wird.



Polizei einkesseln

Die Adressaten der sich aufherrschenden populistischen Avantgarden sind allerdings **keine reinen „Opfer“**. Sie formulieren mit ihrem Unmut zugleich einen Anspruch auf Teilhabe. So können militante Unmutbekundungen, das Wahlverhalten und die darin zum Ausdruck gelangenden Einstellungen nicht einfach unter „Widerstand“ eingeordnet werden. Denn Ort dieser populistischen Welle sind ja in erster Linie die Metropolen-Länder. Dort waren die Lebenschancen der Menschen bzw. der Arbeiter*innenklasse unter den Errungenschaften der fordistischen Gesellschaften immer zugleich auch an das Wohlverhalten im Rahmen der schützenden Macht des Korporatismus geknüpft. Also des Arrangements von Industrie, Gewerkschaften und Staat. Das klingt harmloser, als es ist. Der Nachkriegskorporatismus war die Frucht der Faschismen, des Stalinismus und des New Deal und ist unter den Bedingungen des 2. Weltkriegs geformt worden. Von dort bezieht die „Klasse“ ihre dunkle, und vor allem in Deutschland braune Seite mit der giftigen Komponente der Teilhabe an Imperialismus und Rassismus. Wenn dieses Arrangement nun durch den Innovationsschock zertrümmert wird, so treten an die Stelle neue, ähnlich geartete Teilhabeansprüche unter neuen sozial-ökonomischen Bedingungen. Diese Ansprüche werden von den politischen Avantgarden teils bedient, teils formuliert und durch einen diskursiven Prozess getrieben.

Man kann nicht gerade behaupten, dass, zumindest im metropolitanen Rahmen, eine **sozialrevolutionäre Linke** in der Lage gewesen wäre, diese Zusammenhänge hinreichend aufzuschlüsseln, geschweige denn, ihnen zu begegnen. Ihr wäre diese Aufgabe zugefallen, denn, wie sich zeigt, fällt die übrige Linke mit atemberaubender Geschwindigkeit ins Mosaik der Populismen. So ist die sozialrevolutionäre Linke aus dieser Unfähigkeit heraus gezwungen, den populistischen Erscheinungen zunächst hilflos zuzusehen. Sie muss schleunigst eine grundsätzliche revolutionäre Einstellung dazu finden, um nicht in den gewaltigen Sog zu geraten, den die selbsterklärten Populismuskritiker*innen von liberal, über Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis hin zur Linkspartei im Bemühen erzeugen, sich in die Dynamik nach Rechts einzubringen, die in der Silvesternacht in eine schärfere Gangart überführt wurde.

Denn über die ebenso willkürliche wie breit getragene migrant*innenfeindliche Interpretation, mit der hier die Ereignisse der **Silvesternacht** in den Dienst der Politik gestellt wurden, wurde nicht nur der bis dahin von rechtsradikaler Seite forcierte Schub aufgenommen und über die Mitte hinaus weit nach links getragen. Sie wirkte sich auch als Schubumkehr vieler zuvor tendenziell migrant*innenfreundlicher Einstellungen aus, wenngleich sich –Umfragen zufolge- viele Helfer*innen erstaunlich gut halten. Es war gespenstisch, fast so, als hätten die nur darauf gewartet. Die Silvesternacht wurde in offiziellen Verlautbarungen aus den Parteien, von der Presse und in hunderten Talkshows bis zum Erbrechen durchgekaut und die Einstellungen gegen die Migrant*innen als nachvollziehbar, gar legitim hingestellt. Reaktionen aus dem europäischen Ausland zeigten, welche Bedeutung einer derartigen Schubumkehr im Land der hegemonialen europäischen Macht zukam. Verstärkt wurde sie durch Überwindung der „wir schaffen das“-Propaganda Merkels, die sich nach taktischem Zögern systematisch selbst in den Schub einzubringen begann. Seitdem wird der Schub von der politischen Klasse aller couleur (Sarah Wagenknecht ist mit ihren Juli-Vorstößen ein prominentes Beispiel), wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, systematisch verschärft und in alle gesellschaftlichen Bereiche hineingetrieben. Die inzwischen weitgehend ins Spiel aufgenommene und dort akzeptierte AfD treibt ihn weiter an, teils üben sich die etablierten Parteien in vorauseilendem Vollzugseifer, auch über die AfD-Initiativen hinaus. Die Befragungen nach der Meck-Pomm-Wahl machen noch einmal deutlich, wie weit die AfD-Wähler*innen die Befindlichkeit als durch die Innovationsoffensive abgehängte Menschen sowie ihre Teilhabeansprüche mit der Feinderklärung gegen die Migrant*innen verbinden.

Die **Aggressivität** richtet sich einmal **ins Innere Deutschlands**, vor allem in der Sicherheitsfrage und der Politik gegenüber den Migrant*innen. Längst erscheinen die Bedenken gegen den vielfachen Overkill im Mittelmeer und auf den Wanderungsrouten wie weggewischt. Sie sind in eine neue „Normalität“ überführt worden. Auf dem Sektor der „inneren Sicherheit“ nutzt die Groko den Schub zu schnellen Vorstößen und legt ständig nach. Der Druck zu Loyalität und Anpassung der Migrant*innen, auch der schon etablierten Zweiten Generation wird permanent erhöht. Teils sind die Vorstöße abenteuerlich und lächerlich, wie das angestrebte Burka- und Niqab-Verbot. Aber sie bestimmen Klima und Politik inzwischen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Merkel sucht inzwischen, sich in der Spitze der gegen die Migrant*innen gerichteten Politik anderer Länder einzurichten. Durch die giftigen Verlautbarungen der AfD fühlen sich Teile der Bevölkerung zunehmend ermuntert, ihre bisher zurückgehaltenen rechtsgerichteten Einstellungen und Ressentiments zu outen.

Nach außen schlägt sich dies in der im rechten politischen Spektrum betriebenen Politik auf Länder-, aber vor allem europäischer Ebene nach Osten und Süden nieder. Die sich defensiv gebende gegen Russland gerichtete Aggressivität aus der Nato-Spitze, aber auch aus verschiedenen Regierungen von USA bis Polen verschärft die Spannung von Monat zu Monat. Sie be-

treibt zusammen mit Putin ein sehr bewegliches Spiel antagonistischer Populismen. Die in den Nahen Osten, Maghreb und in das Innere Afrikas gerichteten Initiativen formieren sich zu einem durchaus kohärenten Aufmarsch. Über die Drittstaatenregelung werden die Regierungen in das gegen die Migrant*innen gerichtete Konzept eingebunden und unter der Verbindung mit Investitions- und Unterstützungsangeboten an die europäische Kandare gelegt. Hier spricht die Strategieerklärung von europäischer Kommission, Parlament, Rat und Investitionsbank vom 7.6.2016 eine deutliche Sprache. All das greift die Strategielinien wilhelminischer und nationalsozialistischer Politik nach Osten, in den Nahen Osten und die afrikanischen „Ergänzungsräume" auf, die ja vor 120 und 80 Jahren ebenfalls die Krise zum Ausgangspunkt einer völkermörderischen Erschließungspolitik in die „Großräume" nutzte..

Und dies ist auch der Zusammenhang, in den sich viele **Spielarten des europäischen Linkspopulismus** einflechten. Sie unterschlagen systematisch den technologischen Angriff und die Gewalt der Entfaltung der Innovationsoffensive, entweder weil sie selbst als Akteure dazu gehören oder um sich in ihr Avantgardespektrum einzubringen und davon zu profitieren.

Es ist jetzt noch nicht voll auszumachen, welche Rolle der Linkspopulismus Negri'scher Observanz in diesem Schub spielen wird. Die derzeitigen Initiativen erscheinen jedenfalls bedrohlich. Um das zu sondieren, empfiehlt sich ein Blick in die Juniausgabe des Magazins „Prager Frühling". In ihm entwirft die Redaktion zusammen mit u.a. den Politikwissenschaftlerinnen Chantal Mouffe und Bernadette Goldberger und mit Indiego Errejón als Mitglied im Koordinationsrat von Podemos, konzeptionelle Optionen des „linken" Populismus. Dort wird die Option einer „Übertragung" des rechtspopulistischen Artikulationsmodus auf die eigenen Kämpfe geprüft. Denn „die Herstellung eines massiven popularen Blocks und dessen innere Kohäsion erhöht zweifelsfrei die Vitalität gegenhegemonialer Projekte" (B. Goldberger). Schlicht: „Ja wir sind Populisten, denn wir sind Demokraten und es gibt notwendigerweise eine populistische Dimension in jeder Demokratie, die darauf zielt, ein demos, ein Volk zu schaffen." (C. Mouffe)

„Die Narrative der Linken waren nach wie vor vorhanden. Im Europaparlament gilt: mit wem sonst sollten wir uns verbinden? Wir haben diese Entscheidung immer mit einer patriotischen Terminologie verteidigt. Wir sind in einer Fraktion mit Syriza, weil sie die einzigen patriotischen Kräfte sind, die das Volk und die Bürger ihres Landes gegen die internationalen Spekulanten verteidigen." (I. Errejón) Und die Redaktion: „Linker Populismus ist keine unmittelbare Selbstermächtigung der Betroffenen, auch wenn in seinem Fahrwasser solche Ansätze fruchtbar gemacht werden können. Populistische Bewegungen verkörpern sich in Führungsfiguren, die eben explizit nicht einfach dem ‚bas-peuple' (niederes Volk) entspringen, sondern „Dissidenten" der Funktionseliten sind. Populismus zielt darauf, populare „Verkörperungen" subalterner Anliegen in Gang zu setzen." All das erinnert an Thomas Seibert, IL-Gründer und ein deutscher Exponent dieser Bestrebungen. Er hat seinen aus Negri's Schriften gewonnen Volksbegriff affirmativ mit Heideggers Arbeiten aus seinem Aufgalopp zur nazistischen Rektoratsrede von 1933 zusammengeführt[2] (Negri's faschistische Tendenzen habe ich schon 2002 offengelegt[3]). In dieser Zeit freundete sich Heidegger mit Werner Jaeger an, einem renommierten deutschen Altphilologen reaktionärer Einfärbung. Dieser entwickelte, ähnlich wie Heidegger in seiner „Volks"-Vorstellung, die ersten Gedanken zu der von ihm 1933 mit anderen Nazis gegründeten Zeitschrift „Volk im Werden". Seiberts an Heideggers Volksbegriff orientierte Einstellung ist in der IL-Linken völlig unbeachtet geblieben. Sogar Seibert selbst mag ihr unbekannt und unbedeutend erscheinen. Das ist er jedoch in Anbetracht des demokratisch-zentralistischen Organisationskonzepts der IL keineswegs, in deren Kaderhintergrund er –dem Blick der Militanten an der Basis sorgfältig entzogen- als eine Führungsfigur wirkt.

Epochaler Umbruch

Die Wende des letzten dreiviertel Jahres vor allem um das Scharnier der „Silvesternacht" summiert sich zu einem Umschlag von epochaler Bedeutung. In vollem Umfang begreiflich ist dies nur auf dem Hintergrund der aktuellen Krisenzuspitzung. Sie hat inzwischen das Stadium einer epochalen Stagnation erreicht, einer „secular stagnation", wie der jahrelang maßgebliche Obama-Berater Lawrence Summers es nennt. Die durch die IT-Industrien gesteigerte Produktivität steht den weltweit verfallenden Nachfragepotentialen vor allem in den Schwellenländern gegenüber. Ihr Wachstum erstickt. Steigerungsraten weisen nur die IT-Industrien selbst auf, allerdings zurückgehende. Der „ökonomische Nationalismus" nimmt zu, wie in der Zeit vor 1914 und 1933 und äußert sich derzeit noch in trickreich verschleierten Wettbewerbsabwertungen der Währungen und in dramatisch zunehmendem Protektionismus (ein gutes Schlaglicht wirft der für den G20-Gipfel in Hangzhou vorbereitete IWF-Bericht[4] vom 1.9.16). Hier liegt der treibende Kern einer jeden weiteren Entwicklung der sozialpsychologischen populistischen Erscheinungen. Er orientiert das Geschehen bis in die oberflächlichen Deutungen der bürgerlichen

2 in: Th. Seibert, „Krise und Ereignis", Hamburg 2009, S. 176ff. unter der Überschrift „Das Geschehen des Volkes"). Seiberts Trick: er trennt den Heidegger der Zeit vor 1933 vom Heidegger der Rektoratsrede 1933. Die neuere Heideggerforschung sagt, dass das nicht geht. Danach begann Heidegger schon lange vorher, sich völkisch zu bräunen.

3 In: D. Hartmann, „"Empire". Linkes Ticket für die Reise nach rechts, Berlin, Hamburg, Göttingen 2002, 154 ff., auch 82 ff.

4 Auf der Homepage www.imf.org leicht unter dem Datum zu finden.

Diskurse. Immer in der Konfrontation mit den weltweiten sozialen Blockierungen, mit den Widerständen und den Manifestationen der sozialen Revolution.

In einer ähnlichen Situation schlug vor dem ersten Weltkrieg in so gut wie allen Ländern, aber vor allem in Deutschland eine liberal geprägte Politik und Ökonomie um in eine Dynamik der Steigerung ökonomischer und politischer Aggressivität nach innen und außen. Ebenfalls als Antwort auf den Migrationsdruck aus den Peripherien. Im „linken" Spektrum Deutschlands markierte dies den Aufstieg der „sozialistischen Kolonialpolitiker", der auf den Rückschlag der SPD in den sogenannten „Hottentotten-Wahlen" von 1907 zurück zu führen war. Das war der Moment des Aufstiegs Gustav Noskes, der die Sozialdemokratie und damit maßgebliche Teile ihrer proletarischen Wählerschaft in die Kooperation mit Kapital und Rechtsparteien des Jahres 1914 führte und damit in den Krieg. Es ist nicht in erster Linie eine historische Analogie, die hier beschworen wird. Die Populismen sind der politische Ausdruck technologisch-ökonomischer Entwicklungen, die sich hier Bahn brechen. Wie damals, so unterfüttern auch sie heute die kapitalistische Aggressivität mit einem sozialen „Wir". Auch heute eindeutig auf dem Weg in ein kriegerisches Geschehen, das seine Konturen schon jetzt deutlich zeigt. Es sind natürlich andere, den neuen technologischen Imperativen angepasste, Formen der kriegerischen Auseinandersetzungen.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus, gekürzte Fassung (Volltext unter www.materialien.org)

Appel à un septembre noir

Aufruf zu einem schwarzen September

Rückkehr der Demo-spitze („Cortège du tête") und Aufruf zu einem schwarzen September

Zwischen 9. März und 5. Juli vergingen vier Monate, welche die stärkste soziale Bewegung der letzten Jahrzehnte gesehen haben. Das Projekt der Arbeitsrecht -reform, wenn das der Hintergrund dieser Bewegung gewesen sei, war doch eher ihr Auslöser. Es war eines dieser Tropfen, die das Fass zum überlaufen gebracht haben. Dieses Fass in dem wir schwimmen könnten ohne jemals seine Wände zu durchbrechen versuchen. Dennoch ist das Gefühl der Unterdrückung gewachsen und dieser Funke, der über vier Monate gebrannt hat, war enthüllend für eine weit geteilte Malaise, enthüllend einer zu lange gezügelten Wut.

Die pedantische Unterschiedslosigkeit der politischen Repräsentant_innen hat uns nicht überrascht. Sie war zu unserem Misstrauen, wie wir jeder dieser Mächte immer schon misstrauisch waren. Als sich unsere Wut auf dem Ganzen Territorium manifestierte, warteten sie ab, versuchten Konsequenzen der angehenden sozialen Krise zu minimieren, moquierten sich, sagten wir seien eine Minderheit die eine Mehrheit in Geiselhaft nehme. Sie spucken auf die hunderten die auf ihr Verfahren warten oder auf jene Vielen an Verletzten die ihre exzessive Repression hervorgebracht hat. Dabei ignorieren sie dass es Ihre Repression war, die uns noch viel stärker, viel entschlossener gemacht hat. Über die vier Monate stieg eine ihnen ursächliche Wut hoch, sie haben ihr eigenes Vertrauen untergraben, das jene hegten die der Hoffnung waren ihre Klagen an sie richten zu können. Jene, deren demoratische Illusion einen harten Rückschlag abbekommen hat!

Die Gewerschaften haben die Bewegung begraben, als sei das am 5.Juli das Ende der Mobilisierung beschlossen. Sie dachten noch immer die Chefs des Orchesters zu sein. Aber im Schoße des vordersten Blocks (cortèges de tête) fanden sich bereits hunderte Basis-Gewerkschafter_innen wieder die keine Direktive von oben mehr abwarteten. Ihre Wut hatte an Spontanität und Aufrichtigkeit gewonnen. Im Vordersten Block (cortèges de tête) hat man nicht zögerlich die Festsetzung der Vorgesetzten bei Goodyear und die Plünderung der Unterprefektür von Compiègne durch die Streikende von Continental denunziert, man hat auch nicht verurteilt, dass dem Personalchef von Air France das Hemd entrissen wurde, noch das geworfene Pflasterstein der Hafenarbeiter_innen am. Juni in Paris und auch nicht die brennende Reifen am Kreisverkehrposten am 28.Juni in Lille in abrede gestellt. Der Wut des Volkes seinen Platz im Vordersten Block der Demo (cortèges de tête). Und diese gleiche Wut hat im laufe des Junis in den Scheiben der Gewerkschaftssitze von CFDT und CGT in Paris seinen Ausdruck gefunden. Diese Wut ist die Unsrige. Sie braucht keine personelle Führung, keine Vertretung.

Der Sommer ist vorüber. Es war notwendig sich zu erholen, sich zu treffen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir mussten an das das darauf Folgende denken, um das bloße demonstrieren zu überwinden, andere Dinge in den Blick zu bekommen.

Aufzuhören sich von den Gewerkschaftsführern und ihren Ordnungskräften gängeln zu lasen, sich nicht von der kommenden Presidentschaftskampangne für 2017 instrumentalisieren lassen (Mélenchon, denke gar nicht das dir diese Bewegung gehöre!)

Im September, rufen Initiativen die aus dem autonomen europäischen Spektrum hervorgehen, zu einer Wiederaufnahme der Auseinandersetzungen auf.

Die Idee ist, die Bewegung zu vergrößern, die Staatsgrenzen zu überwinden, weil überall die gleichen Reformen durch die Parlamente gewählt werden, bereit die Europäischen Direktiven umzusetzen. In Belgien ist der Wiederbeginn der Bewegung gegen das Peeters-Gesetz für den 27.September vorgesehen, an diesem Tag sollten es relevant sein dass wir zahlreich in Brussel erscheinen, und gut hörbar.

Der Aufruf für einen Schwarzen September, ausgehend vom 2.September in Berlin, um die Straßen von Rom am 24 und in Brüssel den 27 zu füllen um noch am 15. Halt in Paris zu machen. Es ist mehr als entscheidend sich wieder mit internationalistischen und revolutionären Perspektiven zu verknoten. Wenn das Arbeits-Gesetz („loi travail") ein Vorwand sei, so ist er nicht der Einzige. Der Kampf gegen die Austeritätsgesetze die an ganz Europa rütteln ist der rote Faden der uns alle gleichzeitig auf die Straßen wirft, überall am Kontinent.

Der „Schwarze September" darf sich nicht als eine Abfolge von Demos begnügen selbst wenn diese aufständisch wären. Die Herausforderung von diesem Herbst ist den Raum zu fluten, in anzueignen, überall zu handeln wo man uns nicht erwartet. Unser Verlangen nach einem Umsturz (coups d'État) geltung zu verleihen. Nicht um einen Kopf für den Anderen zu tauschen, sondern um sich ihm definitiv zu entledigen.

Und vor all dem errichten wir die Grundlagen einer radikal anderen gesellschaftlichen Organisierung, gegen jene die uns erstickt. Zuallererst, besetzt die leeren Gebäude um jene Orte der Organisierung zu schaffen wo sich das Kraftverhältnis bilden kann. Schaffen wir Volxküchen, Räume um sich zu erholen für jene die von Weit kommen um uns zu unterstützen. In unseren Orten der Vernetzung und des Schaffens und in unseren Nachbarschaften, gestalten wir die Momente der Begegnung und der Diskussion mit den Kollegen, den Nachbar_innen, wagen wir uns mit unseren Ideen einzubringen. Markieren wir die hierarchischen Beziehungen und untergraben wir ihre Legitimität, untermauern wir eine horizontale Art zu Leben, dekonstruieren wir den vorherrschenden Individualismus und streben wir wieder wahrhaftig kollektive Momente an. Laden wir jene die wir denke uns gleich zu sein und beziehen sie in politischeren Momente mit ein. Sprechen wir ganz einfach aus was wir denken, oder teilen wir unsere Zweifel. ...

Indymedia Nantes, le 25 août 2016
https://nantes.indymedia.org/articles/35446

Freiheit für Kara Wild

Unterstützt die inhaftierte Anarchistin Kara Wild und den Widerstand gegen das französische Arbeitsgesetz!

Kara Wild ist Künstlerin, Genossin und eine unverwüstliche Naturgewalt. Sie ist zurzeit aufgrund ihrer angeblichen Beteiligung an einem Protest gegen die drakonischen Arbeitsmarktreformen und die Polizeirepression in Frankreich inhaftiert. Sie ist eine Transfrau und wird in einem Männergefängnis festgehalten. Sie ist außerdem US-Bürgerin. Aufgrund des angeblichen Fluchtrisikos wird ihr von den französischen Behörden die Möglichkeit verweigert, auf Kaution rauszukommen.

Am 18. Mai kamen in Paris Tausende von Menschen zusammen, um gegen den anhaltenden polizeilichen Belagerungszustand, Polizeigewalt und die neue neoliberale Arbeitsmarktreform zu protestieren. Während einer dieser Demos wurde ein Bullenauto angegriffen und abgefackelt. Kara wurde über eine Woche danach, am 26. Mai, während einer anderen Veranstaltung nahe dem Platz der Nation in Zusammenhang mit diesem Vorfall brutal festgenommen. Trotz des offensichtlichen Mangels an Beweisen wird ihr vorgeworfen, eine Eisenstange durch die Windschutzscheibe des Bullenautos gerammt zu haben – nur wenige Sekunden, bevor es in Flammen aufging. Die Vorwürfe lauten im Einzelnen „versuchter vorsätzlicher Totschlag eines Staatsbeamten, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch."

Kara zählt zu den 6 Leuten, die gerade aufgrund dieses Vorfalls angeklagt wurden. Zu allem Unglück hat Frankreichs Premierminister Manuel Vall „erbarmungslose Strafen" angekündigt, um so ein Exempel zu statuieren und die Proteste einzuschüchtern.

Trotz staatlicher Angriffe werden weltweit, von Paris bis nach Oaxaca, Tag für Tag Bewegungen gegen Kapitalismus, kolonialen Rassismus, das hetero-sexistische Patriarchat und Austerität stärker. Lassen wir unsere Freund_innen nicht alleine, während sich diesen Sommer die Flammen des Widerstands ausbreiten! Unterstützt Kara Wild: Schreibt ihr Briefe, spendet für die Gerichtskosten und gebt die Infos über ihren Fall weiter.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Freiheit für alle inhaftierten Trans-Frauen!
Freiheit für alle Gefangenen!

Briefe (mit einem extra-Zettel und der Anmerkung, dass der Brief für Kara ist) gehen an:

Association Acceptess T
39 bis boulevard Barbès
75018 Paris
France

Gerne auch als Mail (mit dem Betreff „*TO KARA*") an **com.prison.acceptess-t [ät] outlook [punkt] fr.** Die Unterstützungsgruppe druckt die Mails dann aus und schickt sie rein.

freekarawild.org

ZAD - Großmobilisierung für den 8. Oktober 2016

Im Juli trafen sich sämtliche Teile der Bewegung der ZAD (zone à défendre – zu verteidigendes Gebiet) gegen den Flughafenbau im Westen Frankreichs.

Angesichts der Ankündigung der Regierung die Besetzung in diesem Herbst räumen und mit den Bauarbeiten beginnen zu wollen, wurde beschlossen für den 8. Oktober alle(s) zu mobilisieren, was geht!

Also kommt und unterstützt eine der größten Blockaden der Geschichte!

zad.nadir.org

Verteidige die ZAD

Die französische Regierung kündigte Ende 2015 zum wiederholten Mal an, dass die Bauarbeiten für den Flughafen Notre-Dame-des-Landes demnächst beginnen würden. Seither betont sie ausdrücklich, alle, die das Gelände der zad besetzen und bebauen, zur Räumung zwingen zu wollen. Mit vereinten Kräften der Bulldozer von Vinci (Bauherr des geplanten Flughafens A.d.Ü.) und den Granaten der Gendarmerie wolle man versuchen, „so bald wie möglich" all dem, was im Unterholz des Bocage lebt und gedeiht, beizukommen.

Angesichts der erneuten Bedrohung will dieser Text dazu aufrufen, die ZAD zu verteidigen, und zwar überall, und mit ihr die ansteckende Hoffnung, die sie in dieser dürren Zeit trägt. Die ZAD als Gewissheit, dass es möglich ist, zerstörerische Projekte der vorgeblich Herrschenden zu stoppen. Die ZAD als Ort, an dem, jetzt und sofort, andere Wege die Welt zu bewohnen erfunden werden, ganzheitlich und großzügig. Diese Hoffnung ist in einer gemeinsamen Geschichte verankert, die von der Dynamik tausender Aufsässiger und ihren langjährigen Beziehungen getragen wird. Die folgenden Zeilen wollen an einige Fragmente dieses Abenteuers als strahlende Wegsteine für die Zukunft erinnern.

Wir sind ein paar der Bewohner der ZAD Notre-Dame-des-Landes oder enge Weggefährten, die im Rhythmus der Rebellion leben. Als Mauvaise troupe arbeiten wir seit einigen Monaten an einer Serie von Veröffentlichungen sowie der Sammlung und Verbreitung von Erzählungen und einem im Frühjahr herauskommenden Werk. Da uns die Lage dringlich erscheint, beschlossen wir, überall zu erzählen, warum es so wichtig ist, die ZAD zu verteidigen. In einer Welt, die vom „ich" beherrscht wird, haben wir den Anspruch, hier von „uns" zu sprechen. Das „uns", das wir hier verwenden, geht über uns hinaus und kann im Laufe der Erzählung der kollektive Ausdruck einer Bewegung sein, die ihre Kraft in ihrer Vielfältigkeit findet. Es ist nicht deren einzige Stimme, sondern der Versuch einer Darlegung dessen, was im lebendigen Durcheinander unserer Positionen und Erfahrungen an Gemeinsamen und Unzerstörbarem aufgebaut wird.

Broschüre (pdf, 32 Seiten): https://convey.noblogs.org/files/2016/07/ZAD-de-A5.pdf

Chronologie des Widerstands

60er/70 er Jahre – Bäuer*innen gegen das politische Vakuum. – Das Flughafenprojekt von Notre-Dame-des-Landes trifft bereits zum Zeitpunkt seiner Entstehung auf den Widerstand der Bauern. Die ADECA (Verein zur Verteidigung der vom Flughafenprojekt betroffenen Landwirte) tritt dafür ein dass die Zone nicht verlassen, sondern weiter bebaut wird. Gleichzeitig entstehen in den umliegenden Gemeinden Aktionskomitees. Die ZAD, Zone d'aménagement différée (Bauerwartungsland) über 1650 Hektar Land, wird 1974 per Dekret beschlossen. In den 80er und 90er Jahren ruht das Projekt in den Aktenordnern.

2000 – „Weder hier noch anderswo!" – Die Wiederbelebung des Projekts im Jahre 2000 führt zur Gründung der ACIPA (Bürgerlicher interkommunaler Verein der vom Flughafenprojekt betroffenen Bevöl-

kerung). Sie arbeitet akribisch an der Zusammenstellung von Gegenexpertisen und Information über das Projekt. 2004 entsteht die Koordination der Gegner des Flughafenprojekts von Notre-Dame-des- Landes, die heute mehr als 50 Vereine, politische Bewegungen und Gewerkschaften zählt. Die ACIPA und die Koordination haben zahlreiche Klagen gegen das Projekt vor Gericht eingebracht und sind stark in den öffentlichen Debatten und Umfragen engagiert. Leider wird das Projekt im Februar 2008 als gemeinnützig erklärt.

2008/2010 – Zone À Défendre (Zu verteidigendes Gebiet), gegen den Flughafen und seine Welt! – Die „Bürger*innen im Widerstand“, eine Gruppe Bewohner der ZAD, die über die eher legalistischen Strategien des ACIPA hinaus handeln wollen, verfassen einen Aufruf, die zad zu besetzen. Das Camp Action Clima von 2009 ist der Beginn einer stärkeren Involvierung von radikalen Umweltschützern und Antikapitalisten in den Kampf. Nach und nach lassen sich neue Gruppen auf den Höfen nieder oder bauen sich ihre Hütten und stoßen so zu der Gruppe von Rosiers, die 2007 einen ersten Ort auf der Zone besetzt hatten.

2011/2012 – Vinci verschwinde, Widerstand und Sabotage... -

Tausend Personen kommen im Mai 2011 mit Heugabeln auf die ZAD und roden ein Gelände um das Gemüsegartenprojekt Le Sabot einzurichten. Die Ausführung des Flughafenprojekts wird dem Unternehmen Vinci anvertraut. Durch die Anwesenheit von permanenten Bewohnern auf der ZAD werden die Vorbereitungsarbeiten und die Unternehmen, die sie durchführen, ständig gestört und sabotiert. Im Frühjahr 2012 kommt ein Prozess nach dem anderen gegen die Bewohner und ihre Wohnungen. Druck, Enteignungsmaßnahmen und finanzielle Angebote mehren sich für die Besitzer, Mieter oder Bauern der zad die entweder durchhalten oder aufgeben. Am 24. März 2012 demonstrieren 10.000 Personen und mehr als 200 Traktoren in Nantes und bringen etwas Wind aus dem Bocage (Gegend dorthin. Einige Monate später gehen einige Besetzer in Hungerstreik den sie bis zu den Präsidentschaftswahlen im Mai durchhalten. Die neue Regierung verspricht die legalen Bewohner und Bauern nicht auszuweisen bevor die rechtlichen Einsprüche nicht erschöpft sind.

Oktober/November 2012 – die Niederlage „Cäsars“ – Am 16, Oktober beginnt die Operation Cäsar, die mehr als 2.000 Polizisten während mehrerer Wochen mobilisieren wird. Ein Dutzend besetzter Häuser und Hütten werden zerstört, aber die Besetzer wehren sich und bleiben auf dem Gelände, unterstützt von einer riesigen Solidaritätswelle in der Region und in ganz Frankreich. Mehr als 200 lokale Unterstützungskomitees werden gegründet. Am 17. November kommen mehr als 40.000 Personen zu einer Wiederbesetzungsdemo und bauen in zwei Tagen mehrere neue Gebäude für den Kampf: die Chat-teigne. Am 23. und 24. November versuchen zirka hundert Polizisten die Chat-teigne wieder in ihre Gewalt zu bringen und die Hütten in den Bäumen zu zerstören. Die Hauptverkehrsadern der Region werden blockiert und über tausend Personen kämpfen im Wald von Rohanne oder in den Straßen von Nantes. Am Abend des 24. November bestimmt die Regierung das Ende der Operation und die Schaffung einer Gesprächskommission. Am nächsten Tag werden 40 Traktoren um die Chat-teigne zusammengekettet. Gleichzeitig beginnt

die ständige Besetzung der Kreuzungen der zad durch die Polizei. Sie wird 5 Monate dauern. Dutzende von neuen Personen lassen sich auf der ZAD nieder und es beginnt eine lange Periode des Wiederaufbaus.

2013 – Freiraum – Im Januar besetzen die Bauern von COPAIN (Bauerorganisationen gegen das Flughafenprojekt) den Hof Bellevue und sein Land. Ohne Überraschung verkündet die Gesprächskommission im April, dass der Flughafen dennoch gebaut werden würde. Zwei Tage später hört die Polizeiüberwachung auf und mehrere tausend Personen kommen um bei dem Aufbau mehrerer Landwirtschaftsprojekte im Rahmen der Operation „Sème ta ZAD – Säe deine ZAD aus“ mitzuhelfen. Große Happenings, Festi-zad, Picknick und Menschenketten finden statt. Das Leben auf dem Gelände und die Beziehungen mit den Nachbarn werden neu erfunden was manchmal zu Spannungen aber auch zu schönen Begegnungen führt. Die Ohnmacht der Präfektur und Vincis bestätigt sich: die rechtlichen Verordnungen werden systematisch überschritten und jeder Versuch von Bauarbeiten sabotiert.

2014 – ZAD überall! – Während des Winters heben die Bauherren wieder den Kopf und kündigen die Verpflanzung der geschützten Arten und den Beginn der Bauarbeiten an. Als Antwort findet am 22,.April in Nantes eine Riesendemo mit mehr als 50.000 Personen und 500 Traktoren statt, bei der es zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei kommt, die den Zugang zum Stadtzentrum sperrt. Trotz dem Druck der Presseberichte und internen Spannungen kann die Bewegung ihren Zusammenhalt erneut vor Ort bestätigen. Die Regierung krebst ein wiederholtes Mal zurück und verschiebt den Beginn der Bauarbeiten. Am 25. Oktober fordert der Mord an Rémi Fraisse durch die Polizei bei den Zusammenstößen auf der ZAD von Testet im Tarn eine Welle von heftig

unterdrückten Demos heraus. Immer mehr ZADs entstehen als Antwort auf die ausbeuterische Raumordnung

des Landes. Auf der anderen Seite organisieren sich die Unternehmer, Regierenden und ihre Komplizen der FNSEA (konservative Bauerngewerkschaft) im Kontext des Sicherheitswahns nach den Terroranschlägen vom 11. Januar in Paris (Attentat gegen die satirische Zeitung „Charlie“ A.d.Ü.).

2015 – Die Zukunft gegenüber der Drohung – Im Herbst 2015 bestätigt der Premierminister eigensinnig seinen Willen den Bau des Flughafens durchzuführen. Neue Prozeduren werden vom Stapel gelassen um die Ausweisung der Mieter und Landwirte der zad zu beschleunigen. Am 22. September werden wieder Barrikaden gebaut um die Ankunft des Ausweisungsrichters und der Polizei zu verhindern. Im November verlässt eine Kolonne mit Traktoren und Fahrrädern die ZAD und kommt trotz Fahrverbot und Ausnahmezustand am Vortag der COP 21 in Versailles an.

Auf der ZAD gibt es jetzt 60 Lebensorte und hundert Hektar Land wurden Vinci entrissen und werden bewirtschaftet. Die Gegner – Bauern, Bewohner und Besetzer – arbeiten an den Grundlagen einer gemeinsamen Zukunft und am Erhalt einer freien Zone.

NOTAV / ZAD Gespräche



„Also ließ ich meine Zellennachbarn alleine, aber ich schwöre dir, das gefiel mir ganz und gar nicht, weil wir waren... der andere Gefangene und ich, wir beide hofften rauszukommen, also begann ich mich von einem nach dem anderen zu verabschieden, bis auf einmal ein Brüllen zu hören war: „Nucera, willst du rauskommen oder hierbleiben?“, und ich antwortete: „Ihr habt mich hier hergebracht, und ihr habt es mir ermöglicht, viele Freunde kennenzulernen und jetzt wollt ihr mich rausjagen, ohne dass ich mich verabschieden kann! Doch wenn ihr wollt, dann schließt die Zellen, schließt sie, ich bleibe hier noch eine Nacht länger, aber ich muss alle noch grüßen, bevor ich gehe.“

Mario, der Barbier aus Bussoleno

La ZAD in Notre-Dame-de-Landes (Frankreich) und die Bewegung des NoTAV im Susatal (Italien) erschütter(te)n die Art politisch zu denken und zu handeln in ihren Ländern grundlegend. Damit diese Erfahrungen des politischen Kampfes und der Auseinandersetzung mit seinen Slogans, wie auch dem Enthusiasmus für die Nachwelt erhalten bleiben, haben wir beschlossen, nach dem Buch Constellations ein neues Buch zu schreiben: Contrées (leider bisher nur auf französisch).

Es gibt den Akteuren*innen der Bewegungen einen Raum zu sprechen, also ein Meinungsbild zu zeigen welches sich seit Jahrzehnten nicht leugnen oder verbieten lässt.

Einige der im Buch abgedruckten Gespräche sind ins deutsche übersetzt worden. Daraus sind drei sehr lesenswerte Broschüren entstanden. Ihr findet sie unter:

https://convey.noblogs.org

Deckname Jenny*

Film als Form des Widerstandes

Das Filmkollektiv Schwarzer Hahn dreht mit „Deckname Jenny“* einen politischen Spielfilm und will damit einen Zugang zu einer neuen politischen Diskussion legen. Für die erfolgreiche Umsetzung dieses NoBudget-Projekts braucht das Kollektiv eine breite Unterstützer*innen-Basis. Ein Film sucht seine* Bewegung.

„Ich liebe Filme vor allem weil ich Geschichten mag. Geschichten regen meine Gedanken an und steigern mein Diskussionsbedürfnis. Besonders politische Geschichte, die nicht durch trockene oder reißerische phoenix-Dokus vermittelt wird, sondern durch eine Handlung die menschlich nachvollziehbar und bodenständig bleibt. Leider gibt es davon nicht viele, die über den Anspruch eines klassischen Blockbusters hinausgehen. Zu viele Filme zeigen Schubladendenke gespickt mit einschlägigen Stigmata und Vorurteilen. Sie bedienen den Mainstream, denn Gelder bekommt nur was sich breit verkaufen lässt. Hoch lebe der Kapitalismus.“

Wozu braucht es politische Spielfilme?

Gerade in Zeiten eines erstarkenden Rassismus, völkischer Gedanken und rechter Tendenzen in der

Gesellschaft braucht es ein widerständiges politisches Interesse der Menschen.

Wir wollen emanzipatorische Bewegungen stärken, um gemeinsam dem politischen Desaster entgegenzustehen. Es gibt genügend Abhandlungen und Berichte über das sich einmauernde Europa, den Klimawandel, Gentrifizierung und die AFD, um einzusehen, dass die Lage nun wirklich ungelogen prekär ist.

Politische Spielfilme können eine Form des Kampfes und des Widerstandes sein. In unserem Verständnis ist es ein Versuch, durch (Unterhaltungs-) Kultur, politische Gedanken und Diskussionen anzustoßen. Politischen Zugang zu schaffen.

Was also tun?

„Wenn ich eine Weile durch indymedia oder andere links-alternative Plattformen skippe, muss ich feststellen, dass von starken (außerparlamentarischen) oppositionellen Kräften zu wenig zu hören und zu lesen ist. Zwar können im Netz Diskussionen entstehen und geführt werden, allerdings erreichen sie oft zu wenige Menschen, oder werden nur im kleinen Kreis geführt. Besonders in den Kommentaren wird oft über mangelnde Strukturen geschimpft und gejammert, mal über das politische Desinteresse der Gesellschaft, mal über einseitige Berichterstattung. Eine zielführende Diskussionskultur erkenne ich aber nicht."

Neue Diskussionsräume ergeben sich vielleicht auch über ein neues Format: Den politischen Spielfilm. Und zwar einen guten – ohne eine Darstellung aus der Perspektive der Mächtigen. Ohne Geschlechterstereotypen. Ohne romantisierte Widerstandsgruppen, die eigentlich nicht so richtig wissen, was sie tun und dann aus einer von moralischen Konflikten geprägten Emotionalität heraus Steine werfen. Keine Reproduktion des gängigen Gesellschaftsbildes. Stigmata können nicht aufgebrochen werden, wenn ein Film aus der Draufsicht, aus der Sicht von Außenstehenden erzählt wird.

Wir brauchen Filme von unten. Filme von innen. Filme von und für Menschen wie du und ich. Filme mit sozialkritischer Aussage. Wir brauchen Filme, die nicht nur über politische Thematiken reden, sondern darüber hinaus, die Menschen (zueinander) bewegen können. Darum drehen wir „Deckname Jenny"*.

Wir sind kein professionelles Filmteam. Wir sind einfach eine gemischte Gruppe aus (non-) professionellen Filmemacher*innen und Aktivist*innen, rund um die selbstverwaltete Filmschule Arche. Und auch wenn „Deckname Jenny*" eine NoBudget-Produktion ist, wollen wir zusammen diesen Politthriller verwirklichen. Die Idee des Filmkollektives ist zwar als Prozess gesetzt, setzt sich aber natürlich erst langsam in der Praxis um.

Unser Film erzählt eine Geschichte des Widerstands in Zeiten des zunehmenden Rassismus, des Klimawandels und eines sich einmauernden Europas.

*Jenny, eine radikale Aktivistin, tut sich mit anderen Aktivist*innen zusammen. Das Schicksal der Geflüchteten an den Außengrenzen lässt sie nicht mehr los. Die Gruppe handelt, denn Zuschauen ist nicht mehr. Jennys Vater, ein alter, resignierter Linker bekommt es mit der Angst zu tun und muss sich nun seiner entschlossenen Tochter stellen. Hier wird militante Geschichte in der Vergangenheit und in der Gegenwart verhandelt.*

Uns interessiert es, Perspektiven zu schaffen und die gesellschaftliche Isolation emanzipativer Bewegungen aufzuweichen.

Der Spielfilm zeigt Menschen wie wir, die mit all ihren Träumen und Ängsten, Stärken und Schwächen versuchen, auf die gesellschaftlichen und politischen Geschehnisse Einfluss zu nehmen. Er zeigt Menschen, die versuchen, sich zu wehren.

Wir vermischen Fiktion mit der Realität. So drehen wir auch beispielsweise auf der „Aufstehen gegen Rassismus" – Demo am 03.09.2016. (Es gab eine extra Ankündigung und auch auf der Demo selbst wurde auf die Kamera hingewiesen!)

„Deckname Jenny"* ist unser Versuch, Menschen durch Kultur zu politischen Diskussionen anzuregen, ein Angebot zuschaffen, sich über die allgegenwärtige gesellschaftliche Lage auszutauschen. Eine Bestandsaufnahme, eine Möglichkeit. Nicht die einzige Wahrheit. Eine Aufweichung der Stereotypen und Feindbilder. Keine Denunziation. Dieser Film ist unserer Beitrag zum Widerstand, denn auch wir wollen nicht mehr zuschauen. Unser Filmprojekt ist eine NoBudget-Produktion, die jeder Form von Hilfe bedarf.

Das Projekt ist über drei Jahre gewachsen und wird derzeit von einem aktiven Team von etwa 25 Menschen realisiert. Wir haben einen Teaser gedreht, um Sponsoren zu werben, jedoch wurden uns Förderungen bisher versagt. Damit „Deckname Jenny*" also gezeigt werden kann und eine ausreichende Relevanz erreicht, sind wir auf eine breite Basis an Unterstützer*innen angewiesen, die das Projekt mittragen. Damit der Film auch von vielen Menschen gesehen wird, werden wir mit dem Film herumreisen und ihn in verschiedenen Kinos und Projekten zeigen.

Natürlich brauchen wir Geld für Technik, Anfahrt, Essen etc., aber auch personelle Unterstützung durch Komparsen, Tontechniker*innen, helfenden Händen beim Catering und jede Weiterverbreitung dieser Idee.

Werdet aktiver Teil von Jenny und ihrer Bande!

Unterstützt unsere Crowdfunding-Kampagne auf startnext.com/deckname-jenny

oder spendet direkt an:

filmarche e.V. Wichtig Betreff: „Deckname Jenny“
IBAN: DE 90 4306 0967 1179 742201
BIC: GENODEM1GLS

Trotz fehlender Kohle drehen wir schon! Ihr wollt mehr über uns als Crew, unsere Abenteuer auf Dreh und die Story erfahren?

Auf unserer Website **jenny.in-berlin.de** und der Startnextsite berichten wir regelmäßig über das Projekt.

Und für die kleinen Einblicke, gibt‘s ab und an auch kleine Teaser und Making Of‘s

Teaser: www.startnext.com/deckname-jenny
Making Of: vimeo.com/179648695

*Deckname Jenny ist der Arbeitstitel des Projektes

Jenny und ihre Bande
startnext.com/deckname-jenny

Make KIK pay!

Erstmals muss sich ein Textilhändler in Deutschland für die katastrophalen Produktionsbedingungen in Asien verantworten.

Im September 2012 brannte in Karatschi die Textilfabrik Ali Enterprises. 260 Menschen starben durch das Feuer. In der Ruine fanden Angehörige und Hilfskräfte Jeans mit dem Label des deutschen Textildiscounters Kik. Mal wieder eine Brandkatastrophe, mal wieder mit Verbindungen zu westlichen Konzernen. Doch dieser Fall könnte Rechtsgeschichte schreiben.

Opfer und Angehörige des Fabrikunglücks haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Sie wählten vier Betroffene aus ihren Reihen aus, die vor einem deutschen Gericht Schmerzensgeld von Kik einklagen wollen, je 30 000 Euro. Zuständig ist das Landgericht Dortmund. Die Kammer gewährt den Klägern nun Prozesskostenhilfe. Die armen Kläger aus Pakistan bekommen also Geld, um das Verfahren im teuren Deutschland bezahlen zu können. Diese Entscheidung erlaubt den Klägern, juristisches Neuland zu betreten.



Das Gericht wird nach pakistanischen Gesetzen klären müssen, ob Kik menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verletzt hat. So sieht es die entsprechende EU-Verordnung vor. Pakistanische Gesetze basieren weitgehend auf britischem Recht. Das kennt wesentlich höhere Schadensersatzforderungen als das deutsche Zivilrecht. Zur Klärung der Rechtslage kündigte die 7. Zivilkammer des Dortmunder Gerichts nun an, ein eigenes Rechtsgutachten einholen.

Sollten die Kläger aus Pakistan gegen Kik gewinnen, könnte das für viele Konzerne wegweisend sein, die in fernen Ländern arbeiten lassen. „Vor der Klage-Keule haben Unternehmen Angst“, sagt Frank Achilles, Arbeitsrechtler bei der Kanzlei Eversheds. „Durch solche Klagen üben Nichtregierungsorganisationen entscheidenden Druck auf Unternehmen aus.“ Das Thema könnte viele Firmen betreffen, zeigt eine Umfrage der Kanzlei, bei der 250 Konzerne aus 34 Ländern mitgemacht haben. 43 Prozent der Mitarbeiter bescheinigten darin ihrer eigenen Führungsriege ein mangelhaftes Engagement für Menschenrechte.

Das Gericht begründete seine Entscheidung für die Prozesskostenhilfe so: „Sie war nach Ansicht der Kammer zu bewilligen, weil für die Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die Beklagte Schadensersatz leisten muss, pakistanisches Recht anzuwenden ist.“ Allerdings betont das Gericht: „Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe hat im vorliegenden Fall keinerlei Präjudiz für das Hauptsacheverfahren.“

Trotzdem dürften die Kläger die Entscheidung als Bestätigung ihrer Sache sehen. Denn zur Gewährung von Prozesskostenbeihilfe schreibt der Gesetzgeber in der Zivilprozessordnung vor, dass die Beihilfe nur gewährt wird, wenn es eine „hinreichende Aussicht auf Erfolg“ gibt und die Entscheidung „nicht mutwillig“ geschehe. Gewöhnlich bescheinigen Richter bedürftigen Klägern bei der Gewährung der Beihilfe also, dass ihre Klage nicht aussichtslos ist.
In besonders schwierigen Fällen können die Richter jedoch Prozesskostenbeihilfe bewilligen, ohne eine Einschätzung der Erfolgsaussichten vorzunehmen. „Davon haben sie Gebrauch gemacht“, sagte der Sprecher des Landgerichts.

Die Klägerseite reagierte erleichtert. „Die Entscheidung ist der erste Schritt, damit ein Fall von Menschen-

rechtsverletzungen durch deutsche Unternehmen im Ausland auch vor einem deutschen Gericht verhandelt wird", teilt die Menschenrechtsorganisation ECCHR mit. Sie unterstützt die Kläger. „Die Leidtragenden der globalen Textilindustrie fordern Gerechtigkeit. Die Profiteure dieses ungerechten Systems können in Deutschland jetzt erstmals rechtlich zur Verantwortung gezogen werden", sagte ECCHR-Generalsekretär Wolfgang Kaleck. Auch Kik sieht die Klärung des Sachverhalts durch ein deutsches Gericht positiv. „Wir begrüßen es, wenn dieser hochkomplexe Vorgang einer grundlegenden juristischen Prüfung unterzogen wird", sagte Ansgar Lohmann, bei Kik zuständig für Unternehmensverantwortung.

Vor Gericht sollen viele Fragen geklärt werden. Waren die Feuerschutzregeln bei Ali Enterprises unzureichend, fehlten Notausgänge und Feuerlöscher? Und falls ja: Trifft Kik als Auftraggeber eine Mitschuld? Die Modefirma hat den Zulieferer zeitweise zu 75 Prozent ausgelastet, weswegen die Kläger eine Parallele zu Scheinselbständigkeit ziehen. Sie sehen den Auftraggeber in einer besonderen Verantwortung, weil er faktisch über die Arbeitsbedingungen mitentschieden hat. Kik sieht dies anders und streitet jede Haftungsmöglichkeit ab.

Auch Forscher schauen gespannt auf den Fall. „Bisher wollte noch niemand vor einem deutschen Gericht klären, ob ein hiesiges Unternehmen für die Arbeitsbedingungen bei einem Zulieferer im Ausland haftet", sagt die Zivilrechtlerin Eva Kocher von der Europa-Universität Viadrina. Es sei wichtig, eine solche Fragestellung endlich vor einem Gericht zu erörtern statt in Expertenzirkeln.

Süddeutsche 30.8.2016

[WÜ] Make KIK pay

Dokumentation:

Die KIK Filiale in Höchberg bei Würzburg wurde heute Nacht mit Steinen und Farbe angegriffen. Zudem wurde die Nachrricht „MAKE KIK PAY" an der Fassade hinterlassen.

Die Aktion richtet sich gegen die systematische, totale Ausbeutung von „Humankapital" in „Entwicklungsländern", welches für Hungerlöhne in den Fabriken für KIK, H&M, C&A, und Co. produziert. Dass dabei immer wieder Menschen unter grauenhaften Bedingungen ums Leben kommen, ist keine Seltenheit.

Der konkrete Anlass der direkten Aktion ist der sich diese Woche jährenden Brand in einer Textilfabrik in Pakistan.

„Am 11. September 2012 war in der Fabrik Feuer ausgebrochen, 254 Arbeiter_innen verbrannten, weil die Wege nach draußen versperrt waren. Einige von ihnen wurden nie identifiziert. Die Fabrik arbeitete fast ausschließlich für den deutschen Textildiscounter KiK, der vor dem Brand mindestens 70 Prozent der Produktion gekauft hatte. Das Unternehmen hatte in der Fabrik zuvor Kontrollen durchgeführt und keine Mängel festgestellt. Seit dem Brand weigert KIK sich standhaft, sowohl die in Vereinbarungen festgeschriebenen Verhandlungen über langfristige Schadensersatzforderungen an die Opfer zu führen als auch die Zahlung von 250 000 Dollar für Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen in Pakistan zu leisten. Ali Enterprises ist nicht die einzige Fabrik: KiK ließ auch in Bangladesh produzieren, der Konzern ist mit verantwortlich für die Katastrophen Rana Plaza und Tazreen, bei denen über tausend Arbeiter_innen starben." (https://linksunten.indymedia.org/en/node/168194)

Unsere Kritik richtet sich allerdings nicht ausschließlich gegen die Textilindustrie. Vielmehr kritisieren wir das gesammte kpitalistische System, dessen logik das Vorgehen und die Skrupellosigkeit der Konzerne auch noch mit Profiten belohnt.

„Nur nackt ist billiger"? Tote muss man nicht bezahlen...

https://linksunten.indymedia.org/de/node/189316

Autonome Gruppen zum Verhandlungsvorschlag von Müller / Lauer

Dokumentation:

Auch wenn wir jede Zusammenarbeit mit Parteien und Repräsentant/innen des Staates ablehnen, kommen wir leider nicht an dem Widerspruch vorbei, auf die Initiative des Abgeordneten Lauer und des Bürgermeisters Müller, Verhandlungen mit den „Linksextremen" aufzunehmen, eingehen zu müssen.

Vorweg etwas zur Klärung der bislang erfolgreich von interessierter Seite vernebelten Positionen im Konflikt um die Rigaer Straße. Wir sprechen nicht für alle militanten Gruppen in Berlin sondern lediglich für einige temporäre Zusammenschlüsse. Auch wenn es durch die Presse und den Innensenator unter Inkaufnahme strategischer Fehler und eines Verlustes an Glaubwürdigkeit

immer wieder falsch dargestellt wird: die Rigaer 94 ist nicht die Autonomen Gruppen und die Autonomen Gruppen sind nicht die Rigaer 94.

Eine korrekte Beschreibung wäre, dass die Rigaer 94 und zahlreiche andere Projekte, Initiativen und Einzelpersonen zu einer Strömung gehören, in der Teile der Autonomen Gruppen ebenfalls tätig sind.

Das Ziel und die Hauptbeschäftigung der Autonomen Gruppen ist nicht Gewalt – oder Terror wie es uns inzwischen täglich unterstellt wird. Wer die Texte von uns und unseren Vorgänger/innen der letzten Jahrzehnte gelesen hat, weiss das wir Teil einer Gesellschaft sind, die wir gleichzeitig bekämpfen, dass wir neben dir im Bus sitzen und zur Arbeit fahren, hinter dir im Supermarkt an der Kasse stehen und vielleicht auch im selben Haus wohnen.

Wenn es die Leitung der Repressionsbehörden für erforderlich hielt, Bereiche unserer Strömung um einige



Quadratmeter zu verkleinern, wie beispielsweise die Räumung der Liebig 14, die Räumung der Familie Gülbol in der Lausitzer Straße, die Räumung der Brunnen 183 oder die unzähligen weiteren Angriffe der Vergangenheit, glaubte das System jedes Mal unsere Räume enger zu machen in dem sie diese Quadratmeter der kapitalistischen Verwertung zuführte. Ein fataler Fehler, denn die Autonomen Gruppen sind eben nicht an Räume oder Personen gebunden, sie sind eine gesellschaftliche Erscheinung, die tätig wird wenn sich diese Strömung durch Ereignisse konzentriert. Wer uns zerstören will, muss die ganze Gesellschaft zerstören.

Es hat uns immer schon an allen Orten gegeben und fast immer gab es andere Bezeichnungen für uns. Oft werden wir tätig in Konflikten, in denen wir keinen persönlichen Bezug zu den Beteiligten haben. Selten sind wir in letzter Zeit aus der reaktiven Position heraus gekommen um Utopien gesellschaftlicher Veränderungen vorstellen zu können. Die Strukturen, die der Innensenator zerstören will, in dem Glauben damit die Autonomen Gruppen treffen zu können, sind die Orte aus denen etwas anderes entwickelt werden könnte als Gewalt. Zum Beispiel war die Liebig 14 unbedeutend für den militanten Anteil des radikalen Widerstands, sie stellte eher einen kulturellen und sozialen Gegenentwurf zur offiziellen Stadtpolitik dar. Auf ihre Räumung musste auch von Autonomen Gruppen reagiert werden, trotz vieler Differenzen, auch in der Hoffnung weitere Räumungen politisch nicht durchsetzbar zu machen.

Jetzt reagieren wir also auf den Angriff der Bullen und Investorensecus auf die Rigaer 94. Die Stadt Berlin könnte es sicherlich ertragen, wenn die wenigen Quadratmeter der Kadterschmiede oder auch des M99 nicht auch noch der Gewinnmaximierung geopfert werden. Auch wir hatten für diesen Fall angekündigt, den politischen und damit auch materiellen Preis in die Höhe zu treiben.

Vielleicht sind wir dabei einer Fehleinschätzung erlegen, denn sowohl vom durch John Dewhurst als auch Frank Henkel betriebenen Aufwand lässt sich kein materielles Motiv ableiten, die Kosten für derartige Bauarbeiten inclusive staatlichem und privatem Bewachungspersonal, steht in keinem Verhältnis zu erwartbaren Mieteinnahmen in diesen Räumen. Dieser Konflikt beruht auf einem machterhaltenden Beweis der repressiven Herrschaftssicherung wo Dialogangebote schon als Risiko gelten.

Tatsächlich hat sich dabei in den letzten Monaten auch die Beziehung der antiautoritären Strömung in Friedrichshain zur Nachbarschaft gewandelt, manches was in den letzten Jahren an militanten Aktionen gelaufen ist, würde momentan nicht passieren.

Zur Initiative von Müller und Lauer

Niemand von uns wird mit Vertreter/innen des Staates verhandeln. Wenn Politiker den Innensenator jetzt auffordern, mit „Linksextremen“ Gespräche zu führen, gibt es dafür keine Grundlage. Es gibt jedoch Möglichkeiten aus der gegenwärtigen Spirale zu entkommen. Ein Abzug von Bullen und Sicherheitsfirmen aus der Rigaer 94 und die Rückgabe der Räume an die Hausgemeinschaft, sowie ein Verzicht auf die Räumung des M99 würden von den für uns erreichbaren Zusammenhänge mit der Einstellung alle Tag X Aktivitäten und Angriffen beantwortet werden.

Auch wenn selbsternannte Sicherheitsexperten behaupten, dass es Zufall wäre, wenn es bei unseren Aktionen keine Toten gibt, unsere Gewalt ist direkt mit der Gewalt des Staates, der Nazis und der Gesellschaft verbunden. Ständiger Bestandteil unserer Planungen ist, dass kein Bulle oder Nazi dabei sterben wird, auch wenn unsere Feinde diese Hemmschwelle nicht kennen. Expandierende Auftritte von Nazis führen direkt zu verstärkter antifaschistischen Gegenwehr. Intolerante Tendenzen in der Gesellschaft fordern unseren Widerspruch heraus. Die Wähler/innen von Frank Henkel können ohne Sorge um ihre teuren

Autos schlafen, wenn seine Einheiten aus der Rigaer 94 verschwinden.

Wir sehen aber auch die Gefahr, das Aktivist/innen aus dem libertären Spektrum oder Unbeteiligte durch die anhaltenden Gewaltwelle von Bullen und Sicherheitsleuten ernsthaft verletzt werden oder schlimmeres. Dann würden auch wir unser Verhältnis zur Gewalt überdenken müssen.

Als konstruktive Weiterentwicklung des Lauer – Vorschlags könnten zunächst der Bezirk Friedrichshain mit dem Senat und den Lobbyisten der Demokratie verhandeln, ob man jetzt für die Ziffern hinterm Komma in der Profitsteigerung eines Multimillionärs den permanenten Ausnahmezustand zelebrieren werden. Nicht nur die autonomen Gruppen werden die Verantwortlichen in dieser Falle festnageln.

Zum Brandanschlag auf Privatfahrzeug eines Bullen

Beliebt machen sich die Bullen nicht in Friedrichshain, ihre Besatzermentalität ruft Wut hervor. Über viele Umwege erreichten uns Beschwerden über einen Bullen, der sich privat im Gefahrengebiet bewegt, als wäre er unangreifbar. Am 5. Juli haben wir sein privates Auto mit dem Kennzeichen B – ND – 2017 in der Petersburger Straße angezündet. Das dabei Schaltkästen der BVG mit draufgingen freut uns.

Die Öffentlichkeit, auch in den Schichten die uns hassen, kann sehr gut unterscheiden zwischen den Handlungen autonomer Gruppen und dem Zündeln von Zuträgern der Behörden, wie es ironischerweise im Fall Marcel Göbel aufgedeckt wurde.

Wir sind für einige Sachen offen, den Beginn der Sommerferien oder für einen Schwarzen Juli!

Autonome Gruppen
linksunten.indymedia.org 09.07.2016

Thessaloniki: Einige Angriffe gegen die Welt der Grenzen

Dokumentation:

Heute, am 21. Juli 2016 entschieden sich 200 Gefährt_innen aus dem No Border Camp Thessaloniki, das Büro von IOM (Internationale Organisation für Migration) zu markieren. Die IOM ist eine der dreckigen Players, die unter anderem die Durchführung der sogenannten „freiwilligen Rückführungen" - oder in anderen Worten Deportationen – unterstützt. Innert Minuten warf die entschlossene Gruppe das Infomaterial des Büros auf die Strasse und bemalte das ganze Gebäude mit Slogans, die allen zeigen, was für eine Organisation sich hier befindet. Auch wurde ein Statement verlesen und auf dem Weg zurück ins Camp wurden Flugblätter verteilt.

Dies war eine der vielen Aktionen, die sich in den letzten Tagen ergeben haben: Direkte Aktionen, Adbusting und Demonstrationen in Thessaloniki wie auch in der Umgebung und in der Nähe der sogenannten „relocation centres", die vielmehr Knäste sind.

IOM stilllegen – Für den Nutzen Aller!

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) als das weltweit zweitgrösste zwischenstaatliche Amt ist eine der grossen Akteure im Migrationsmanagement.

„Migration zum Nutzen Aller verwalten" ist das Leitmotiv der IOM. Aber wer profitiert tatsächlich?

Eine der Hauptaufgaben der IOM ist die Unterstützung des gloablen Migrationsregimes bei den sogenannten „freiwilligen Rückführungen".

Im Februar 2016 organisierte die IOM beispielsweise die Abschiebung von 135 Afghan_innen nach Kabul. Für den Erhalt von je 700 Euro waren diese Migrant_innen dazu gezwungen, ihre „freiwillige Rückkehr" nach Afghanistan zu unterschreiben – die angebotenen „Alternativen" waren die gewaltvolle Abschiebung oder Inhaftierung. Die Auszahlung der Sozialleistungen hängt auch oftmals von der Beteiligung der Migrant_innen bei den Beratungsdiensten der IOM über die Möglichkeiten zur Rückkehr ab.

Die IOM bedient ausschliesslich die Interessen der Regierungen seiner Mitgliedsstaaten und deren Anti-Immigration-Politik. Die Behauptung, Migration braucht verwaltet und kontrolliert zu werden, ist die Basis für die Teilung der Migrant_innen in verwertbare und wertlose – in legitime und solche mit falschen Ansprüchen.

Migrationmanagement hat viele Gesichter: die Bekämpfung irregulärer Migration und die Entwicklung der Grenzkontrolle sind nur einige davon, IOM und Frontex sind deren Diener. Denn Migrationskontrollen und Grenzen halten das kapitalistische System und seine massiven und rassistischen Ungleichheiten aufrecht.

Alle Grenzen abschaffen! Für eine globale Bewegungsfreiheit

Das Ratshaus von Thessaloniki verwüstet

Donnerstagmorgen (21.07.16) um ungefähr 11 Uhr: Eine Gruppe von etwa 150 Menschen vom No Border Camp verlässt die Räume an der Aristoteles Universität in Thessalonik und marschiert zum Ratshaus. Über die Hintertüre stürmen sie das Gebäude. Sie zerstören die Büros von „Europe direct" und von der Internationalen Organisation für Migration.

Sie werfen Tische und Stühle um, zertrümmern Computer, werfen Farbe herum, sprayen Sprüche wie „No Border, Open the borders, Blut an euren Händen".

Als die Polizei eintraf, war es zu spät für Verhaftungen. Die Vandalen sind bereits verschwunden: tatsächlich laufen sie in Gruppen zurück zum Unicampus.

Video: https://www.youtube.com/watch?v=28KPT-TexzIA#t=12

Gestern stoppten Teilnehmer_innen des No Border Camps Busse des öffentlichen Verkehrs mit Passagier_innen und besprayten die Busse mit Sprüchen.

(...)

Demo und dezentrale Aktionen

Am 21. Juli kam es ebenfalls zu einer grossen Demonstration gegen Grenzen und Abschiebungen gemäss dem Deal zwischen der EU und der Türkei. Neben der Demo kam es zu dezentralen Aktionen gegen das schweizerische, spanische und philippinische Konsulat, zu Fahnenverbrennungen und Graffitis in der Stadt.

aus dem Herzen der Festung
ausdemherzenderfestung.noblogs.or

übersetzt von Insurrection News

„Our passion for freedom is stronger than their prison"

Bericht aus Thessaloniki zu Räumungen und Gerichtsverhandlungen

*Räumungen von Refugee-Hausbesetzungen in Thessaloniki – Schlag gegen Solidaritätsbewegung in Griechenland – Prozess gegen 80 griechische und internationale Aktivist*innen*

Am Mittwoch, den 27. Juli wurden in Griechenland in Thessaloniki und Athen selbstorganisierte migrantische und anarchistische Haus- bzw. Hafenbesetzungen geräumt. In der Anhörung am folgenden Tag wurden griechische und internationale Aktivist*innen wegen „Störung öffentlicher Ordnung" und Sachbeschädigung angeklagt. Wegen fehlender Übersetzung wurden die Verhandlungen zweier Hausbesetzungen auf Anfang August vertagt, Aktivist*innen einer dritten Besetzung wurden zu Haftstrafen von vier Monaten auf Bewährung freigelassen bzw. zu Geldstrafen verurteilt. Die linke SYRIZA-Regierung in Griechenland setzt damit ihre Repressionspolitik der Räumungen der Protestcamps in Idomeni, Polykastro und anderer Orte fort, scheinbar im Versuch, die Kontrolle über Fluchtbewegungen und soziale Antworten auf diese zu suggerieren und die Solidaritätsbewegung und gemeinsame Organisierung von Refugees und Unterstützer*innen zu zerschlagen.

Ereignisse in Thessaloniki

Am frühen Mittwochmorgen begann die Polizei mit den Räumungen in Thessaloniki. Betroffen waren fast 100 Menschen in den drei Besetzungen „Orfanotrofeio", „Nikis" und „Hürriya", der Großteil davon im „Hürriya", einer Besetzung, die vergangene Woche aus dem No Border Camp heraus entstanden war. Über 30 ehemals in den Squats lebende Refugees wurden verhaftet und sollten zunächst in Militärcamps (military detention centers) gebracht werden, wurden von dort aber von Unterstützer*innen zurück nach Thessaloniki geholt. Die zur Zeit der Räumung in den Squats befindlichen Aktivist*innen – circa 70 Personen, die Mehrheit internationale Teilnehmer*innen des No Border Camps, das am Sonntag zu Ende ging – wurden in Gewahrsam genommen. Ihnen wird „Störung der öffentlichen Ordnung" und, im Fall des „Hürriya", Sachbeschädigung in Höhe von 70.000 Euro vorgeworfen. Die Refugee-Besetzung „Orfanotrofeio" wurde noch am Mittwoch vollständig abgerissen, die Menschen, die dort gelebt haben, sind bei solidarischen Unterstützer*innen untergekommen. Ehemaligen Bewohner*innen war zugesichert worden, Medizin, Wertgegenstände und Materialien aus dem Haus holen zu können, der Abriss wurde jedoch fortgesetzt noch während sich Menschen darin befanden.

Als Antwort auf die Räumungen und Inhaftierungen besetzten Aktivist*innen am Mittwochvormittag das SYRIZA-Büro in Thessaloniki. Die Besetzer*innen verkündeten, solange in den Räumen zu bleiben, bis alle inhaftierten Aktivist*innen wieder frei sind. Die Reaktionen der Partei sind gespalten, einige Stimmen sprachen sich für die Rückgabe der geräumten Häuser aus, während die Regierung jedoch genau diese Räumungen anordnete. Am Mittwochabend fand eine Solidaritätsdemonstration mit 300 Teilnehmer*innen

statt, weitere Demonstrationen und Aktionen am Donnerstagabend und in den nächsten Tagen sind geplant.

In der ersten Anhörung im Prozess am Donnerstag, den 28. Juli, wurden die Verhandlungen für das „Orfanatrofeio“ und das „Hürriya“ auf den 03. beziehungsweise 05. August aufgrund fehlender Übersetzer*innen für internationale Aktivist*innen vertagt, die ca. 70 Aktivist*innen, die teils mehr als 30 Stunden ohne Essen und Schlafplätze festgehalten wurden, konnten das Gericht auf freiem Fuß verlassen und können in der nächsten Verhandlung durch die Anwält*innen vertreten werden. Die Verhandlung für das „Nikis“, ein seit 2009 besetztes Gebäude in Besitz der Universität, dauerte zweieinhalb Stunden. Zeugen und Besetzer*innen betonten in ihren Aussagen die praktische Notwendigkeit von Hausbesetzungen aufgrund der sozialen und finanziellen Notsituationen, in denen sich sowohl arbeitslose Griech*innen als auch Refugees befinden und wiesen darauf hin, dass nach einer jahrelangen „Politik der stillen Duldung“ durch die Universität die jetzige Räumung eindeutig als strategische Repression gegen anarchistische und antirassistische Strukturen zu verstehen ist. Die Staatsanwaltschaft forderte die Verurteilung von sechs der neun Angeklagten. Entsprechend wurden drei Aktivist*innen freigesprochen, fünf zu Haftstrafen von vier Monaten auf Bewährung und eine Person zusätzlich zu einer Geldstrafe in Höhe von 600 Euro verurteilt.

Auftakt einer neuen Repressionswelle

Nachdem zeitgleich am Mittwoch auch das Camp im Hafen von Piräus bei Athen geräumt wurde, hat der Bürgermeister von Athen angekündigt, die selbstorganisierten Hausbesetzungen von, für und mit Refugees in Athen ebenfalls räumen zu wollen. Da außerdem die Räumungen der Besetzungen in Thessaloniki zeitlich parallel durchgeführt wurden und der Abriss des „Orfanotrofeio“ unmittelbar erfolgte, ist davon auszugehen, dass dieser Auftakt einer Repressionswelle bereits länger geplant war. Das No Border Camp, Demonstrationen und Aktionen in Thessaloniki werden von staatlicher Seite nun als Legitimation des Vorgehens herangezogen, was jedoch nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass die Refugee-Selbstorganisation und solidarische Bewegung dem griechischen Staat und der EU schon lange ein Dorn im Auge sind. Nach dem EU-Türkei-Deal, der Schließung der Balkanroute und der Kriminalisierung von Geflüchteten und Unterstützer*innen, ist die neue Repressionswelle ein weiterer Schritt zur Erlangung der Kontrolle und Abwehr der Fluchtbewegungen und Verhinderung solidarischer Unterstützung und Selbstorganisation.

Seid solidarisch und aktiv widerständig!

Auch wenn ein Großteil der angeklagten Aktivist*innen zunächst frei ist, sind die Repressionen gegen die griechische antirassistische Bewegung noch lange nicht Geschichte. In Thessaloniki werden neue Häuser für Wohnraum und Selbstorganisation sowie finanzielle Unterstützung für Anwält*innen und Prozesskosten benötigt und der politische Druck muss aufrechterhalten werden, um weitere Räumungen in Griechenland zu verhindern. Zeigt euch solidarisch! Demonstriert, startet Aktionen, folgt den erfolgreichen Beispielen aus Griechenland und anderswo und besetzt gemeinsam Häuser! Unterstützt Menschen auf der Flucht auf jede Art und Weise und leistet so aktiv Widerstand gegen menschenfeindliche Politik und Repressionen.

Our passion for freedom is stronger than their prisons! Freedom of movement is everybody’s right!

Spendenaufruf auf **openborder.noblogs.org**
Email: openborders@riseup.net

Freedom Now, 28.7.2016

Von Aktionskontrolleuren, Aktionssaboteuren und Aktionssimulanten:

Das No Border Camp in Thessaloniki, die Camp-Orga und Beyond Europe

Nach Thessaloniki fuhren wir, weil wir Hoffnungen hatten, dort mit vielen gemeinsam unsere Wut über die europäischen Grenzsituationen, über Lagersysteme, über Restriktionen und Abschottung zu adressieren. Wir hatten die Hoffnung in unseren jeweiligen Aktionen mit denen zusammen zu kommen, die die Grenzen der EU von außen angreifen und fanden (und finden) die Idee gut, diese Grenzen von innen anzugreifen. Wir wollten in Thessaloniki einen kollektiven Ausdruck finden, der dieser Wut zumindest in Ansätzen gerecht wird. Einen Ausdruck, der all dem vielleicht annähernd angemessen ist. Wir fühlten uns als Anarchist_innen, als Autonome angesprochen und wir fühlten uns versichert, dort ohne die uns so verhassten und von uns als autoritär empfundenen Aktionsformverbote (euphemistisch werden diese als „Konsense“ bezeichnet) agieren zu können. Nun kam alles nicht ganz so, wie wir es erhofft hatten. Wir wollen hier keinen Bericht zum No Border Camp schreiben. Sondern einfach auf ein paar kleine Punkte eingehen, die uns

beschäftigt haben und die, so finden wir, diskutiert werden sollten.

Vorneweg: Wir schreiben hier selbstverständlich nur auf, was wir für in so einer Form diskutierbar halten. Es gibt wohl einige Punkte und Situationen, die nicht angesprochen werden können, auch wenn sie einigen unter den Nägeln brennen. Wir hoffen, dass alle da andere Möglichkeiten finden, sich auszutauschen, zu diskutieren, sich zu streiten. Und ebenfalls zu Beginn: Wir sprechen nur für uns selbst, für eine kleine Gruppe, die auf dem Camp war. Andere kleine Gruppen oder sogar riesige Organisationen werden andere Positionen haben und meist freuen wir uns, diese zu lesen. Über die „offizielle" Nachbetrachtung zum Camp des „general meetings" haben wir uns allerdings nicht so gefreut und auch ein bißchen gewundert – so waren wir doch auf den general meetings und dort ist nichts bezüglich eines Berichtes beschlossen worden. Womit dann auch mal das Problem angerissen ist. Auf dem No Border Camp in Thessaloniki gab es von Beginn an eine Organisationsstruktur, die weder dazu delegiert wurde, noch irgendwie transparent gemacht hat, welche Funktion sie selbst hat. Von bisherigen Camps kannten wir das so, dass die vorbereitende Gruppe zu Beginn des Camps ihre „Macht" an das Camp abgibt. Und wir fanden und finden genau dies angemessen für ein Camp, das sich selbstbestimmt nennt. Dies fand in Thessaloniki nicht statt. Aber es wurde auch nicht offen ausgesprochen, dass die proklamierte Selbstbestimmung sich nur auf das Kochen, das Putzen und die Nachtwachen bezog. Im Laufe der ersten Tage wurde klar, es gab vor dem Camp eine Spaltung der vorbereitenden Struktur. Aber auch darüber wurde nicht offen gesprochen. Richtig gut deutlich wurde der Machtanspruch des Organisationsteams Mitte der Woche. Es fand eine Aktion gegen die IOM (International Organisation for Migration) statt, die uns sehr gefreut hat und die vorzüglich gelungen war. Die IOM gehört zu den Playern des Migrationsregimes – sie bietet Rückkehrberatung an und schreckt im Trikont durch Anti-Propaganda Leute von der Flucht ab. So wurde also das örtliche Büro der IOM besucht und beherzt verwüstet. Danach gingen alle zum Camp zurück – etwas, was in Griechenland locker durchgeht, so erzählten es uns unsere Gefährt_innen dort. In Deutschland wäre es wohl eher anders gelaufen.

Uns hat diese Aktion auch deswegen so gut gefallen, weil auch wenn ein paar Leute die Idee hatten, die Diskussion über die Aktion ergebnisoffen und bereit für Veränderungen des angedachten Ablaufs geführt wurde. Wir mochten den solidarischen Umgang, der die Teilnehmenden nicht einfach als Statist_innen einer Idee degradiert hat.

Eigenartig war, dass die Camporganisation im Vorfeld diese Aktion verhindern wollte. Und zwar mit dem Verweis, dass die Aktion selbst oder mögliche Folgen der Aktion das Camp und Geflüchtete gefährden könnten. Ausgerechnet von Antirassist_innen hörten wir diese Argumente auf dem Camp noch recht oft. Und die Aktion gegen die IOM war nicht die einzige, die durch dieses Argument verhindert werden sollte. Ganz ehrlich, so wenig wir die Situation in Griechenland einschätzen können und konnten, so wenig mögen wir diesen patriarchal-paternalistischen Schutzgedanken. Die Kämpfe der Geflüchteten in Griechenland sind vielerorts militant. Wir gehen davon aus, dass Menschen sehr gut selbst einschätzen können, was passieren kann, wenn man auf einem Aktionscamp ist. Wir meinen, dass es politische Akteur_innen entmündigt, wir finden, dass hier Fehlrepräsentationen stattfinden, wenn Leute anfangen, „für andere" zu sprechen. Und wir denken, dass diese Argumentation suggeriert, dass ein Camp einen letztendlichen Schutz bieten kann, einen Schutzraum mitten in der EU und ihrem barbarischen Migrationsregime. Und schließlich, und das meinen wir mit patriarchal-paternalistisch, ist dieses Sprechen für andere wie das Sprechen der Eltern für ihre Kinder, denen unterstellt wird, weder selbst für sich sprechen zu können, noch ihre eigenen Entscheidungen treffen zu können.



Widerstand von unbestimmter Dauer

Neben diesen Fragen der Repräsentation sahen wir hier noch eine andere Schwierigkeit. Nun ja, die einen sagten, Dinge, die in anderen Ländern so nicht machbar sind, sind in Griechenland machbar. Andere teilten diese Einschätzung nicht. So ganz einschätzbar ist die Frage möglicher Repression aber wohl für niemanden. Das Argument, wenn ihr das und das macht, machen die Bullen das und das und dann seid ihr quasi für die Repression verantwortlich, kennen wir aus Deutschland leider allzu gut. Wir teilen diese Gedanken nicht. Repression folgt keinem einfachen Reiz-Reaktionsschema. In Thessaloniki jedenfalls war es nicht erwünscht, dass Menschen ihre Wut adressieren, jedenfalls nicht, wenn dies in Aktionen geschieht, die „nicht auf dem general meeting" diskutiert wurden, so sagte es ein Mensch aus der Orga-Gruppe am vorletzten Abend. Nun heißt das nicht mehr oder weniger als dass Aktionen, die nicht öffentlich besprechbar sind, nicht stattfinden können.

Neben denen, die mit einem gewissen Repräsentationsanspruch verhindern wollten, was sie nicht in der Hand hatten, gab es auch noch andere autoritäre Zeitgenossen. Betrübt waren wir über die Rolle, die Beyond Europe auf dem Camp einnahmen, so kennen wir doch etliche Ums Ganze... Gruppen und Genoss_innen in Deutschland und hatten eigentlich einen anderen politischen Umgang miteinander erhofft. Anfang der Woche sollte eine Besetzung der örtlichen TV-Station stattfinden. Eine Live-Sendung sollte unterbrochen werden und verschiedene Statements verlesen werden. Genoss_innen von Beyond Europe stellten die Aktion vor. Der Wunsch etlicher Anwender, das Ganze nicht unter dem Label Beyond Europe laufen zu lassen, sondern als Campteilnehmer_innen, wurde abgeschmettert. Das Argument, es seien ja schließlich deutlich mehr Leute, die sich beteiligen wollten als Organisations-Angehörige, ging ins Leere. Die Frage, ob auch Menschen außerhalb der Organisation Beiträge verlesen können, wurde verneint. Die Inhalte der Beiträge könnten, so sagte man es, grob auf der Homepage von Beyond Europe nachgelesen werden. Klar war, es braucht nur Masse, die als Kulisse der Aktion zum Erfolg verhelfen soll. Etliche verließen an diesem Punkt die Vorbereitungen. Einige ließen sich auf das Spiel ein. So auch wir. Gemeinsam ging man unter dem Beyond Europe Banner zur TV-Station, davor wurde kurz gewartet. Aber da war schon eigentlich alles gelaufen. Denn Genoss_innen, die aus dem Gebäude kamen, in dem sie zum Zwecke der Verhandlung waren, hatten schon entschieden – ohne sich mit denen abzusprechen, die Teil der Aktion waren. Sie hatten sich noch bevor irgendwer dazu etwas sagen konnte, mit den TV-Menschen darauf geeinigt, von einer Besetzung abzusehen, statt dessen Statements aufzunehmen, die dann am kommenden Tag ausgestrahlt werden sollten. So zog die Masse in einer kleinen Demonstration wieder aufs Camp.

Uns kam diese Politik – und die TV-Station ist da nicht das einzige Beispiel – reichlich autoritär vor. Aktionen nicht mit denen ergebnisoffen diskutieren zu wollen, die daran teilnehmen, Aktionen nicht für die Aktionen sondern für den Fame der Organisation durchzuführen, in einer kleinen Gruppe den Ablauf während des Ablaufs essentiell zu verändern, all das sind Prozesse, die wir zwar kennen, bisher aber nicht in diesem Ausmaß von Ums Ganze.../Beyond Europe.

Der Eindruck, manövrierbare Masse für die Aktion anderer sein zu sollen, hielt sich. Und hinzu kam der Eindruck, dass Aktionen eher simuliert, denn durchgeführt werden sollten. Am letzten Tag des Camps, zugegeben, die Stimmung war schlecht, die Differenzen wurden immer größer und äußerten sich immer drastischer (unter anderem in körperlichen Auseinandersetzungen), am letzten Tag also sollte das Final des Camps stattfinden. Nach außen angekündigt wurde, die griechisch-türkische Grenze erreichen zu wollen und diese anzugreifen. Statt 1000 machten sich nur ca. 300 auf. Eine herbe Niederlage, die ihre Gründe hatte. So verdeutlichte sich im Laufe der Vorbereitungen, dass es gar nicht darum ging, bis an die Grenze zu kommen. Man wollte eigentlich nur in ein Dorf vor der Grenze, dort kurz aussteigen, sich mit den Bullen klöppen, dabei nette Fotos machen, um dann wieder zurück zu fahren. „Verkauft“ werden sollte es aber als Versuch, die europäische Grenze von innen anzugreifen. Soweit so schlecht, auch hier stand der Ablauf auf dem Vorbereitungstreffen nicht zur Disposition. Andere hatten schon entschieden. An dem Punkt stiegen wir aus, wir beschlossen, diesen Tag anders zu verbringen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir haben gar nichts dagegen, sich mit den Bullen zu klöppen. Wir finden das sogar manchmal recht amüsant.

Absurd schien uns diese Art sich selbst nicht ernst zu nehmen, die Art, Aktionen zu simulieren um Bilder zu erzeugen von einem Angriff auf die Grenze, der keiner war. Und so, das erzählten uns Gefährt_innen, kam es dort dann auch. Nach sechs Stunden Fahrt stieg man aus den Bussen aus, lieferte sich eine kleine Auseinandersetzung, machte Fotos und stieg wieder ein, während noch andere diskutierten, ob das nicht doch ein bisschen wenig wäre. Die Diskussion wurde durch das Schaffen von Fakten beendet. Die ersten Busse fuhren inmitten der Debatte ab.

Ob nun die Aktionen anderer sabotiert werden oder kontrolliert, ob gemeinsame Aktionen besprechbar sind oder aber bereits vor dem Vorbereitungstreffen festgelegt, eines haben all diese Vorgänge gemeinsam: einen autoritären Anspruch, über andere zu entscheiden, für andere zu entscheiden, für andere zu sprechen oder zu agieren. Vielleicht sollte man, will man auf diese Art „Politik machen“, das auch vorher offen so sagen und nicht mit anarchistischen Aufrufen zu Camps einladen. Wir hoffen, dass zumindest Ums Ganze.../Beyond Europe ihren politischen Stil überdenken und den steilen Weg zu Bewegungsmanager_innen so schnell wieder verlassen wie sie ihn erklommen haben.

Wir wünschen uns für unsere viel zu selten stattfindenden internationalen Zusammentreffen ein Klima, in dem wir uns gegenseitig bestärken können, in dem Menschen mit ihren je eigenen Aktionsformen willkommen sind. Wir wünschen uns auch, dass Militanz nicht als mackerhafter Aktionstourismus abgetan wird, sondern als wohlüberlegter Ausdruck von Wut und der Bereitschaft auch seine eigene Sicherheit für ein Hoffen auf Veränderung zu riskieren. Wir wünschen uns einen Umgang miteinander, in dem Menschen nicht zur Masse gemacht werden, um sie für eigene Ziele oder die einer Organisation zu nutzen.

anonym

NoBorderKitchen in Lesvos.

Ein Interview

Emma: *Nach dem Abkommen, der EU mit der Türkei hat sich die Situation der Geflüchteten auch in Griechenland drastisch verändert. Du warst ja schon einmal vor dem Deal auf Lesvos. Da waren die Grenzen noch weitgehend offen, die Balkan-Route war nicht dicht, es war ein Ankommen und Weiterreisen. Seit diesem Deal und der Schließung der Grenzen ist die Debatte um Flucht und Asyl in den Hintergrund gerückt, jedenfalls medial. Und die Geflüchteten suchen sich andere Routen, vor allem die noch weitaus gefährlichere über Italien. Kannst du erzählen, wie sich die Situation vor Ort im Moment darstellt?*



Hans-Peter: Die Lage hat sich in verschiedenen Bezügen geändert. Im Gegensatz zu vor einigen Monaten über tausend täglich sind es jetzt vergleichbar wenige, die auf Lesvos ankommen. Vielleicht so hundert wöchentlich. Aber die Leute dort sagen, dass sich das auch jederzeit wieder ändern kann, der Deal steht ja auf wackligen Beinen. Anders als vor einigen Monaten lassen sich eigentlich alle Geflüchteten auf Lesvos registrieren. Zuvor gab es ja noch die Hoffnung, sich erst in Deutschland, Schweden oder sonstwo registrieren zu lassen, wegen der geschlossenen Routen ist diese Hoffnung nicht mehr da. Dann betreibt der griechische Staat gerade Migrationsmanagement par exelance, was immer auf Kosten der Menschen geht. Sie werden verwaltet. Dadurch verändert sich die Lage der Geflüchteten, sie werden auf Lesvos verfolgt, in Lager gesteckt und nun staatlich „versorgt". Dadurch hat sich auch die Situation für die „Helfenden" verändert. Volunteers und NGO's müssen sich registrieren lassen, die meisten machen das auch, viele haben Lesvos verlassen und die Hilfe dann auch dem Staat überlassen. Und manche haben sich auch ganz bewusst dafür entschieden, nicht auf die Art und Weise innerhalb des Lagersystems mit dem Staat zu kollaborieren.

Emma: *Dieses Lager auf Lesvos, Moria, war ja einige Zeit lang ein Knast und ist dann wieder geöffnet worden. Kannst du was dazu sagen, wie es dort gerade abläuft?*

Hans-Peter: Tatsächlich ist das Lager immer noch ein Knast aber nach größeren Unruhen wurde den Geflüchteten zugestanden, das Lager teilweise verlassen zu können. Nun ist nicht mehr Moria der Knast sondern ganz Lesvos, denn von der Insel soll niemand runter kommen. Ich würde sagen, Moria wurde wieder aufgemacht, um die Geflüchteten zu befrieden.

Emma: *Das musst du erklären.*

Hans-Peter: Naja, auf der einen Seite gibt es eine Registrierungszeit von 25 Tagen, in denen die Geflüchteten das Lager nicht verlassen dürfen und danach kann man sich ein Registrierungspapier holen, mit dem man sich außerhalb des Lagers bewegen kann. Tatsächlich ist die Situation aber so, dass nicht jeder kontrolliert wird, der dort rein und rausgeht und zum anderen umgehen viele die möglichen Kontrollen. Die Neuregelung mit dem „Ausgang" kam nach größeren Riots in Moria im April. Geflüchtete hatten es zeitweise geschafft, Militär und Polizei komplett aus dem Lager zu vertreiben. Darauf folgte die „Öffnung", aber auch eine völlig willkürliche Repressionswelle mit Verhaftungen und Deportationen.

Emma: *Und dadurch hat sich die Lage jetzt beruhigt? Also wie ist die Situation in Moria jetzt?*

Hans-Peter: Schwierig. Ich war nicht dort drin, ich kann nur erzählen, was mir Geflüchtete erzählten, die drin waren. Auf der einen Seite ist das Lager komplett überfüllt. Über 3000 Menschen wohnen in einem Lager, das für etwa 1500 konzipiert wurde. Es gibt fast keine funktionierenden sanitären Anlagen, die Leute haben keine Möglichkeit selbst zu kochen, statt dessen müssen sie ein bis zwei Stunden pro Mahlzeit anstehen. Und das Essen ist Scheiße, also tatsächlich teilweise nicht genießbar. Zudem gibt es massive Konflikte unter den Geflüchteten, das ist wohl auch kein Wunder bei diesen Lebensumständen. Neben Diebstahl und sexualisierter Gewalt, bekämpfen sich jeden Abend verschiedene Gruppen. Der Zustand wird von etlichen als „Krieg" bezeichnet, deswegen suchen viele die Möglichkeit, irgendwo anders zu schlafen. Viele leben dann eben illegalisiert, verstecken sich nachts auf der Insel. Die hauptsächliche Auswirkung des Lagersystems

auf die Menschen ist aber, dass sie nicht mehr selbst über ihr Leben bestimmen können, bis in die kleinsten Bereiche des Alltags hinein. Und die damit einhergehende Hoffnungslosigkeit und Lethargie.

Emma: *Gibt es denn überhaupt noch eine Perspektive in Europa für die Leute dort?*

Hans-Peter: Viele Leute hoffen schon noch auf positive Asylbescheide, aber es bewegt sich halt nichts. Ich habe in der Zeit, in der ich da war von niemandem gehört, der einen positiven Bescheid bekommen hat. Neben dem Warten sehen die Menschen dort gerade keine andere Möglichkeit. Das ist unheimlich zermürbend.

Emma: *Gibt es denn noch Widerstände der Geflüchteten?*

Hans-Peter: Ganz wenig im Moment. Vor ein paar Wochen gab es eine Demonstration in Mytillini von Geflüchteten aus Eritrea und Äthiopien, die speziell auf ihre besonders benachteiligte Situation aufmerksam machen wollten, da ihre Asylanträge im Moment gar nicht bearbeitet werden. Ich fand das schon beachtlich, denn die beiden Länder befinden sich lange Zeit schon im Krieg gegeneinander. Aber die meisten versuchen gerade individuell weiterzukommen, das heißt unbemerkt mit der Fähre das Festland zu erreichen. Das ist aber sehr schwierig, die Kontrollen sind wirklich ausgedehnt. Neben racial profiling bei Ein- und Ausstieg der Fähre, kontrollieren die Bullen auch Fahrzeuge und schauen unter die Laster.

Emma: *Du warst dort in der noborder kitchen (NBK), wie auch schon ein paar Monate zuvor. Es gab ja immer wieder Räumungen. Kannst du was dazu sagen, wie sich die Strukturen antirassistischer Gruppen dort entwickeln?*

Hans-Peter: Das noborder kitchen Lesvos ist eine autonome Struktur, getragen von denen, die jeweils vor Ort sind. Da gibt es aber eine hohe Fluktuation von Aktivist_innen aber auch viele Geflüchtete, die Teil des NBK sind. Vor ein paar Monaten hat die NBK Leuten auf der Durchreise geholfen, gekocht, Klamotten und Informationen ausgegeben usw. Als die Grenzen dann geschlossen wurden, hat sich das Ganze immer mehr zu einem Camp entwickelt, in dem Leute auch länger blieben, mit bis zu 300 Menschen, die da schließlich gewohnt haben. Bis es im März von seinem damaligen Platz auf einem der Stadt gehörenden Strandabschnitt geräumt wurde. Nach einer längeren Phase der Neuorientierung, in der aber weiter gekocht wurde, ist nun das Ziel ein Social Center aufzumachen. Da gab es auch einen Versuch mit einem ziemlich guten Objekt, ein altes Fabrikgelände am Stadtrand. Nach der Besetzung und unheimlich viel Arbeit, die reingesteckt wurde, folgte auch hier die Räumung. Die Bullen ließen verlauten, dass es keine „sichtbaren“ Camps mehr geben dürfe. Momentan ist das NBK an einem etwas abgelegenerem Strand, zwischen Moria und Mythilini.



Das Ziel ein Social Center aufzumachen bleibt, also ein nur tagsüber geöffneter Treffpunkt. Damit soll den Problemen, die ein Camp mit sich bringt, aus dem Weg gegangen werden. Meine Einschätzung aber ist, dass ein Social Center sich auch schnell wieder zu einem Camp entwickeln könnte.

Emma: *Kannst du was sagen zu dem politischen Anspruch des NBK. Stichwort: Zwischen humanitärer Hilfe und radikaler Politik.*

Hans-Peter: Also mein politischer Anspruch ist schon, mit den Geflüchteten zusammen gegen das Grenzregime zu kämpfen. Zum NBK kommen aber Aktivist_innen aus allen politischen Spektren, auch solche, die zuerst mal mit einem „humanitären“ Anspruch an die Situation herangehen. Im NBK geht aber auch einfach im Moment viel Zeit und Energie für die alltägliche Arbeit und das Platzsuchen drauf. Zudem ist auch nochmal die Frage, welche Möglichkeiten radikale Politik dort hat oder haben kann. Da ist ja schon eine große Perspektivlosigkeit.

Emma: *Und was denkst du, was Möglichkeiten radikaler Politik an den europäischen Außengrenzen wäre?*

Hans-Peter: Das beste wäre natürlich, die Menschen, die flüchten, organisieren sich selbst und dafür bekommen sie im NBK ja auch Raum und Möglichkeiten. Und Essen kochen, so banal, wie das auch klingt, ist ja auch ein Schritt in die Richtung, dass Menschen Freiheiten haben, auch um Widerstand leisten zu können. Wenn du einfach nur im Lagerleben gefangen bist, wo soll dann die Kraft herkommen, dich zu wehren? Es ist auch ein Versuch, der Lethargie zu begegnen. Ein anderer Ansatz, den ich für sinnvoll halte, ist Menschen konkret bei ihrer Flucht zu unterstützen, also aktive Fluchthilfe zu leisten. Die Geflüchteten müssen dort schlicht erst mal die Hürde des Racial Profiling an der Fähre nehmen. Je „europäischer“ sie aussehen, desto höher

die Wahrscheinlichkeit. So banal das klingt, mit beispielsweise Schminkkursen wäre da vielen geholfen. Abseits von diesen Fragen der Hilfe bei der individuellen Flucht, wäre es aber eigentlich Aufgabe von uns, systematisch Fluchtnetzwerke aufzubauen. Davon sind wir aber leider weit entfernt.

Emma: *Wer weiß, wenn es für uns selbst auch relevanter wird, über solche Fragen nachzudenken, mag es sein, dass auch diese Frage systematischer angegangen wird...*

Hans-Peter: Ja, vielleicht. Es ist ja auch eine wichtige Frage, inwieweit wir uns aus unseren bürgerlichen Sicherheiten herausbewegen, also wie sehr wir auch bereit sind, uns in Angriffen auf die Grenzen selbst zu riskieren. Die eigene Sicherheit aufzugeben bedeutet ja auch, sich mit denen, die die Grenzen von außen in Frage stellen, auf Augenhöhe begegnen zu können und gemeinsame radikale Kämpfe zu führen. Klar, von unterschiedlichen Seiten und Ausgangspunkten, aber mit einem gemeinsamen Begehren. Das ist übrigens auch ein wichtiges Argument, um sich aus dieser identitätspolitischen Befangenheit vieler Aktivist_innen heraus zu bewegen – hin zu kollektiven Feindschaften gegen Staat, Grenzen und ihre Verteidiger_innen. Für mich geht es ja nicht nur darum, andere Menschen in ihren Kämpfen zu unterstützen, sondern es ist meine eigene Motivation gegen Grenzregime zu kämpfen. Und genau dort, an diesem Punkt, können Begegnungen stattfinden. Und ich denke, wir können viel lernen von der existenziellen Art zu kämpfen in einigen migrantischen Bewegungen.

Emma: *Wie sieht es denn aus mit den Kontakten vor Ort? Ist das NBK dort eher isoliert von übrigen Bewegungszusammenhängen oder versteht es sich als Teil radikaler politischer Strukturen vor Ort?*

Hans-Peter: Das Problem ist, wir sprechen vom griechischen Kontext. Die anarchistische und antiautoritäre Bewegung ist vielerorts gespalten. Dennoch gibt es etliche, die sehr an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Es gab und gibt immer wieder Kooperationen mit verschiedenen anarchistischen Gruppen aber die hohe Fluktuation im NBK macht das unheimlich schwierig, auch weil Wissen um die bereits bestehenden Kontakte immer wieder verloren geht. Wir brauchen da einfach Konzepte, wie wir Kooperationen situativ angepasst organisieren können. Nebenbei: Es gibt auf Lesvos etliche auch außerhalb anarchistischer Kontexte, die wirklich viel Unterstützung leisten und die auch solidarisch mit dem NBK sind, Händler_innen, die Gemüse abgeben, Leute, die bei Übersetzungen helfen usw.

Emma: *Kannst du abschließend noch sagen, wie man das NBK weiter unterstützen kann? Macht es Sinn, da weiterhin hinzufahren?*

Hans-Peter: Für mich selbst ist das eine sehr ambivalente Sache. Auf der einen Seite hat man da unten das Gefühl, wenig politisch zu bewirken, weil man den Großteil seiner Zeit damit verbringt, ein Mindestmaß an „humanitärer Hilfe" zu leisten, da müssen wir uns nichts vormachen. Zudem gibt es harte Konflikte um Sexismus, Rassismus, Paternalismus und tatsächlich auch neokoloniales Gehabe. All das, was es woanders auch gibt, trifft dort sehr hart aufeinander. Auf der anderen Seite ist es natürlich wichtig, dass es solche Projekte gibt. Und die NBK ist eine gute Basis. Aber es gibt halt noch viel zu tun. Unterstützung ist notwendig. Geld ist wohl das einfachste, was dort hingeschickt werden kann, allein schon für die 600 Portionen Essen täglich braucht die Küche mindestens 200 Euro am Tag. Hinfahren macht Sinn, vor allem für Leute, die länger bleiben können. Auch wenn zeitweise viele „Volunteers" vor Ort sind, braucht es dort Menschen, die die politische Struktur langfristig aufrecht erhalten und an Überlegungen zu politischen Perspektiven Interesse haben. Woran dort gearbeitet werden muss, ist die verlässliche Weitergabe von Informationen zu den Fluchtrouten und den Verteilungs- und Asylverfahren. Auch der Aufbau und das Aufrechterhalten von Kontakten zur anarchistischen Szene vor Ort und der Ausbau von internationalen Netzwerken kommt oft zu kurz.

anonym

Athen: Bekennung zur Exekution des Mafioso Habibi im Juni in Exarchia

Dokumentation:

Wir übernehmen die Verantwortung für die Exekution des Mafioso Habibi, der nun schon zwei Jahre lang an vorderster Front bei gewalttätigen Vorfällen gegen BewohnerInnen und Stammgästen des Gebietes von Exarchia war, was im letzten Monat im blutigen Angriff auf drei GenossInnen des besetzten Sozialzentrums VOX gipfelte.

Er paranoide Charakter dieses spezifischen Individuums und die rücksichtslose Gewalt, die er bei der kleinsten Provokation ausübte, machte aus ihm einen potentiellen Serienmörder. Das Tyrannisieren, Stehlen und die Messerstechereien, die zum Repertoire seiner täglichen Präsenz auf dem Exarchia Platz gehörten, gaben ihm den Raum um sich als Leader aufzuspielen, den (angeblich) niemand in Frage stellen konnte. Mit der Stärke einer Herde von Kannibalen um sich herum, aber auch mit der Mafia und der Polizei im Rücken

agierte er unbehelligt als Drogendealer und terrorisierte die Nachbarschaft, die, da von seiner Macht unterjocht und zum Schweigen gebracht, wehrlos und unfähig war, sich dem entgegenzustellen.

Die von seiner kriminellen Aktivität verursachte Angst macht ihn dreister und dreister, bis er wiederholt blutrünstige Angriffe vor den Augen von Dutzenden Einheimischen ausführte und blutende und halbtote Leute hinter sich liess, während er unbehelligt und breitspurig im Gebiet verblieb. Weil er, obwohl drogensüchtig und paranoid, genau wusste, dass es keine Folgen haben würde, weil wegen der durch Angst hergestellten allgemeinen Unterwerfung niemand eingreifen würde. Weil er wusste, dass er nicht verhaftet würde, denn als Bediensteter der Mafia war er de facto auch ein Mitarbeiter der Polizei.

Nur, seine Dreistigkeit erwies sich am Ende als „selbstmörderisch" als er den Fehler beging, drei anarchistische GenossInnen des besetzten Sozialzentrums VOX anzugreifen und zwei zu verletzen. Der Geduldsfaden war gerissen und die Durchsetzung der revolutionären Volksjustiz erforderte sein Todesurteil. Nicht nur im Rahmen der Rache für die verletzten GenossInnen sondern auch zur Verteidigung einer dermassen verzweifelten Nachbarschaft, von der wir sicher sind, dass sie bei der Nachricht des Todes dieses Schleimscheissers aufatmen wird. Denn jemand musste zur Aktion schreiten. Für die nur minimale Wiederherstellung der Kräfteverhältnisse in der Nachbarschaft von Exarchia, um daran zu erinnern, dass der lange Arm des Para-Staates mit dem bestrafenden Arm der Bewegung zu rechnen hat. Wenn wir von Para-Staat reden, müssen wir klarstellen, dass sich für uns die Exekution dieses spezifischen Individuums nicht nur auf einen Schlag gegen den in Exarchia herrschenden ‚Kannibalismus' beschränkt. Wir betrachten ‚kannibalische Gewalt' nicht als allgemeine gesellschaftliche Erscheinung. Wir sind keine SoziologInnen, aber in der Klasse positioniert, die mit dem Kapitalismus im Kriege steht, und als solche ziehen wir in die Schlacht um Exarchia zurückzuerobern. Mit dieser Orientierung erstreckt sich diese spezifische Exekution auch auf den materiellen Konflikt mit dem parastaatliche Cluster Mafia-Polizei. D.h. sie ist Teil der Schlacht gegen einen der krassesten Ausdrücke des Kapitals. Und das weil Habibi von der Mafia von Exarchia nicht nur als einer unter den Dutzenden im Gebiet tätigen Drogendealern rekrutiert wurde, sondern auch als Gendarm, der den reibungslosen Profit seiner Bosse gewalttätig sicherte.

Habibis starker Hintergrund aller Arten von anti-sozialer Aktivität hatte ihn zum Spiessgesellen und bissigen Wachhund der Mafia in Exarchia gemacht. Und er war ein Wachhund, dessen Gewalttätigkeit, abgesehen von der psychotischen und durchgeknallten Art, als Bedrohung gegen alle funktioniert, die auch nur daran dachten, den reibungslosen Drogendeal zu stören. Schlussendlich also gegen alle, die die Herrschaft der Mafia auf dem Platz Exarchia faktisch in Frage stellten. Durch die Exekution von Habibi machten wir klar, dass wir die Herrschaft der Drogendealer faktisch in Frage stellen. Dass wir auch die Mittel haben uns mit ihnen anzulegen und wir sie, wenn es sein muss, frontal angreifen werden. In einem Angriff als geschichtliches und politisches Imperativ.

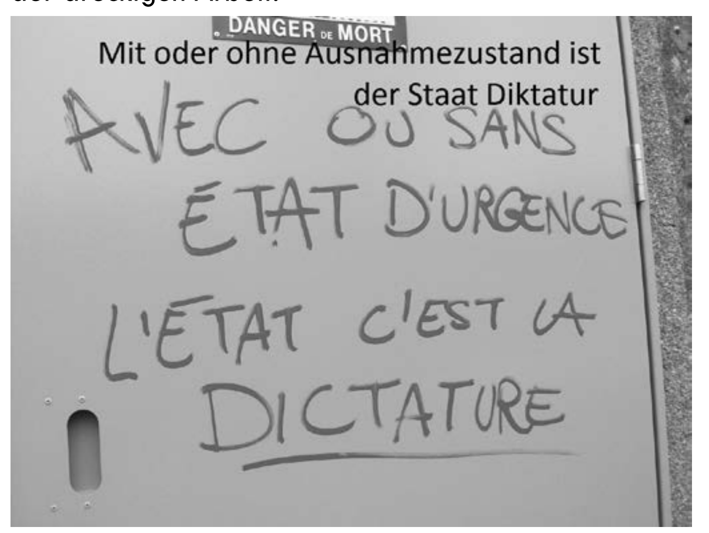
Der Cluster zwischen Mafia und Polizei, obwohl als Phänomen dermassen oft aufgeklärt, dass es niemanden überrascht, tritt in Exarchia entlarvend offen zutage. Wer in der Zone lebt, arbeitet oder rumhängt, weiss sehr gut, dass die Standplätze des Drogendeals nicht an entfernten Stellen zu finden sind, sondern im Gegenteil, die besten Standorte um den Exarchia Platz herum besetzten. Sie wissen auch wer und wann die Drogen verkauft, denn wir reden da von fast rund um die Uhr Schichten von Individuen, die in Exarchia leben und rumlaufen. Sie wissen welche Läden als Fassade zur Geldwäscherei dienen, wer die Mafiabosse sind und wo sie sichtbar bewaffnet rumhängen. Sie wissen auch, dass der Kommandant der Polizeistation von Exarchia einigen von ihnen ausserordentlich freundlich begegnet. Das alles findet jeden Tag vor unseren Augen statt und niemand sagt auch nur ein Wort.

Und niemand sagt was, weil Angst und Gleichgültigkeit herrscht. Und noch schlimmer, weil sogar unter den gesunden Kräften in der Nachbarschaft die Belanglosigkeit dermassen vorherrscht, dass sich nichts verändern kann. Tatsächlich sitzt der Wurzelstock des Netzwerks aus Schlägertypen, „AnarchistInnen", Hooligans, grossen LadenbesitzerInnen, Drogendealern und Polizei tief. Und er ist so tief, dass es ein Erdbeben braucht um ihn zu entwurzeln. Dieses Erdbeben ist unser Ziel und um es zu erreichen, müssen wir zuerst die Lager klar voneinander trennen. Wer wir sind und wer gegen uns ist.

So können wir das klären und dann endet die Toleranz, der Umgang und die Balanceakte zwischen zwei Booten. Wir sind nicht alle eine Nachbarschaft und es gibt keinen Platz für alle von uns in dieser Nachbarschaft. Es wäre tragisch-komisch für die Polizei ein Unwissen über Leute und Situationen zu behaupten und, noch schlimmer, zu behaupten sie könne vor lauter Angst vor den AnarchistInnen nicht eingreifen. Es wäre tragisch-komisch denn die Polizei durchsucht, foltert und verhaftet die AnarchistInnen mit besonderer Expertise und Brutalität wenn es vor Ort zu Auseinandersetzungen kommt. Wieso geht dasselbe nicht auch mit den Drogendealern, Schlägern und Spiessgesellen? Die Frage ist natürlich rhetorisch. Und rhetorisch, weil wir in unserer Position als soziale KämpferInnen die Inaktivität der Polizei nicht anprangern könnten, denn das würde heissen, dass wir ihren Eingriff zur Lösung des Problems brauchen.

Im Gegenteil: wenn wir von der Abwesenheit einer Beschützung durch die Polizei reden, zeigen wir die unverfrorene Interessenvermischung und die Existenz einer parastaatlichen Front auf, womit sich nur das Volk und nur im Kampf befassen kann. Lassen wir uns also bloss nichts vormachen indem wir auf die Hilfe öffentlicher Organe und Institutionen warten. Sie sind alle verwickelt und alle gegen uns. Daher handelt es sich beim Problem von Exarchia im Grunde um den Zusammenprall mit dem Mechanismus der kollateralen Kapitalakkumulation. Anders gesagt, wir sprechen vom Parastaat, von der anderen Seite der kapitalistischen Profitabilität.

Die sogenannte Para-Wirtschaft ist ein Netzwerk unfassbaren Ausmasses, das Milliarden einbringt. Nebenbei: die heutige Einräumung, dass das „schwarze" Kapital das Banksystem international rettet, ist besonders charakteristisch und beweist so nicht nur den Umfang des Profits sondern auch die Einheit der „illegalen" und der „legitimen" kapitalistischen Wirtschaft. Daher ist es angesichts dieser Einheit selbstverständlich, dass die Mafias der organisierte Ausdruck der „schwarzen" Wirtschaft und folglich auch die laterale Organisation des Staatsmechanismus sind. RichterInnen, JournalistInnen, PolitikerInnen, Geschäftsleute und die Polizei bilden den Verwaltungsrat der Para-Wirtschaft und benutzen die verschiedenen nützlichen Idioten als „Strohmänner" zur Erledigung der dreckigen Arbeit.



Folglich sind die aus Lumpen-parasitischen Elemente, „Rausschmeissern", Kleinkriminellen und Möchtegerngangstern bestehenden Drogendealer von Exarchia einfach die nützlichen Idioten des Polizeipostens von Exarchia und GADA (Hauptquartier der Polizei von Athen) als offizielle Kontrollzentren des Drogenhandels. Dieser Abschaum, der vorgibt Escobar und furchtlos zu sein, sind niedere DenunziantInnen und KollegInnen der Polizei, sind Rüpel und durchtrieben, aber ohne Beschützer würden sie es nie wagen ihre Hand und nicht einmal ihren Blick an die zu legen, die für die Nachbarschaft von Exarchia kämpfen. Das Problem von seinen Wurzeln her begreifend, kommen wir zum Schluss, dass der Krieg gegen die Mafias ein Krieg im Herzstück der Kapitalakkumulation ist, es ist ein antikapitalistischer Krieg. Darum, und so werden wir uns nicht in unrealistischen theoretischen Vorstellungen verzetteln, die uns verleiten die Mafias nicht zu bekämpfen, weil der Kapitalismus auch ohne diese existiere (existieren werde), sagen wir, dass wir endlich irgendwo anfangen müssen. Denn Kapitalismus ist kein abstraktes sondern im Gegenteil ein greifbares, materielles und sehr spezifisches Verhältnis. Somit ist der Krieg zur Säuberung einer Nachbarschaft vom Bodensatz des kapitalistischen Ramsches, den die Mafia reinspült, kein Krieg der Ideen sondern ein Krieg zur Veränderung des realen Kräfteverhältnisses.

Klar, die Nachbarschaft von Exarchia wird von einer Reihe von Problemen geplagt. Der Anfang des Ganzen ist die Verwandlung Exarchias in eine Massenkonsummeile, was die Mafia anzieht und schlussendlich zum politischen und kulturellen Niedergang des Gebietes führt. Die Häufung von dutzenden von Gaststätten, die das historische und politische Gewicht und Erbgut des Gebietes wirtschaftlich einfahren und vom Verkauf eines alternativen Lebensstils und einer Pseudo-Aufrührigkeit profitieren, verursacht unter anderem eine auf Konsumismus und Entpolitisierung basierenden Ansammlung von tausenden von Jungen. Und genau hier findet die Mafia fruchtbaren Boden um aufzublühen. Denn das Gebiet bringt unvorstellbare Profite durch den „Schutz" von dutzenden von Läden und noch viel mehr durch den Drogendeal ein. Traurige Tatsache ist, dass hunderte Jugendliche, die in einer politisch konstant aufständischen Nachbarschaft rumhängen die Freiheit völlig falsch auslegen und schlussendlich mit Drogenkonsum verwechseln.
Die urbanen Ideologien, die allerlei auf Desorientierung und ideologische Aphasie abzielende Formen von „alternativem Lebensstil" nährten, fördern den Drogenkonsum als angeblich befreiende Erfahrung und verwandeln tausende von jungen Kids in süchtige oder nicht BenutzerInnen und in „KundInnen", welche die kriminellen Organisationen der Mafia wirtschaftlich unterstützen. Wir rufen diese Jungen auf, die an unserer Seite stehen könnten und sollten, zu bedenken, dass Drogen ein Mittel zur Beruhigung und nicht zur Befreiung sind. Wir rufen sie auf der Mafia ökonomisch nichts beizusteuern. Wir rufen sie auf in dieser Schlacht Stellung zu beziehen indem sie entweder aufhören Drogen zu nehmen oder Exarchia zu verlassen. Denn sonst, wenn der Kampf intensiver wird, muss den BenutzerInnen und der grossen Nachfrage, die den Dealern angeboten wird, allenfalls auch mit Gewalt begegnet werden. Wenn wir vom Drogenproblem und von der Drogenkultur generell als Erscheinung sprechen, von der die Jugend massiv überschwemmt wird, sagen wir klipp und klar, dass die Vergiftung unseres Gehirns und Körpers mit Substanzen eine flüchtige Erfahrung, eine Täuschung unserer unterdrückten Sinne und eine falsche Flucht von den uns quälenden realen und gängigen Problemen ist. Vor allem in der west-

lichen Gesellschaft, wo das Kapital jeglichen Aspekt unserer Gefühlswelt geplündert hat, ist die Substanz der Persönlichkeit durch ihre Verlegung in eine erstickende und entfremdete soziale Umwelt dekonstruiert worden. Durch die Verlegung in eine Welt der Einsamkeit, Unsicherheit, gefühlsmässigen Amputation und Depression. Durch die Verlegung in eine unvernünftige Beanspruchung und in ein unerträgliches Leben. Die gerechtfertigte Suche nach Auswegen wird tatsächlich auf verwahrloste Wege führen wenn sie in einem Zustand des Mangels an Klassenbewusstsein stattfindet. Die Drogen sind einer dieser Wege und möglicherweise der krasseste Ausdruck der Selbstkasteiung und Introversion weil wir vom gewünschten „Ausweg" auf die schlimmste Art und Weise auf uns selbst und unsere Probleme zurückgeworfen werden. In anderen Worten, wir beantworten die von der Klassengesellschaft gegen uns gerichtete Gewalt nicht mit einer befreienden Gewalt, sondern mit einer gegen uns selbst gerichteten Gewalt. Darum kämpfen wir als RevolutionärInnen gegen die Drogen, weil sie eine der Stützen zur Durchsetzung der sozialen Paralyse aber auch ein Frontalangriff auf die Jugend bzw. den lebendigsten Teil der Gesellschaft sind.



Wir sagten vorher, dass es in der Nachbarschaft keinen Raum mehr für alle von uns gibt. Und damit meinen wir nicht nur die Mafia, sondern auch den Hooliganismus, wie auch immer er sich ausdrückt. Ob im politischen Gewand oder apolitisch und roh. Der Kampf um Exarchia, und sogar wenn wir in einen bewaffneten Konflikt treten müssen, betrifft nicht die Mittel des Kampfes sondern den Inhalt, den diese darstellen. Die Schlacht um Exarchia ist aus dem einfachen Grund eine Schlacht der Zivilisationen, weil es nicht um einen Zusammenstoss von zwei Gangs sondern von zwei Welten geht. Auf einer Seite die Welt des Parastaates und der Fäulnis und auf der anderen Seite unsere Welt der Hoffnung, der Solidarität und des Kampfes. Die Formierung unserer Seite ist aber nicht nur mit förmlichen Aufrufen zur Schlacht vollendet, sondern erst mit der Erziehung zu kulturellen Standards und zu deren Einhaltung, der von uns dargestellten neuen Welt. Darum ist die Schlacht um Exarchia eine Schlacht gegen das Kapital und seine Mafia aber auch gegen die innere Korrosion der Bewegung. Gegen die Drogenkultur, Undiszipliniertheit, den Anti-Sozialismus und die sinnlose Gewalt. Andernfalls sind wir dazu verurteilt, diesen Kampf zu verlieren oder, noch schlimmer, zum Teil des Problems zu werden.

Tatsache ist: wenn etwas nicht bis zu einem gewissen Punkt eingedämmt wird, wird es sich dermassen ausbreiten bis es dich schlussendlich zerdrückt. Es wird sich wie ein Krebs verbreiten. So im Falle von Exarchia, wo sich heute der eigentlich romantische Charakter des Kiezes, der die Ausgestossenen, die Kompromisslosen und die Enterbten immer aufgenommen hat, als falsch erweist. Nicht weil diese Leute nicht aufgenommen werden sollten, sondern weil sie dann die fundamentalen Spielregeln der sozialen Solidarität aufnehmen und verkörpern sollten. Sie sollten das Angebot annehmen aber gegenseitig und praktisch nachweisen, dass Solidarität nicht die Hintertür zum Chaos und Kannibalismus ist, sondern, durch ihre Fähigkeit zur Selbstinstitutionalisierung und zum harmonischen Umgang, Inbegriff der sozialen Reife. Bei der sozialen Solidarität geht es daher um Verantwortung und nicht einfach um Toleranz. Genauer gesagt, wenn wir es mit kriminellen antisozialen Elementen zu tun haben, wird der Umgang mit diesen nicht durch irgendeine unsichtbare Hand gesteuert, sondern durch unsere Fähigkeit zur Erhaltung eines wenigstens ausgewogenen Kräfteverhältnisses. Wir sollten sie im Auge behalten, uns ihnen gegenüber behaupten und sie daran erinnern, dass sie in einer feindlichen Umwelt leben. Sonst werden sich die Mafiosi und Hooligans sicher und stark fühlen, ihre Hegemonie auferlegen und uns eliminieren. Also, als Antwort auf unverständliche Theorien wie „so war Exarchia immer" sagen wir, dass die, die das sagen, zu den konservativen Kräften gehören, also genau zu denen, die durch ihr Verhalten die dekadente Situation des Kiezes verewigen.

Folglich werden sie von jetzt an als Teil des Problems betrachtet. Exarchia ist eines der politisch am stärksten geladenen Gebiete Europas. Hier wurden harte Schlachten geführt, GenossInnen von der Polizei ermordet, Aufstände begonnen, Bewegungen und Ideen geboren. Das Image dieser nun der Dekadenz der Drogen, der Pseudounterhaltung und dem Hooliganismus ausgesetzten Nachbarschaft ist ein trauriges Image. Wir müssen jedoch auch zugeben, dass es die strukturellen, organisatorischen und ideologischen Probleme unserer Bewegung widerspiegelt. Im Namen einer latenten „Anti-Autorität", die auf der Ebene der Ethik und der Beziehungen die Voraussetzungen zur Aufstellung der proletarischen Front mit den Voraus-

setzungen identifiziert, womit wir gegen die zivile Welt kämpfen, vergessen wir, dass man Brutalität nicht mit Zärtlichkeiten beantwortet. Folglich, wenn unsere Vorstellungen von den gesellschaftlichen Verhältnissen sich in eine Ideologie verwandeln anstatt in einem konstanten Konflikt zu ihrer Bewahrung, werden Lücken geschaffen und die Mächte des Feindes finden den Raum zur Belagerung unserer „Anti-Autorität". Alle werden nach ihren materiellen Korrelationen und nicht nach unseren abstrakten Visionen eingeschätzt.

„Anti-Autorität" müsste also, um in ihrem urbanen Entwicklungskontext zu überleben und um zu überzeugen, dass sie ein realistischer Vorschlag zur sozialen Organisation ist, ihren Feinden gegenüber Autorität ausüben. Sonst ist sie zum Scheitern verurteilt. Andererseits wirft eine breiter gemeinte Toleranz, die es den antisozialen Elementen erlaubt, in der Nachbarschaft Exarchia unbehelligt zu agieren, einige grundlegende Fragen auf. Wieso sind wir mit allen tolerant (oder sollten es sein), die mit dem Alibi ihrer nationalen oder angeblich politischen Identität (als ImmigrantIn oder als „AnarchistIn") antisoziale Gewalt ausüben und sind dann mit der lokalen Gesellschaft nicht tolerant, die gerechtfertigterweise gegen sie protestiert. Wieso werden die Ersten als befreundete Kräfte und die Zweiten als KleinbürgerInnen oder FaschistInnen bezeichnet? An wen richten wir uns und wer sind unsere Verbündeten? Genau hier stossen wir auf die Tiefen des historischen Charakters der Bewegung, auf ihre Verzerrungen betreffend des Klassenkampfes und ihrer Rolle darin. Toleranz ist nun mal kein Gutschein zum freien Beitrag mit beliebigem Preis. Es ist ein saftiger Preis. Der Preis der Verantwortung. Und angesichts der Gefahr, in unserer eigenen Nachbarschaft zu Ausgestossenen und ethisch und politisch angegriffen und zur Verteidigung unseres Lebensraumes unfähig zu werden und gegenüber der Gesellschaft auch die Glaubwürdigkeit eines verantwortungsvollen Vorschlages zu verlieren, sagen wir, dass diese Verantwortung uns gehört. Um jeden Preis.

Wie verteidigen wir also faktisch die Selbstorganisierung in der Nachbarschaft von Exarchia, wenn wir alleine gelassen und bedroht werden? Sicherlich nicht indem man sich als abstrakte Formierung zu ihr bekennt oder als Struktur ohne jede Kommunikation mit der Aussenwelt. Selbstorganisierung heisst die Form (und nicht der Inhalt), in der unsere Kräfte fortbestehen. Heisst, dass wir mit unseren eigenen politischen und experimentellen Mitteln die Fähigkeit haben, das organisierte proletarische Lager gegen die bürgerliche Klasse aufzustellen. Gewerkschaften, Versammlungen, Kommissionen, Besetzungen, bewaffnete Gruppen usw. sind von den materiellen Ausdrücken der Selbstorganisierung, sind unsere Waffen gegen den bürgerlichen Staat uns seine Institutionen. Und genau weil Selbstorganisierung nicht Inseln und Gemeinschaften der Freiheit bedeutet, sondern Punkte der Gärung und Wachsamkeit der proletarischen Kräfte und des Angriffs gegen dieselben, müssen wir sie beschützen. Vor dem Reformismus genauso wie vor dem Klassenfeind. Milizen als Form der Selbstorganisierung, wann und wo auch immer sie als Notwendigkeit in Erscheinung traten, verteidigten das kollektive Interesse des Volkes und der Bewegung, aber auch ihr Recht zum Gegenangriff als Antwort auf die Gewalt der Kapitalisten und ihren Bediensteten. Gegen die Polizei, das Militär, die Faschisten und alle Arten von Paramilitärs. Die Milizen waren immer Fleisch vom Körper des Volkes und der Bewegung, weil sie deren Bedürfnissen dienten und die kollektive Antwort auf die Frage ausdrückten, wie wir unsere Kämpfe vor der Gewalt der Bosse bewahren und uns gegen die Gefahr schützen können, in einem Blutbad zu enden. Und schlussendlich drückten sie die nüchterne Bejahung der Gewalt als eine notwendige Voraussetzung zur Entwicklung des Klassenkampfes und auch im Hinblick auf die unausweichlichen Hindernisse aus, auf die er, falls wirklich revolutionär geführt, auf seinem Weg stösst. Heute, in Exarchia, obwohl wir uns in einem völlig anderen Zeit-Raum befinden als jener unserer Vorfahren, der die Milizen des letzten Jahrhunderts hervorbrachte, stehen wir vor denselben Fragen, vor denen unsere Vorfahren damals standen. Fragen der Organisierung und der Beschützung der Kämpfe gegen die Gewalt des Klassenfeindes. Auch wenn es nicht angebracht ist, mit automatischen Folgerungen und Nachahmungen weiterzumachen, müssen wir die Geschichte neu-lesen, die Gründe studieren, aus denen die bewaffneten Beschützer entstanden sind und von ihnen lernen. Daher sprechen wir hier an erster Stelle über den Inhalt und dann über die Form. Und das, weil der Inhalt gemeinsam ist und das diachronische existentielle Bedürfnis nach Selbstverteidigung betrifft. Die Tatsache der erforderlichen Gewalt einerseits und der besonderen aktuellen Wechselbeziehungen andererseits vorausgesetzt, gehört die Analyse der Form, die diese Verteidigung heute annehmen wird, der Bewegung.

Daher stellen wir auch die gerechtfertigte Exekution Habibis in den Rahmen dieser Notwendigkeit, Antworten auf die Fragen zur Beschützung des Volkes und der Bewegung zu finden. Motiviert durch die imperative Notwendigkeit, dem Zerfall Exarchias nicht länger gleichgültig beizuwohnen und den Kopf vor der Gewalt, die wir von diesen im Gebiet operierenden Schlägertypen bekommen, nicht mehr zu beugen aber auch um eine ernsthafte Diskussion über die von der Situation erforderten Mittel des Kampfes zu eröffnen, haben wir diese spezifische Aktion durchgeführt. Unsere Entscheidung steht in einem dialektischen Verhältnis zu den Mobilisierungen, die in den letzten Monaten in Exarchia gegen die Mafias und den allgemeinen sozialen „Kannibalismus" stattgefunden haben. Weil wir diese Mobilisierungen positiv einschätzen, wollten wir mit unserem eigenen Ausdruck dazu beitragen. Denn Einheit ist, vor allem Anderen, unter einem gemeinsamen und imperativen Ziel wichtig und nicht unter

ideologischen Identifizierungen. Weil die Mafia uns den Krieg erklärt hat und wir keine Zeit mehr verlieren dürfen. Anderenfalls werden alle die Fahne ihrer ideologischen Reinheit hochhalten während wir gleichzeitig zur schutzlosen Minderheit werden. Folglich sollten alle ihre Entscheidung treffen.

Entweder mit der Bewegung und ihrer Geschichte oder allein mit ihren ideologischen Illusionen.

ES GILT SIE ODER WIR. ES GIBT KEINEN MITTELWEG. BEWAFFNETE MILIZ GRUPPEN

ARMED MILITIA GROUPS

linksunten.indymedia.org 5.8.2016

Hoffnung ist Quelle des Widerstands

Wenn wir als Menschen und nicht als Roboter leben wollen, ist dieses Leben nur als Kollektiv und Gesellschaft möglich. Die Teilnahme am revolutionären Kampf ist kein Luxus für Studierende in einer bestimmten Lebensphase, sondern Notwendigkeit für alle, die in einer Welt leben wollen, die auf Demokratie, Sozialismus, Frieden, Geschlechterbefreiung beruht und in Einklang und Harmonie mit der Natur organisiert ist. Es braucht den Mut als Revolutionär_in zu leben und diese Revolution auf die eine oder andere Weise zu unterstützen und mit dem eigenen Kampf zu verbinden.

Hoffnung ist die Quelle des Widerstands oder Was hat die Revolution in Kurdistan mit den Menschen in Europa zu tun – besonders mit denen, die für eine bessere Welt kämpfen?

In Kurdistan läuft ein internationaler Krieg. Es findet eine Revolution statt, gleichzeitig wird hier ein Massaker gegen die kurdische Bevölkerung verübt. Die Revolution, die hier stattfindet, ist eine Revolution für Frieden, Gleichheit und direkte, radikale Demokratie; für demokratischen Konföderalismus, ohne die Machtlogik eines Nationalstaates. In Rojava hat die kurdische Bewegung zusammen mit den demokratischen Kräften der Gesellschaft es geschafft eine auf Prinzipien der direkten Demokratie basierende autonome Selbstverwaltung aufzubauen, die eine Alternative zu Kapitalismus und Staat darstellen. Die Kurdische Gesellschaft hatte den Willen entwickelt ihre lang andauernden Probleme von Assimilation, Unterdrückung und Vernichtung zu lösen indem sie sich selbst autonom verwaltet – basierend auf Gleichheit, der Freiheit von Frauen, Ökologie und direkter Demokratie. Weil die Kurdische Bevölkerung Kapitalismus und Nationalstaaten ablehnt und den dritten Weg suchen (direkte, radikale Demokratie und kooperative Ökonomie), werden sie als Gefahr, als Terrorist_en dargestellt.

In Rojava gab es den Plan, die Kurdische Revolution mit Unterstützung radikaler Islamist_en (IS, al-Nusra, Ahrar-alŞam) zu zerschlagen, aber aufgrund der heroischen Selbstverteidigung der kurdischen Bevölkerung ging dieser Plan nicht auf. Es hat Rojava in einen kontinuierlichen Zustand von Krieg und der Gefahr von Selbstmord-Attentaten und Anschlägen gebracht. Viele Zivilist_innen und Kämpfer_innen sind bei ihrem Versuch diese Revolution zu verteidigen gefallen. Die Angriffe des IS und von al-Nusra dauern an, offen unterstützt von der Türkei und geduldet oder im Geheimen unterstützt von den hegemonialen Mächten. Der Krieg in Kurdistan kann als dritter Weltkrieg wahrgenommen werden: es gibt keine Macht, keinen Staat, die in diesem Krieg keine Rolle spielen. Der Mittlere Osten ist so wichtig, dass alle Mächte und Länder hier Einfluss haben wollen. Alle sind in irgendeiner Art oder Weise involviert, durch materielle Unterstützung von Kräften, Waffenhandel, finanzielle Unterstützung von Staaten, die den IS unterstützen, oder durch direkte Eingriffe wie Embargo oder Entvölkerung durch Flüchtlingspolitik.

Um was geht es? Nur um Wasser und Öl? Öl, Wasser und strategische Interessen sind natürlich wichtige Faktoren, aber es geht um mehr. Im Chaos des Mittleren Ostens stehen sich verschiedene Mächte und Interessen gegenüber, die ihren Einfluss in der Region sichern wollen. Alle diese Mächte sind kapitalistische Mächte, die kapitalistische Interessen vertreten. Auf der anderen Seite gibt es die demokratischen Kräfte der Gesellschaften, die kämpfen und eine Alternative aufbauen, allen voran die kurdische Bewegung. Diese Alternative kann als eine Alternative zu Kapitalismus und Nationalstaat gesehen werden. Das Ziel und die Praxis sind der Aufbau einer radikalen Demokratie und kooperativen Ökonomie, um so eine Gesellschaft zu ermöglichen, die auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Ökologie und der Freiheit der Frauen basiert. Es ist eine sozialistische und demokratische Revolution. Eine Alternative zu tausenden Jahren von Unterdrückung, Ausbeutung und Kolonialismus. Natürlich können die hegemonialen Mächte der internationalen Gemeinschaft diese Alternative nicht akzeptieren und bekämpfen sie mit allen Mitteln. Daher ist es klar, dass es zwei Seiten gibt: auf der einen Seite die kapitalistischen internationalen Mächte, die diesen Krieg benutzen, um ihre internen Konflikte zu lösen und Machtinteressen neu auszuhandeln und ihren Einfluss soweit wie möglich auszuweiten. Auf der anderen Seite stehen die kurdische Bewegung und verbündete Kräfte, die für Freiheit, Demokratie und Gleichheit kämpfen. Wenn dieser Krieg ein internationaler Krieg ist und die internationalen Kräfte so gut miteinander vernetzt sind, um diese Region nach ihren Interessen

neu zu verteilen – wieso gibt es dann so wenig Interesse, Aufmerksamkeit und Unterstützung von internationalen Menschen, Sozialist_innen, Anarchist_innen, Feminist_innen und Demokrat_innen? Diese Revolution kann als eine Revolution der Frauen wahrgenommen werden, die hier kämpfenden Frauen sind kurdische Frauen, mit arabischen, assyrischen, türkischen und anderen internationalistischen Frauen an ihrer Seite. Nicht nur im Krieg, auch im gesellschaftlichen Aufbauprozess und im Kampf für die Veränderung der Mentalitäten spielen Frauen eine sehr wichtige Rolle, vor allem bei der Veränderung der patriarchal-kapitalistischen Mentalität in ein demokratisches, freiheitliches Bewusstsein.

Wenn dieser Krieg ein Krieg für die Menschheit und menschliche Werte ist, wieso gibt es dann so viel Gleichgültigkeit auch von Menschen, die selbst auf der Suche nach einer Alternative zu Kapitalismus und Nationalstaat sind? Wieso wird dieser Krieg von Menschen in Europa als unabhängig von ihrer eigenen Situation wahrgenommen, wo es doch um so viel geht? Diesen Krieg als unabhängig von der eigenen Situation wahrzunehmen bedeutet ihn denen zu überlassen, die bereits in Machtpositionen sind, den Cliquen um Erdogan, Merkel und anderen. Aber diese Themen sind zu wichtig, um die Augen zu schließen. Die Entscheidung wiederholt sich: Schritt für Schritt zur Freiheit für alle oder einen weiteren Genozid. Diese Revolution ist eine Revolution der Bevölkerung. Es sind die Bevölkerungen in Rojava und Bakur, die kämpfen. Die Frauen und die Jugend nehmen führende Rollen ein. Diese Revolution ist nicht nur für die Kurd_innen; sie kann Freiheit und Demokratie für alle bedeuten. Rojava, mit allen Schwierigkeiten und Fehlern, die es gibt, zeigt, dass eine sozialistische, demokratische Alternative möglich ist, obwohl Rojava von Feinden umgeben und mit einem Embargo belegt ist.



Die Menschen in Rojava, die lange in Unterdrückung gelebt haben, zuletzt durch das Baath-Regime, erschaffen diese Alternative. Revolutionen können sich wie ein Virus verbreiten, alle, die in Unterdrückung leben, können durch diese Energie angesteckt werden. Das ist, was passiert, wenn Unruhen oder Aufstände stattfinden. Eine lange Zeit wollte der Kapitalismus uns glauben machen, dass es keine Alternative gibt, außer vielleicht durch ein System, das noch schlimmer ist als der Kapitalismus. Aber das Beispiel Rojava zeigt, dass Demokratie, Vielfalt und der Kampf für die Freiheit der Frauen miteinander verbunden sind und in der Praxis eine Einheit bilden können. Für die kapitalistischen Hegemonialmächte ist der Mittlere Osten essentiell; selbst eine kleine Region, die nicht nach ihren Interessen agiert, kann für sie zu einer Gefahr werden.

Viele Menschen in Europa sind mit dem System, in dem sie leben unzufrieden. Vielleicht suchen sie nach einer Alternative, vielleicht träumen sie davon. Es gibt in Europa eine lange Geschichte des Widerstands. Auf der anderen Seite hat der neoliberale Kapitalismus und die Zunahme von rechten Ideologien und Aktivitäten dafür gesorgt, dass Menschen weniger für revolutionäre Ideen kämpfen, sondern stattdessen vor allem Abwehrkämpfe führen, damit es zumindest nicht noch schlimmer wird. Vielleicht sind viele Kämpfe, die gerade in Europa geführt werden, gespalten und uneinheitlich und deshalb nicht so effektiv, wie sie sein müssten und es auch sein könnten. Dennoch kann nicht abgestritten werden, dass zurzeit auch dort wichtige Kämpfe ausgetragen werden. Die Kämpfe in Europa haben große Wichtigkeit, doch es gibt eine Stagnation und alte Ideen werden lediglich wiederholt. Es ist möglich diese mit der Energie und Inspiration, die die Revolution in Kurdistan bringen kann, zu überwinden. Heute kann von der Revolution in Kurdistan, ihren Zielen, ihrer Organisierung und Errungenschaften gelernt werden.

Die Revolution in Kurdistan ist nicht nur wichtig für Kurdistan und den Mittleren Osten, sondern für die ganze Welt, weil in ihr die Chance auf eine Alternative zum Kapitalismus enthalten ist. Das heißt auch, dass es ein harter Schlag für die gesamte Menschheit sein wird, sollte diese Revolution nicht siegen. Wir werden wieder einen Genozid zugelassen haben, gleichzeitig wird es eine Stärkung der globalen Herrschaft bedeuten. Diese Revolution findet momentan vor allem in Kurdistan statt, ihre Bedeutung jedoch ist universell und entscheidend für die ganze Menschheit. Wenn wir in einer Welt leben wollen, die in Frieden mit der Natur besteht, eine neue Balance zwischen den Geschlechtern findet, in Vielfalt und ohne Unterdrückung und Ausbeutung – dann haben wir keine andere Wahl als diese Revolution ernst zu nehmen. Das bedeutet zuerst einmal anzuerkennen, dass diese Revolution stattfindet, es beinhaltet den Versuch zu verstehen, worum es dabei geht. Auf diese Art und Weise ist es für die

Menschen in Europa möglich einen Weg zu finden sich zu dieser Revolution zu verhalten. Wie kann diese Chance für Europa bewertet werden? Wie kann sie auf viele Arten und Weisen unterstützt und verstärkt werden? Wie kann die Energie und Inspiration genutzt werden, um die eigenen Kämpfe zu stärken? Wie lassen sie sich miteinander verknüpfen? Es gibt viele Wege, viele Methoden. Allerdings leben wir in einer bedeutenden historischen Zeit, das müssen wir klar erkennen. Das kapitalistische System kann sehr gut Spaltungen und Trennungen erschaffen. Unsere Kämpfe jedoch sind miteinander verbunden. Das Wichtigste ist für uns jetzt, unsere Wahrnehmung wieder auf diese Verbundenheit zu richten. Der Kapitalismus wollte uns glauben lassen, dass es keine Alternative gibt oder dass dieses System so stark ist, dass jeder Kampf zwecklos ist. Aber beides ist unwahr. Weder ist der Kapitalismus ein Schicksal, noch ist er so stark, dass der Kampf aussichtslos wäre. Das einzige, was wir brauchen sind Vorstellungen, starke Überzeugung, Hoffnung, um unsere Energie zu sammeln, um wieder zu träumen und für etwas zu kämpfen, statt nur dagegen. Die Revolution in Kurdistan kann uns vieles lehren. Hier organisieren sich die Menschen selbst, kämpfen gegen eine NATO-Armee, gleichzeitig bauen sie eine Alternative in Form des demokratischen Konföderalismus auf, trotz Krieg, trotz Embargo und vielfältigsten Angriffen.

Die kurdische Gesellschaft hat eine lange Geschichte von Assimilation und Massakern. In diesem Krieg geht es um ihre Existenz, um die Möglichkeit die eigene Identität, Kultur und Vorstellungen zu leben. Es ist ein politischer und ideologischer Kampf. Der militärische Kampf kann in diesem Sinne als Selbstverteidigung verstanden werden. Weil dieser Kampf nicht isoliert ist von der Situation in Europa und die Lage Europas verbunden ist mit der Situation des Mittleren Ostens, ist es möglich die Wahrnehmung auf diese Verbundenheit zu richten. Es ist möglich und sinnvoll die Revolution in Kurdistan zu unterstützen; genauso ist es möglich und sinnvoll die Kämpfe in Europa für einen demokratischen Sozialismus zu stärken. Wir müssen kämpfen, weil der Kapitalismus keine Lösung ist. Die kapitalistische Herrschaft ist die Quelle von Kriegen, Massakern und Genoziden. Die Bevölkerung in Kurdistan hat anerkannt, dass es keinen anderen Weg als den Kampf gibt, auch wenn diese Entscheidung Tod und die Zerstörung ihrer Dörfer und Städte beinhalten kann. Letztendlich, nach vielen Erhebungen und Erfahrungen eigener Kämpfe, ist klar, dass es nicht möglich ist irgendetwas von einem Staat zu erwarten, sondern dass es vielmehr nötig ist aus eigener Kraft ein eigenes autonomes System aufzubauen. Der Nationalstaat ist Teil des Problems und kann nie Teil einer Lösung sein. Ohne diesen Kampf gibt es kein Leben. Gleiches gilt für die Menschen in Europa. Das Leben unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems kann nicht als Leben definiert werden. Was dort Freiheit genannt wird, hat mit Freiheit nichts zu tun. Wenn wir als Menschen und nicht als Roboter leben wollen, ist dieses Leben nur als Kollektiv und Gesellschaft möglich. Die Teilnahme am revolutionären Kampf ist kein Luxus für Studierende in einer bestimmten Lebensphase, sondern Notwendigkeit für alle, die in einer Welt leben wollen, die auf Demokratie, Sozialismus, Frieden, Geschlechterbefreiung beruht und in Einklang und Harmonie mit der Natur organisiert ist. Es braucht den Mut als Revolutionär_in zu leben und diese Revolution auf die eine oder andere Weise zu unterstützen und mit dem eigenen Kampf zu verbinden.

In diesem Sinne:

Es lebe die Revolution in Kurdistan!
Es lebe der Kampf für Freiheit und demokratischen Sozialismus!
Es lebe das Gedenken an die Freund_innen Hv. Dilsoz und Hv. Avaşîn, die in Verteidigung der Menschheit im internationalistischen Befreiungskampf ihr Leben gaben.

Lêgerîn
Internationalistisches Komitee

Rojava-Nordsyrien,
Freie Gebiete Mesopotamiens, Juli 2016

„Doch ich habe mich für diesen Weg entschlossen."

Heute vor einem Jahr hat unser Freund Kevin, Heval Dilsoz Bahar, im Kampf gegen den IS in der Nähe von Silûk in Rojava/Nord-Syrien sein Leben gelassen. Viele Menschen werden sich heute Fragen, wie es dazu gekommen ist. Kevin hat kurz bevor er gefallen ist angefangen seine Lebensgeschichte niederzuschreiben, darin gibt er selbst eine Antwort auf diese Frage:

„Vom Erzieher-Azubi zum Guerillakämpfer auf den Bergen und YPG-Mitglied in Nordsyrien. Das ist mein Lebenslauf. Sicher, kein normaler Lebenslauf füreinen 18-jährigen Deutscher aus einer süddeutschen Stadt, der im Vergleich zu vielen Menschen aus der dritten Welt die Chance hatte, ein normales, einfaches und ruhiges Leben zu führen, wie das ja so viele Deutsche anstreben. Doch ich habe mich für diesen Weg entschlossen. [...] Nahezu 3 Jahre lang sammelte ich kulturelle, politische, ideologische und militärische Erfahrung. Ich sah positives und negatives in diesen drei Jahren, aber vor allem sah ich die Realität des Mittle-

ren Ostens und die des Kurdischen Volkes, einem Volk dem es seit über 100 Jahren verboten war es selbst zu sein. Die Geschichte von einem der ältesten Völker im Mittleren Osten verleugnet und vergessen. Verlorene Rechte wieder zurückzugewinnen. Das war das Ziel von PKK und YPG. Und diesen beiden Organisationen dabei auszuhelfen war auch mein Ziel, ganz egal wie terroristisch auch die PKK eingestuft wird.[...]

3 Jahre lang habe ich mit den Kurden in derselben Front gekämpft. Nicht nur mit Kurden. Ich kämpfte mit Arabern, Türken, Persern, Türkmenen, Deutschen, Franzosen, Spaniern, Portugiesen, Holländern, Engländern, Rumänen, Esten, Australiern, Italienern, Kanadiern und Amerikanern. Und neben mir sind viele wertvolle und wunderbare Menschen gefallen. Auch ich bin dieses Risiko mit vollem Bewusstsein eingegangen. Aber dazu kommen wir später. Denn meine Geschichte fängt erst an.“

Es folgt der Beginn des ersten Kapitels, indem er sich intensiv mit seiner Sozialisierung während Kindheit und Jugend auseinandersetzt, doch konnte er seine Niederschrift, die er entweder „Gerechtigkeit heißt kämpfen“ oder „Wunsch nach Freiheit“ nennen wollte, durch seinen jungen Tod nicht zu Ende bringen.

Heval Dilsoz kam 2012 nach Kurdistan, weil ihm die Idee des demokratischen Konföderalismus, entwickelt durch Abdullah Öcalan, neue Hoffnung gab. Eine Idee, die als Ergebnis von über 40 Jahren Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung, heute, hier in Rojava, immer mehr Wirklichkeit wird. Die Revolution in Rojava, mit ihrem Paradigma radikaler Basisdemokratie, Geschlechterbefreiuung und Ökologie, ist inzwischen Kristallisationspunkt für den Kampf für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien und Religionen, sie hat eine föderale Selbstverwaltung der Bevölkerung in Kommunen und Räten aufgebaut, arbeitet an einer sozialökologischen Ökonomie und einem konsensorientierten Gerechtigkeitssystem. Heval Dilsoz nahm mit voller Überzeugung und Hingabe seinen Platz bei der Verteidigung der Errungenschaften dieser Revolution in Rojava ein. Er kämpfte als Internationalist für Menschlichkeit und ein freies Leben. Er stand an der Seite der widerständigen freiheitssuchenden Gesellschaften des mittleren Ostens, als Teil der demokratischen Moderne, konfrontiert mit der Barbarei des IS und seiner menschenverachtenden Banden, als zugespitzter Ausdruck der zerstörerischen Mentalität von Patriarchat und kapitalistischer Moderne.Heval Dilsoz ist dafür bekannt geworden, dass er sehr schnell ausgesprochen gutes Kurdisch lernte und ein sehr großes Interesse für die kurdische

Geschichte und Gesellschaft aufbrachte. Dabei setzte er sich ebenso stark mit seiner eigenen Sozialisierung und europäischen Geschichte auseinander, er nahm immer aktiv an jeglichen Diskussion teil und entfaltete mit seine tiefen Verständnis für die Befreiungsideologie der kurdischen Bewegung große Wirkung auf sein Umfeld. Dadurch wurde ihm trotz der kurzen Zeit, die er in der Bewegung war, viel Verantwortung übertragen. Die YPG- Generalkommandantur sagte nach seinem Tod dazu: *„Natürlich war Kevin nicht nur ein Kämpfer, der unseren Kampf verstärkte. Tatsächlich war er mit seiner Erfahrung und seinem Wissen ein Vorbild für jüngere Kämpferinnen und Kämpfer. Er hat sich nicht nur große Verdienste an der Front erworben, sein Ziel war es, Brücken zu bauen. Er kämpfte mit, um eine äußerst wichtige Brücke zwischen den Kurden von Rojava zu schaffen, und er schlug eine Brücke zwischen Kontinenten für das Schicksal unserer Völker und der Menschheit.“*



Weil Heval Dilsoz in den linken Kämpfen Deutschlands wichtige Perspektiven fehlten, zog ihn die Revolution in Kurdistan und die Philosophie Abdullah Öcalans an, von der er lernen wollte und sie als Alternative für die gesamte Menschheit verstand. Spätestens nach der heroischen Verteidigung von Kobanê hat diese Revolution die nationalen Grenzen überwunden und gab Freiheitsbewegungen weltweit neue Kraft und Hoffnung für die Überwindung des Unerträglichen und dem Aufbau einer neuen Gesellschaft. Viele Menschen folgten dem Weg Heval Dilsoz und kamen nach Kurdistan, um Teil dieser Revolution zu werden, um von ihr zu lernen, Brücken zu schlagen und sie mit anderen Kämpfen zu verbinden. Insbesondere heute müssen sich die progressiven und demokratischen Kräfte weltweit zum Kampf und zur Philosophie der kurdischen Befreiungsbewegung verhalten, mit all ihrem Potenzial für eine Renaissance für die in der Krise befindlichen Gesellschaften des Westens. Es liegt an uns, eine Antwort darauf finden, was diese Revolution mit uns zu tun hat, wie wir auf unsere eigene Art und Weise dem Vorbild Heval Dilsoz folgen können.

Dilsoz bedeutet Treue bzw. Herzschwur. Heute tragen Kinder und Jugendliche Rojavas die Namen von

Internationalist_innen wie Dilsoz und Ivana. Durch diese Tradition der kurdischen Bewegung geraten sein Leben und sein Kampf nicht Vergessenheit, bleiben uns auf diese Weise treu und geben Kraft und Glauben, seinen Weg fortzuführen. Wie einige Freunde bereits einmal sagten:

Bahar bedeutet Frühling, ein Frühling der neues Leben, neuen Aufbruch und neue Kraft bedeutet. Kevin, Dilsoz Bahar, wird in unseren Herzen und Kämpfen für ein neues Leben weiterleben.

Şehîd namirin.
Die Gefallenen sind unsterblich!

Internationalistisches Komitee – Lêgerîn
Nordsyrien-Rojava

Mustafa Çelik zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt

Freiheit für Mustafa Çelik und alle politischen Gefangenen!

Heute, am 30.08.16 wurde der kurdische Aktivist Mustafa Çelik vom Oberlandesgericht Celle wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" – gemeint ist die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) – nach §§ 129a, 129b StGB zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurt.

Nachdem seit dem 29.04.16 vor dem OLG Celle gegen Mustafa Çelik verhandelt wurde, sprach ihn das Gericht heute schuldig und verurteilte den kurdischen Aktivisten zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft. Vier Monate lang ließ das Gericht Zeug*innen – vor allem von Polizei und Geheimdienst – anhören, abgehörte Telefonate und SMS vorlesen und bereits an anderer Stelle Beschlossenes vortragen.

Vor der mündlichen Urteilsverkündung sah sich der vorsitzende Richter Rosenow gezwungen zu begründen, warum das Gericht kein politisches Urteil in einem politischen Prozess erlasse, sondern allein nach rechtsstaatlichen Kriterien urteile. Eine Entpolitisierung des Urteils und des gesamten Verfahrens gelang ihm dabei freilich nicht.

In der Urteilsbegründung versteifte sich das Gericht darauf, das türkische Regime sei „keine Besatzungsmacht und kein rassistisches System" – angesichts des seit letztem Jahr eskalierenden Krieges in Nordkurdistan/Südosttürkei und des Einmarschs türkischen Militärs an der Seite extrem islamistischer Banden in Rojava/Syrien eine Farce. Sogar das Gericht selbst musste sich in diesem Punkt widersprechen, als es bei der Begründung des Strafmaßes anerkannte, dass Mustafa Çeliks Engagement gegen die Unterdrückung des kurdischen Volks und die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Regimes gerichtet gewesen sei.

Eigenhändige Straftaten konnte das Gericht Mustafa Çelik nicht nachweisen; allein dass er seine Tätigkeiten – das Organisieren von Protesten, Wahlkampf für die Demokratische Partei der Völker (HDP), das Sammeln von Spenden, die Teilnahme und Bewerbung von Bildungen – als Mitglied der PKK ausgeführt habe, genüge, ihn zu verurteilen.

Mustafa Çelik selbst hatte bereits am Prozesstag zuvor erklärt, er werde sein Engagement für den Freiheitskampf in Kurdistan und die Freiheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan fortsetzen.

Nach der Urteilsverkündung drückte das Solidaritätskomitee für die Politischen Gefangenen Celle/Hannover noch spontan seinen Protest gegen das Urteil durch eine kurze Demonstration und eine Kundgebung in der Celler Innenstadt aus.

Über das Verfahren gegen Mustafa Çelik sowie gegen alle anderen kurdischen Aktivist*innen, die nach §§ 129a, 129b StGB angeklagt werden, informiert der Blog

https://freiheit.blackblogs.org

Türkei-Intervention in Syrien gegen den SDF gerichtet

Aufgrund des Einmarschs der Türkei in den Norden Syriens hat die Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK) eine Erklärung veröffentlicht und macht darauf aufmerksam, dass die türkische Intervention gegen die Demokratischen KräfteSyriens (SDF) gerichtet ist.

„Dieser Angriff ist gegen die Demokratisierung Syriens gerichtet. Es ist ein Angriff auf das kurdische Volk, das gemeinsam mit den AraberInnen, den Suryoye, den Turkmenen, den Tscherkessen, den Armeniern, den Drusen und den anderen Volksgruppen der Region den Kampf für ein demokratisches Syrien führt. Die Verantwortlichen des türkischen Staates haben ohnehin selbst erklärt, dass ihr Ziel nicht der IS ist, sondern die Demokratischen Kräfte Syriens, in denen auch die

YPG vertreten ist, und der Demokratische Rat Syriens, in denen Vertreter aller Volksgruppen Syriens vertreten sind.

Dass die internationalen Mächte die Augen vor diesem Angriff der Türkei verschließen, macht deutlich, dass sie kein Interesse an einem demokratischen Syrien haben. Im Kampf um politische Macht sind sie bereit, allmögliche schmutzige Bündnisse zu bilden und hierfür die Interessen der Bevölkerung Syriens aufzuopfern.

Die Demokratischen Kräfte Syriens haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit allen Völkern der Region die Föderation Nordsyriens zu bilden, um so auf Basis einer Demokratisierung die Einheit Syriens zu stärken. Die KurdInnen und Völker Nordsyriens haben keinerlei Interesse daran, Syrien aufzuspalten. Dass die Türkei nun diese Kräfte damit beschuldigt, Syrien spalten zu wollen, soll nur der Verschleierung der eigenen Ziele dienen.

Doch eigentlich stachelt Türkei die Völker Syriens gegeneinander auf und entfacht Feindschaften zwischen ihnen, um so die eigenen Interessen im Nachbarland besser umsetzen zu können. Aus diesem Grund bezweckt die, eine Demokratisierung Syriens, die Lösung der kurdischen Frage und weiterer Probleme in Syrien zu unterbinden, um so Syrien in einem permanenten Zustand der Instabilität zu halten.

Der türkische Staat möchte mit der Besatzung von Cerablus über die bewaffneten Banden, mit denen sie zusammen agiert, ihren Einfluss in Syrien stärken. Hierfür benutzt sie unter anderem die anti-kurdischen Gruppierungen in Syrien. Ziel ist es, die KurdInnen auszuschalten, um anschließend auf religiös-sektiererischer Basis über Syrien hinaus den eigenen Einflussbereich im Mittleren Osten auszuweiten.

Aus diesem Grund ist der türkische Staat derzeit Vorreiter im Kampf gegen die Demokratie im Mittleren Osten. Die Verantwortlichen in Ankara möchten die demokratischen Dynamiken im Mittleren Osten, allen voran die kurdische Dynamik, ausschalten, um so die autoritären Regime, wie sie eines sind, weiter auf den Beinen zu halten. Aus diesem Grund muss dieser Angriff des türkischen Staates und ihrer Verbündeten als ein Angriff auf alle demokratischen Kräfte im Mittleren Osten gewertet werden. Und folglich müssen alle Völker, die ein demokratisches und freies Leben wollen, sich gegen diesen Angriff stellen.

Die AKP-Regierung zielt nicht nur auf die Vernichtung der demokratischen Kräfte im eigenen Land ab, sie möchte auch alle demokratischen Kräfte im

Mittleren Osten in die Knie zwingen. Aus diesem Grund ist ihr aktuellesAngriffsziel im Norden Syriens einzig das kurdisch-syrische demokratische Bündnis.

Aufruf zur Erhöhung des Widerstands

Gegen diesen Angriff müssen alle kurdischen und demokratischen Kräftezusammenkommen. Die KurdInnen dürfen diesen Angriff nicht bloß als einen Angriff auf Rojava werten. Dieser Angriff ist gegen alle KurdInnen gerichtet und so müssen auch alle KurdInnen zusammenkommen, um eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Widerstand gegen diese Angriffe zu bilden. Genauso wie die KurdInnen und die demokratischen Kräfte beim Angriff auf Kobanê gemeinsam sich erhoben und gemeinsam Widerstand geleistet haben, ebenso müssen sie es auch beim aktuellen Angriff der Türkei tun und überall gemeinsam Widerstand leisten.

Nachdem der türkische Staat erfolglos den IS hat gegen die Revolution von Rojava und Kobanê kämpfen lassen, hat sie sich nun entschlossen, selbst anzugreifen. Aus diesem Grund rufen wir das kurdische Volk und die Demokratiekräfte in der Türkei und überall auf der Welt dazu auf, mit dem Geist wie beim Widerstand für Kobanê gemeinsam überall auf die Straßen zu gehen und den Kampf zum Schutz der Revolution von Rojava und die Demokratisierung Syriens gemeinsam zu führen.“

übersetzt von ISKU

Erklärung des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan YXK e.V. anlässlich des kurdischen Kulturfestivals in Köln am 3. September 2016

Aufgrund von fadenscheinigen Sicherheitsbedenken der Kölner Polizei hat heute der Stadionbetreiber der Rhein-Energie-Arena Köln die Gespräche für den Vertrag für das 24. Internationale Kurdische Kulturfestival in Köln abgebrochen. Dieses Einwirken der Polizei ist eine politische Entscheidung und ist somit ein offener Bruch mit der Verfassung.

Zuvor hatten am 31. Juli 2016 zehntausende türkische Nationalisten in Köln eine Propagandaveranstaltung von Erdogan ausgerichtet. Dass Anhänger eines faschistischen Diktators, der ein ganzes Land und eine ganze Region in das Verderben stürzt, frei ihre Haspropaganda gegen Andersdenkende und Andersgläubige äußern können, Oppositionelle hingegen in der Ausrichtung eines Kulturfestivals gehindert werden, ist aus ethischer und demokratisch-politischer Sicht eine Katastrophe. Als Verband der Studierenden aus Kurdistan – YXK verurteilen wir diese Doppelmoral der Kölner Polizei und Behörden und erklären, dass wir diese Haltung als eine Provokation gegen Kur-

dInnen und eine Anbiederung an Erdogan und seine Anhänger in der BRD werten.

Die Empfehlung der Polizei in Köln an den Stadionbetreiber, die Veranstaltung im Rhein-Energie-Stadion nicht stattfinden zu lassen, bewerten wir zudem nicht als eine objektive Feststellung der Polizei, sondern ebenfalls als ein Einknicken dieser gegenüber dem Druck der Erdogan/AKP-Lobby in Köln, und darüber hinaus. Als die größte kurdische Studierendenorganisation in der BRD werden wir diese Entscheidung und Einflussnahme der Polizei nicht hinnehmen. Wenn wir wirklich von einer Demokratie in der BRD sprechen, darf diese sich nicht dem Druck von Diktatoren und Nationalisten beugen.

Seit Monaten führt der Staatspräsident der Türkei Erdogan eine Gleichschaltungspolitik durch. Insbesondere nach dem gescheiterten Militärputsch gegen ihn sind über 80.000 Menschen verhaftet, entlassen oder ihres Amtes enthoben worden. Mit dem Vorwand des Putschversuches wurden dutzende Betriebe enteignet. Erst gestern wurde durch ein Istanbuler Gericht die größte kurdische/oppositionelle Tageszeitung _Özgür Gündem _ verboten. Seit Beendigung des Waffenstillstandes mit der kurdischen Guerilla durch Erdogan am 24. Juli 2015 wurden über ein dutzend kurdische Städte dem Erdboden gleich gemacht und hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Auch in Europa organisieren sich die nationalistischen Anhänger von Erdogan in der DITIB (Moscheenverband des türkischen Staates in Europa) und in der UETD (Politische Lobbyorganisation der AKP). Verbeamtete Imame aus der Türkei werden in die DITIB-Moscheen entsandt, um AKP Propaganda zu betreiben sowie geheimdienstliche Informationen zu sammeln und an den türkischen Staat weiterzuleiten. Obwohl allseits - auch durch zahlreiche Presseberichte bestätigt - bekannt ist, dass durch diese Verbände Erdogan ideologisch und politisch auf die TürkInnen in der BRD Einfluss ausübt, werden immer noch Staatsverträge mit der DITIB geschlossen, mit Millionen von Steuergeldern DITIB-Moscheen unterstützt oder ihre Vorstände in Parteien wie CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne geduldet.

Zahlreiche Anhänger Erdogans haben in Kommunen und Städten tragende Positionen.

Als KurdInnen und insbesondere junge KurdInnen werden wir seit den 80er Jahren in der BRD kriminalisiert. Diese Kriminalisierung hat uns sowohl in Gefängnisse gesteckt, wie Hüseyin Celebi, als auch getötet, wie Halim Dener. Erst vor wenigen Wochen konnte erneut aufgrund des Eingreifens der Düsseldorfer Polizei das Mazlum-Dogan-Sport- und Kulturfestival nicht wie geplant stattfinden. Zuvor hatte erneut die Kölner Polizei ein kurdisches Fußball-Turnier untersagt. Auf zahlreichen Demonstrationen und Versammlungen werden Fahnen und sogar Parolen, die Erdogan kritisieren, verboten. Sogar Fahnen von eingetragenen Vereinen, wie die der YXK/JXK und der Ciwanên Azad, wurden wie zuletzt in Mannheim, Stuttgart und Frankfurt a. M. nicht zugelassen. Diese Kriminalisierung wird uns nicht einschüchtern. Der türkische Staat hat die KurdInnen seit 100 Jahren nicht vernichten können, auch die deutschen Repressionen und die Kriminalisierung werden dies nicht schaffen.

Wir werden als kurdische Jugendliche unserer Tradition des Widerstandes treu bleiben und am 3. September, egal was passiert, mit zehntausenden Menschen unser 24. Internationales Kurdisches Kulturfestival feiern. Wir rufen alle demokratischen und humanistischen Menschen und Organisationen dazu auf, sich mit den Kurdinnen und Kurden zu solidarisieren und ebenfalls zu diesem Festival zu kommen. Auch andere kurdische Organisationen müssen zu diesem Verbot ihre Stimmen erheben und sich mit Nav-Dem solidarisieren, wenn sie es wirklich mit dem Schutz der kurdischen Kultur und der Einheit ernst meinen.

Insbesondere appellieren wir hier aber auch an die deutsche Bevölkerung: Wenn ihr aus eurer Geschichte gelernt habt, dann setzt euch dafür ein, dass der deutsche Staat endlich aufhört einen Faschisten wie Erdogan zu unterstützen. Kommt zu unserem Festival und unterstützt uns in unserem Kampf für Frieden, Würde und Demokratie. Lernt unsere schöne und reiche Kultur kennen!

17. August 2016
Verband der Studierenden aus Kurdistan - YXK

Unterstützung gefragt

Wir sind stolz euch die neue offizielle YPG International Homepage präsentieren zu konnen und hoffen auf eure Solidaritat. YPG International ist der neue Weg nach Rojava zur YPG und versucht verlässliche Informationen direkt aus Rojava erstmal auf Englisch, später auch auf anderen europäischen Sprachen zugänglich zu machen.

Naturlich steht dieses Projekt noch am Anfang und unsere Ressourcen sind auch recht knapp, insofern sind wir auch etwas auf eure Hilfe angewiesen. Besonders was das **Verbreiten der Homepage/Homepage-Gestaltung/Grafikarbeit** angeht brauchen wir gerade eure Skills und Motivation und ein paar gute Griffe in die Propagandatrommel.

Falls sich ein paar Photoshop-begabte Menschen unter euch angesprochen fühlen, würden wir uns über Arbeiten in verschiedenen Sprachen (aber hauptsachlich Englisch) zu den Themen YPG/YPJ/YPG International/ Internationale Sehids sehr freuen. Besonders nützlich wäre ein gutes Logo Design für das Projekt YPG In-

ternational. Falls ihr Fragen habt schreibt uns doch ne verschlüsselte Mail, wirhoffen auf euer Interesse.

Revolutionäre Grüsse

YPG International

Bremer Solidaritätskomitee Kurdistan zum Putschversuch in der Türkei

Gegen jede Form der Diktatur – keine Solidarität mit Erdogan - Aufruf zur Unterstützung der emanzipatorischen Kräfte in der Türkei

In der Nacht zum 16.7. kam es in der Türkei zu einem Putschversuch durch Teile des Militärs. Anders als bei den anderen Militärputschen der Vergangenheit, scheint der Putschversuch nicht von der Militärführung ausgegangen zu sein. In der Nacht wurde das Polizeihauptquartier, die Geheimdienstzentrale sowie das Parlament durch Militärflugzeuge beschossen, der Atatürk Flughafen war kurzfristig in den Händen der Putschisten ebenso wie der türkische Fernsehsender TRT, über den eine Erklärung verlesen wurde. In dieser hieß es, das Militär habe die Kontrolle über die Regierung übernommen und es werde übergangsweise ein Friedensrat eingerichtet. Auf vielen zentralen Plätzen fuhr Militär auf und eine landesweite Ausgangssperre wurde verhängt.

Währenddessen rief Erdogan aus dem Ausland seine Anhänger_innen über eine Video-Botschaft und CNNtürk dazu auf, entgegen der Ausgangssperre auf die Straßen zu gehen. Tausende folgten seinen Aufrufen. Auch die Moscheen forderten im Namen Gottes und des Koran sich den Protesten anzuschließen. In Ankara kam es teils zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Militär, teils zu absurd anmutenden Diskussionsszenen. Die Menschenmengen schwenkten türkische Fahnen, Allahu Akbar-Rufe waren zu hören und an vielen Orten wurden die Soldaten umzingelt. Diese eröffneten nur an einigen Stellen das Feuer, an anderen Orten ergaben sie sich. Nach einigem Zögern verkündeten die meisten europäischen sowie die US-amerikanische Regierung die Unterstützung der „demokratisch gewählten" Regierung Erdogans und verurteilten den Putsch.

Gegen frühen Morgen erklärt Erdogan den Putsch für gescheitert. Bei seiner Ankunft am Flughafen in Istanbul wird er von einer Menschenmenge erwartet, die ihn mit Rufen wie: „Sag es und wir sterben, sag es und wir töten" begrüßen. Erdogan benennt den Putschversuch als „Geschenk Gottes" und kündigt „Vergeltung", kompromissloses Vorgehen und „Säuberungen im Militär" an. Über 1500 Soldaten werden verhaftet, einige öffentlich gelyncht und Bilder von gefolterten Soldaten wandern durchs Netz. Die AKP reicht einen Antrag zur Wiedereinführung der Todesstrafe ein und suspendiert 2745 Richter, Staatsanwälte sowie einige Mitglieder des Hohen Rates. Einer der beim Putsch beteiligten Soldaten erklärt, er habe keine Informationen gehabt, „es hieß, es gibt eine Übung".

Nach der ereignisreichen Nacht häufen sich die Fragen. Unklar ist ob es sich tatsächlich um einen Putschversuch aus einer Minderheit des Militärs gehandelt hat oder um eine Inszenierung seitens des Regimes. Inzwischen mehren sich die Hinweise, dass die Regierung im Vorhinein von dem Putschplan wusste und daraufhin Erdogan in Sicherheit gebracht wurde. Unabhängig von dieser Frage lässt sich knappe 20 Stunden später feststellen: Nichts ist besser für einen Diktator als ein gescheiterter Putschversuch. Der in der letzten Zeit deutlich mehr in der Kritik stehende selbst ernannte Sultan Erdogan kann jetzt auf die volle Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung zählen und seinen Kurs mit noch mehr Härte weiter führen. Auch in Bremen haben sich zwischen 250 und 400 Nationalist_innen und Faschist_innen in der Nacht am Bahnhof versammelt. Europaweit hat Erdogans verlängerter Arm, die UETD, für heute zu Großdemonstrationen aufgerufen. Die Türkei ist unter Erdogan zu einer offen faschistischen Diktatur mit islamistischer Ausrichtung geworden. Solidaritätsbekundungen mit Erdogan sind daher nicht nur fehl am Platz, sondern gefährlich.

Für linke und oppositionelle Kräfte sieht es dagegen nach dieser Nacht noch düsterer aus. Bereits kurz nach Bekanntwerden des Putschversuchs haben die HDP, KCK und türkische linke Gruppierungen klar verkündet, dass demokratische Kräfte sich auf keine der beiden Seiten stellen können. Ein Militärputsch hätte für sie keine positiven Konsequenzen gehabt. Jegliche Hoffnungen auf eine Veränderung der Situation durch einen Putsch seitens des Militärs müssen daher klar zurück gewiesen werden.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Nacht, rufen wir dazu auf, die emanzipativen und linken Kräfte in der Türkei zu unterstützen. Gleichzeitig müssen wir uns geschlossen gegen die Mobilisierungen türkischer Nationalist_innen und Faschist_innen auch in der BRD stellen. Dazu ist es notwendig, dass die Zusammenarbeit zwischen linken alevitischen, armenischen, ezidischen, kurdischen, türkischen und deutschen Gruppen zu intensivieren.

Soku Bremen, 16.7.2016

Besetzung des türkischen Konsulats Köln November 1982

Interview mit Haydar Murat Aydin, ehemaliger Besetzer

(aus: Die Stadt, das Land, die Welt verändern – Die 70er/80er Jahre in Köln alternativ, links, radikal, autonom; 2014)

Im September 1980 hatte das türkische Militär mal wieder geputscht. In der Folgezeit wurden viele oppositionelle Linke in der Türkei umgebracht, darunter auch Mitglieder der 1978 gegründeten linksradikalen Organisation DEV SOL (Devrimci Sol, Revolutionäre Linke). Wie alle türkischen und kurdischen Organisationen hatte DEV SOL auch Aktivist_innen in der BRD.

Wenige Tage vor der Abstimmung über eine neue türkische Verfassung der Junta unter Kenan Evren habt Ihr am 3. November 1982 das Türkische Konsulat am Sachsenring in der Kölner Südstadt für 14 Stunden mit 10 Leuten bewaffnet besetzt. Die bundesdeutsche Presse sprach von Geiselnahme. Beschreibe bitte Eure Beweggründe, die Reaktion der Presse usw:

Murat: Das war keine kriminelle Geiselnahme, sondern eine bewaffnete Protestaktion, um die internationale Öffentlichkeit auf die aktuellen Vorgänge in der Türkei aufmerksam zu machen, nämlich auf die unmittelbar bevorstehende Verabschiedung einer faschistischen Verfassung in der Türkei. Wir wählten diese Aktionsform, um die Unterdrückung der Demokratie, die Festnahme von 650.000 Regimegegnern, die Folterung vieler dieser Gefangenen, die Hinrichtung von 50 Verurteilten, die extralegalen Hinrichtungen, die Registrierung von 1.685.000 Oppositionellen, stärker zum Thema in der bundesdeutschen Presse zu machen. Das ist uns zum Teil auch gelungen.

Der Militärputsch von 1980 zog wie eine unheilvolle, dunkle Wolke über die Türkei: sämtliche Andersdenkenden, Demokraten, Linken, Gewerkschaftler, Intellektuellen wurden in die Kerker geworfen, sie wurden gefoltert, ermordet. Uns wurde das Leben wurde zur Hölle gemacht.

Am 2. Januar 1984 begann dann der Prozess gegen Euch in Köln. Wie war das mit der Solidarität mit Euch. Ihr wart ja sowohl in der türkischen als auch in der westdeutschen Linken umstritten.

Murat: Ja, viele linke türkische Gruppen hier in der BRD haben uns kritisiert. Teilweise wurde behauptet, wir hätten die Aktion durchgeführt, um Asyl zu erhalten. Wir selbst haben uns zu der Zeit keinerlei Gedanken ums Asyl gemacht. Wir wollten den Kampf der Linken in der Türkei von hier aus unterstützen. Aber Solidarität haben wir schon erfahren - vor dem Prozess und auch nach der Verurteilung und nicht nur aus der BRD, sondern auch aus Spanien, Italien und Frankreich.

Allerdings wurde die DEV SOL verboten, dadurch haben viele sich nicht getraut, ihre Solidarität auszudrücken.3) Wie lautete das Urteil für Euch, wie waren Eure Haftbedingungen und welche Erfahrungen habt ihr im Knast gemacht?

Murat: Ich bin direkt nach der Verhaftung in den Hochsicherheitstrakt, ins Haus 4A nach Ossendorf gekommen. Das war ein Gefängnis im Gefängnis, Einzelhaft unter ständiger Beobachtung, z.T. auch Kameraüberwachung. Im Hochsicherheitstrakt 4A untergebracht zu sein, war gerade für mich als einen ausländischen politischen Häftling, der nicht Deutsch sprach, sehr schwierig. Ich war nicht in der Lage, mich zu äußern, zu verteidigen, meine Sorgen mitzuteilen. Es war eine Art doppelte Isolation für mich. Anfangs waren alle sozialen Kontakte - wie der Kontakt zu Sozialarbeitern oder die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten - nicht erlaubt. Ich durfte auch nicht Fernsehen. Mit der Zeit wurden diese Verbote gelockert und man konnte, wenn auch stark eingeschränkt, soziale Kontakte knüpfen. Dort habe ich Ende 83 Stefan (Wisniewski) und Rolf (Heissler) kennengelernt, und zwar beim Hofgang. Außerdem lernte ich dort einen italienischen Genossen kennen, Lillo hieß er. Das waren sehr angenehme Leute. Mit Stefan bin ich bis heute befreundet. Für mich war es ein großes Glück, sie kennen zu lernen, auch weil dadurch die Haft „erträglicher" wurde. Anders als heute gab es dort kaum türkeistämmige Gefangene.

Für mich forderte die Staatsanwaltschaft als Anführer 9 Jahre, für meine Genossen 7 Jahre. Wir bekamen dann alle ungefähr die Hälfte. Für mich und einen weiteren Genossen waren das viereinhalb Jahre, die ich in Ossendorf abgesessen habe.

Ich war vor dem Putsch der Junta schon einmal 1978 ein Jahr in einem türkischen Knast. Das war ein Dreisterne-Hotel im Vergleich zur Isolationshaft in Deutschland. Dazu kam in Deutschland, dass ich die deutsche Sprache nicht beherrschte. Ich habe zwar viel gelesen, vor allem zur Vorbereitung der Verteidigung. Ich bekam auch viele Bücher von draußen. Ich habe dadurch auch Deutsch gelernt, aber das meiste las ich auf Türkisch. Auch mit den Schließern war das anders. In der Türkei im Knast hatten die Schließer

vor den politischen Gefangenen Respekt bis Angst und waren uns gegen über vorsichtig. Das war hier in Deutschland ganz anders. Viele waren sehr arrogant, einige waren auch richtige rassistische Schweine, aber nicht alle.

Auch im Knast setzten wir unseren Widerstand fort. Um gegen die Isolationsbedingungen zu protestieren, gegen die harte Ausländerpolitik der BRD und auch gegen die Verbrechen der Junta in der Türkei, trat ich einige Male in den Hungerstreik. Die Nahrungsverweigerung war die einzige Möglichkeit des Protestes, die uns im Hochsicherheitstrakt blieb.

Als ich vom Haus 4A dem Hochsicherheitstrakt in Ossendorf in die „normale" Abteilung, ins Haus 3, verlegt wurde, empfand ich das wie eine Entlassung. Am Schluss kam ich dann für zwei Monate nach Duisburg Hamborn. Da ist der Verteilungsknast für andere Knäste und Entlassungen. Dort traf ich beim Duschen zufällig auf den Hard Core Nazi Michael Kühnen. Ich gab ihm eine Ohrfeige, das hat mir gut getan.

Schon im Februar 1983 war DEV SOL in der BRD von Innenminister Zimmermann wg. der Konsulatsaktion als linksextremistische Organisation verboten worden. Das war ziemlich einzigartig. Vorher gab es nur einmal ein Verbot ausländischer linker Organisationen: Die palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA 1972 nach dem Attentat auf die israelische Olympiamannschaft in München. Was allerdings auch einzigartig war, dass ihr nach dem Prozess und Verbüßungen Eurer Haftstrafen Asyl in der BRD bekommen habt, weil Euch nach Eurer Abschiebung in die Türkei – die Zimmermann ja wollte – Tod und Teufel gedroht hätte. Wie bewertest du diese beiden Vorgänge?

Murat: An dem Tag, als DEV SOL verboten wurde, kamen 6-7 Schließer in Begleitung einer Dolmetscherin und einem Vertreter des Innenministeriums in meine Zelle. Sie wollten mir die Verbotsverfügung aushändigen, weil sie mich für den Anführer der DEV SOL in Deutschland hielten. Ich habe mich für nicht zuständig erklärt, die Verfügung nicht angenommen und ironisch gesagt, sie sollten sich einen anderen Genossen draußen suchen, der bereit wäre, die Verbotsverfügung nach 129a StGB als Verantwortlicher entgegenzunehmen.

Wie schon gesagt, war das Asylbegehren nicht das zentrale Ziel unserer politischen Arbeit hier in der BRD. Gleichwohl – wir wollten ja keine Helden werden - hatten wir den Asylantrag schon vor der Konsulatsbesetzung gestellt. Und das war gut so, denn der damalige Innenminister Zimmermann wollte die gefälschten Akten aus der Türkei zur Begründung unserer Abschiebung einsetzen. Wie heute waren auch damals die Beziehungen zwischen den Staatssicherheitsorganen der Türkei und der Bundesrepublik sehr gut. Aber wie schon im Prozess hatten wir auch hier gute Anwälte. Trotz der Botschaftsbesetzung bekamen wir Asyl.

Hier möchte ich mich noch mal ausdrücklich bedanken bei den Rechtsanwälten Hanswerner Odendahl, Wolfgang Heiermann, Edith Lunnebach, Detlev Hartmann, Reinhard Schön und den anderen Verteidigern.

Allerdings ist die Lage der Oppositionellen aus der Türkei in Deutschland schwieriger denn je. Um die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden, hat die Bundesrepublik, quasi als Gefälligkeit, in der Türkei verbotene politische Organisationen auch hier als terroristisch gebrandmarkt und verboten. Dazu gehört die PKK ebenso wie die DEV SOL. Heute werden erteilte Asylberechtigungen unter dem Vorwand des „Terrorismus" widerrufen.

Nach dem Nagelbombenanschlag der NSU in der Keupstraße in 2004 wurde ich übrigens von der Sprengstoffabteilung vernommen, und zwar als „Zeuge", obwohl ich nicht dort gewesen bin und auch sonst keinerlei Verbindungen zur Keupstraße habe. Man steht unter Generalverdacht, gilt als potenziell Verdächtiger, ganz gleich worum es geht.

Mittlerweile wurde ja bekannt, dass der Anschlag in der Keupstraße durch Versäumnisse der Sicherheitskräfte und des Verfassungsschutzes überhaupt möglich wurde. Statt in der rechtsradikalen Szene nach den Tätern zu suchen, wurden die Täter unter Linken bzw. Türkeistämmigen gesucht. Das zeigt wiederum, dass die Grundgesinnung staatlicher Institutionen nach wie vor nationalistisch ist.

DEV SOL hat sich später Anfang der 90er in der Türkei gespalten und die Flügel haben sich bewaffnete Kämpfe geliefert. Wie bewertest du heute Eure Organisation, die Aktion in Köln und was machst du heute – politisch und privat?

Murat: Ja, DEV SOL hat sich 1994 gespalten in DEV SOL und DHKP – C (Revolutionäre Volksfrontpartei). In der akuten Spaltungssituation gab es spontane bewaffnete Kämpfe untereinander mit vielen Toten und Verletzten. Das war sehr bedrückend. Gewalt sollte niemals ein Mittel der Lösung der internen Probleme innerhalb der Linken Organisationen sein. Ich bewerte diesen Ausbruch der inneren Gewalt als eine Art Kinderkrankheit, die überwunden werden muss. Die Probleme müssen mit demokratischen Mitteln gelöst werden statt mit Gewalt. Die Gewalt hat mich auch überrascht, denn bis dahin war Gewalt – weder innerhalb der Organisation, noch gegen andere Linke Organisationen – keine Methode, die von der DEV SOL angewandt wurde. Aus diesen Konflikten ging die DEV SOL geschwächt hervor und ist heute nicht mehr aktiv. Die DHKP-C arbeitet weiter auch in der BRD, al-

lerdings unter dem Damoklesschwert des 129a StGB. Sie ist verboten.

Ich selber bin nicht mehr organisiert. Heute unterstütze ich deutsche und türkische antirassistische und antifaschistische Aktionen und Organisationen. Ich lebe nun dauerhaft in Deutschland und halte es für sinnvoll, mich hier zu engagieren. Die politischen Entwicklungen in der Türkei und in Kurdistan verfolge ich nach wie vor sehr intensiv.

Der Anlass für unsere Aktion damals war die Verfassung der Junta. Diese ist mit geringfügigen Änderungen immer noch in Kraft. Viele kritisieren sie, doch niemand hatte in den vergangenen 30 Jahren die Kraft, sie grundlegend zu ändern. Nun stehen einige Putschisten vor Gericht und werden angeklagt. Das ist die Folge der Machtverschiebung, die stattgefunden hat. Erdogan rechnet mit allen ab, die gegen ihn und seine Ideologie waren. Die Anklage der Putschisten wird in der türkischen und der europäischen Öffentlichkeit als ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung verkauft. Diese Meinung teile ich jedoch nicht, denn wenn man sieht, wie Erdogan ebenso wie die Putschisten die Meinungsfreiheit unterdrückt. Sein Regime drangsaliert und verhaftet Journalisten, Schriftsteller, gewählte Abgeordnete, Studenten, Gewerkschafter. Erstmalig in der Geschichte der Türkei wurde ein Buch konfisziert, bevor es überhaupt gedruckt wurde. Die AKP kommt im Deckmantel einer demokratischen Partei daher, doch wie demokratisch im westlichen Sinne eine islamische Partei überhaupt sein kann, ist wiederum eine andere Frage.

Die unheilvolle, dunkle Wolke der Putschisten wurde durch die des Erdogan-Regimes ersetzt.

Anarchistischer Aufruf gegen das G – 20 Treffen in Hamburg

Dokumentation:

Wenn sich am 7. und 8. Juli 2017 die erfolgreichsten Kriegsverbrecher*innen der Gegenwart, die skrupellosesten Ausbeuter*innen von Mensch und Natur, die selbsternannten Leader dieses Planeten, in Hamburg treffen, werden sie dort von uns nicht mit irgendwelchen Forderungen an besseres Regieren oder sozialeres Versklaven konfrontiert und damit aufgewertet werden.

Sie werden die Wut der Straße verspüren, wenn sie mit ihren Kolonnen durch menschenleere Stadtteile eilen und sich dabei über die nächtlichen Anschläge der letzten Wochen unterhalten.

Dieser Aufruf will sich nicht, wie so viele andere zu ähnlichen Treffen, in einer Analyse über die Bedeutung der G – 20 Treffen oder die Politik ihrer

Teilnehmer*innen verlieren. Die Ungerechtigkeit der Welt ist schon tausend Mal erklärt worden, wer jetzt keinen Drang zum Handeln verspürt, braucht nicht einen weiteren Text.

Wir wollen von denen sprechen, die bereits in den Kampf gegen den Kapitalismus und seine ausübenden Staaten mit ihren konformen Gesellschaften verwickelt sind – also von Uns.

Gipfelproteste waren seit Seattle 1999 ein Katalysator des radikalen Widerstands, Individuen und Gruppen kamen zusammen, tauschten sich aus, standen gemeinsam hinter Barrikaden und trugen die Flamme des Widerstands in ihre Regionen zurück. Auch die Schüsse von Göteborg und Genua oder die zahlreich eingeschleusten Spitzel konnten die Entwicklung eines europaweiten, chaotischen Geflechtes von autonomen/anarchistischen/antiautoritären Strömungen nicht stoppen.

Dann kam die Kritik vom Eventhopping auf, als ob irgendjemand dafür plädiert hätte sich lediglich als Krawalltourist*in in einer beliebigen Stadt zu betätigen. In dieser Sektlaune einiger Bewegungsmanager*innen wurden die Proteste gegen den G – 20 in Cannes und Nizza 2011 vorbereitet; alles sollte anders, besser, politischer werden. Eine Nachbereitung wurde damals nicht mehr verbreitet – der Widerstand war schlicht und einfach ausgefallen, lediglich die üblichen Alibi-NGOs spielten ihr Programm ab.

Jetzt ist also Hamburg dran und die Verantwortlichen in den Mordzentralen der Geheimdienste, Polizeibehörden und Militärkommandos raufen sich die Haare. Sie befürchten das Wir kommen. Aber wir haben keine Führung die ausgeschaltet werden kann, unser Widerstand hängt nicht am Kaderverhalten einzelner Personen. Wenn du, der/die diesen Text gerade liest, nicht aktiv wirst, findet vielleicht gar nichts statt. Erwarte nicht, dass andere etwas für dich vorbereiten und du nur noch aufspringen musst.

Sicher wird es eine große Demo der linken Spinner geben, die ihr demokratisches Ritual spielen wollen, wie es ihnen ein gewisser Herr Marx oder Lenin vor 150 Jahren aufgetragen hat. Und vielleicht werden wir auch bei dieser Demonstration dabei sein oder am Rand oder hinter den Linien der Bullen. Das zu überlegen und vorzubereiten ist noch Zeit genug.

Wir hingegen rufen zu einer Kampagne im Vorfeld auf – gegen jede Form von Herrschaft. Zerstören wollen wir bis zum Juli 2017 (und wenn es auch nur symbolisch sein kann...) die Herrschaft des Patriarchats

über die Frauen, die Herrschaft der Staaten über ihre Grenzen und urbanen Zentren, die Herrschaft der Arbeit über unsere Zeit, die Herrschaft des Geldes über unser Sozialverhalten, die Herrschaft der Waren über unser Leben, die Herrschaft der Bullen über die Angst vor Repression in unseren Köpfen.

In Hamburg und in jedem Dorf sind unendlich viele Ziele zum Zerstören geeignet, wir sollten jetzt damit anfangen. Damit im Juli 2017 die Entfremdung zwischen der Welt der G – 20 und dem Rest so groß geworden ist, dass wir keine Gipfeltreffen mehr brauchen um zusammen zu kommen. Die militante Kampagne gegen den G8 in Heiligendamm 2007 könnte als Vorbild dienen, denn sie hat, neben einem sinnlosen Ermittlungsverfahren, auch einer neuen Generation von Aktivist*innen durch selbstbestimmte klandestine Aktionen und den flüchtenden Bullen im Steinhagel von Rostock, ein Gefühl von eigener Stärke und den Möglichkeiten horizontaler Organisierung vermittelt.

Zudem rufen wir auch zu einer theoretischen Vertiefung unserer Praxis auf, wobei die Anwesenheit oder Abwesenheit der Anarchie bei Revolten wie jüngst in Frankreich, Spektakeln wie im März 2015 in Frankfurt, Ritualen wie am 1. Mai oder der alltäglichen Kiezpolitik und Nazi-Bekämpfung auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden sollte. Denn wo wir nicht dabei sind, müssen wir uns nicht über die Dominanz von Reformisten beschweren. Und wo nur leere Phrasen mit einem A darauf verfügbar sind, kann sich das seichte Geplapper von „Aktionskonsensen" mit folgenden Distanzierungen Gehör verschaffen. Ein derartiger Diskurs würde über die bisherigen (begrüßenswerten) knappen G – 20 Bezugnahmen in Anschlagserklärungen hinaus gehen müssen.

Unser Widerstand gegen das G – 20 Treffen will keinen „Sieg" erringen, in dem Sinn einer Verhinderung dieser Veranstaltung. Es könnte lediglich der Anfang sein von etwas, was auch an jedem anderen Tag beginnen könnte: Die Selbstermächtigung des/der Einzelnen über das Bestehende und die (Selbst) organisierung in kollektiven Strukturen. Nur das einem Aufruf dazu sonst kaum Beachtung geschenkt würde. Deshalb also,

G – 20 Treffen angreifen!
Hamburg ins Chaos stürzen!
Die europäische Festung zerstören!

anonym

Proteste gegen den „Tag der Bundeswehr" in Hamburg

AntimilitaristInnen stören Festrede der Verteidigungsministerin

Das Hamburger Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)" und die Regionalgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) haben am Samstag, 12.6.2016, mit verschiedenen kreativen Aktionen gegen den „Tag der Bundeswehr" an der Bundeswehr-Hochschule (Helmut-Schmidt-Universität) in Hamburg protestiert. Zur Kundgebung der DFG-VK im Hamburger Außenbezirk Jenfeld direkt vor den Toren der Militär-Universität kamen rund 50 junge und alte AntimilitaristInnen aus der Hansestadt und dem Umland. Mit Infotisch, Flyern, Transparenten, Ballons für Kinder und „Probeliegen im Sarg" sorgten die Proteste für Aufsehen. Bei Gesprächen kam es zu teils hitzige Diskussionen mit BesucherInnen.

Als um 13.30 Uhr die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ihre Rede zum „Tag der Bundeswehr" begann und diese auf Leinwänden in Hamburg ausgestrahlt wurde, kam es zu lautstarken Protesten. Rund zwei Dutzend AntimilitaristInnen hatten mit Transparenten mit Aufschriften wie **„War starts here, let's stop it here!"** und mit Parolen wie „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt" das Gelände der Militär-Hochschule betreten, um ihrem Unmut über das Militär-Event Luft zu machen. Die gesamte Ansprache war für die ZuhörerInnen nur schwer verständlich.

In Anspielung auf den Bundeswehr-Kampagnen-Slogan „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst" sagte die Pressesprecherin des Bündnisses „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)", Denise Wilken:

„Wenn wir tun, was den Militärs nicht passt, sorgt die Bundeswehr dafür, dass es keinen Protest mehr gibt. Als wir unseren Widerspruch gegen die

Militarisierung der Gesellschaft kundgetan haben, hat man uns Platzverweise erteilt und unter Androhung von Gewalt vom Gelände geschmissen."

Wilken erklärte weiter: „Wir lehnen militaristische Schmierenkomödien wie den „Tag der Bundeswehr" ab. Die Bundesregierung und die Bundeswehr versuchen mit solchen Inszenierungen, dem Militär und der deutschen Kriegspolitik Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen. Damit die andauernden Auslandseinsätze für deutsche Konzerne und deutsche Großmachtträume weiter funktionieren, müssen die Menschen an der Heimatfront davon überzeugt werden, dass die Kriege von deutschem Boden richtig sind.

Die Bundeswehr-Werbung muss sofort eingestellt werden." *Bildung ohne Bundeswehr (BoB)*

36 Jahre nach den rassistischen Morden

Kundgebung zum Gedenken an Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân!

Hamburg, 27.8.2016 - Heute Mittag versammelten sich ca. 80 Menschen in der Hamburger Halskestraße, um mit einer Kundgebung der beiden vor 36 Jahren von Neonazis der „Deutschen Aktionsgruppen" ermordeten Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân zu gedenken. Der 22jährige Nguyen Ngoc Châu und sein Zimmergenosse, der 18jährige Do Anh Lân, waren vor dem Vietnamkrieg nach Deutschland geflüchtet und lebten in der damaligen Geflüchtetenunterkunft in der Halskestraße 72, in der sich heute ein Hotel befindet.

Bei der Veranstaltung wurden die Forderungen nach einer Umbenennung der Halskestraße zu ihren Ehren, der Installierung einer dauerhaften Gedenk- und Informationstafel sowie der Umbenennung der Bushaltestelle am Tatort bekräftigt. Unter den Teilnehmer*innen war auch die Mutter Do Anh Lâns, die nach dem Mord an ihrem Sohn nach Deutschland einreisen konnte.

Außer der Initiative für ein Gedenken an Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân sprach ein Überlebender des Anschlages in der Halskestraße, ein Überlebender des Brandanschlags in Mölln 1992, sowie Vertreter*nnen von Hamburg Postkolonial, der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, des Bündnis gegen Rassismus Berlin.

Nach einer Schweigeminute und einem buddhistischen Gebet legten die Kundgebungsteilnehmer*innen Blumen vor einer Gedenktafel nieder, die auf Vietnamesisch und Deutsch über die Ereignisse von 1980 informiert.

Vor der Tafel mit den Bildern von Do Anh Lân und Nguyen Ngoc Châu war ein kleiner Altar mit Kerzen, Räucherstäbchen und Speisen und Getränken arrangiert, um der beiden Toten zu gedenken.

Da auch drei Jahre, nachdem ein erstes Mal vor Ort an die Opfer des Brandanschlages erinnert wurde, noch keine offizielle Tafel errichtet ist, wurde diese allerdings nur provisorisch aufgestellt.

Zuvor hatte ein Überlebender des Anschlages, in einem bewegenden Beitrag berichtet, wie er in der Nacht vom 21. auf den 22. August half, einen der beiden durch das Feuer schwer verletzten Männer aus dem Zimmer zu bergen. Er sprach davon, dass er diese Bilder sein Leben lang nicht vergessen würde, von dem Impuls, das Erlebte zu verdrängen – aber auch davon, dass es gut sei, über seine Erinnerungen zu sprechen. Deutlich wurde in diesem Beitrag zudem, wie wenig

Unterstützung die überlebenden Bewohner*innen der Unterkunft nach dem Anschlag erhalten hatten.

Neben dem Gedenken an die Opfer und der Erinnerung an diesen grausamen rassistischen Mord, der bis zu einer ersten Gedenkkundgebung vor zwei Jahren fast vollkommen vergessen war, befassten sich weitere Redebeiträge mit der Dringlichkeit und Aktualität des Gedenkens und der Kontinuität rassistischer Morde in Deutschland.

Der Beitrag der Initiative für ein Gedenken an Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân setzte sich kritisch mit der offiziellen Hamburger Straßenumbenennungspraxis auseinander. Aus einem an die Initiative gerichteten Schreiben des damaligen Bezirksamtsleiters des Bezirks Mitte, Andy Grote, ging hervor, was einer Umbenennung der Halskestraße entgegen stehe: Neben anderen Hinderungsgründen, ist dies offenbar auch der Umstand, dass die vietnamesischen Namen der



beiden Toten nicht der behördlichen Vorstellung entsprechen. So sollten Straßennamen laut Kulturamt „[...] nach Vorgaben des Senats möglichst kurz, einprägsam und für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch unmissverständlich sein. Benennungen in fremder Sprache sind unzulässig, wenn die Schreibweise zu falscher Aussprache führen kann."

Eine solche Einstellung kann gutwillig nur als realitätsfremd gedeutet werden, denn in einer Großstadt wie Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen mit Familiennamen unterschiedlichster Sprache. Es ist schwer vorstellbar, dass die Entscheidung, eine Person mit der Widmung einer Straße zu ehren, anhand der Geläufigkeit des Namens getroffen wird. Im Fall von Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân ist eine solche Haltung allerdings nicht akzeptabel. Den Opfern rassistischer Morde auch von offizieller Seite mit einem deutlichen Zeichen zu gedenken, ist ebenso moralische Verpflichtung wie politisches Statement, wie der Vertreter der Initiative in seiner Rede unterstrich:

„Die Frage, ob die Halskestraße [...] nach Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân benannt wird, ist keine

Frage von kurzen oder gut oder schlecht aussprechbaren Namen, es ist eine Frage des politischen Willens […]. Eine Entscheidung darüber, ob man eine Straßenbenennung auch als ein Mittel ansieht, dem Vergessen und Verharmlosen von Rassismus und rassistischen Gewalttaten in Zeiten von Pegida, AfD, identitärer Bewegung usw. entgegenzutreten."

Das durch den Akt einer Straßenumbenennung verdeutlichte Bekenntnis, die Opfer und Betroffenen nicht zu vergessen und ihnen zumindest symbolisch Raum „in der Mitte der Gesellschaft" zu schaffen, wäre auch eine Positionierung gegen den gesellschaftlichen Rassismus.

Auf die Schwierigkeiten, auf die Initiativen stoßen, die sich kritisch mit Straßenbenennungen in Hamburg befassen, gingen auch zwei Vertreterinnen von Hamburg Postkolonial ein. Die erste Rednerin unterstrich in ihrem Beitrag die Bedeutung einer umfassenden Dekolonialisierung des Hamburger Stadtraums und die entsprechende Umbenennung von Plätzen, Straßen oder Häusern, die nach Kolonialverbrechern oder -mördern benannt sind. Es geht darum, die darin ausgedrückte Romantisierung und Legitimierung des Kolonialismus zu beenden. Was dies konkret heißt, wurde am zweiten Beitrag von Hamburg Postkolonial deutlich, der die Auseinandersetzungen um die Umbenennung der Walderseestraße und die Aberkennung seiner Ehrenbürgerschaft thematisierte. Waldersee war europäischer

Oberbefehlshaber im antikolonialen Boxerkrieg in China. Hamburg Postkolonial schlägt vor, die Straße nach Chong Tin Lam umzubenennen, der in den 1920ern aus dem kriegszerrütteten China nach Hamburg gekommen war. Im Nationalsozialismus organisierte er die Flucht ehemaliger chinesischer Kriegsgefangener und wurde selbst in Fuhlsbüttel und anderen Lagern inhaftiert.

Die ungebrochene Kontinuität rassistische Morde von dem Anschlag in der Hamburger Halskestraße bis in die Gegenwart führte der Beitrag der Berliner Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş vor Augen. Burak Bektaş wurde am 5. April 2012 in Berlin-Neukölln auf offener Straße getötet, als ein Unbekannter in eine Gruppe junger migrantischer Menschen schoss. Der Täter wurde bis heute nicht gefasst, daher ist neben den vielen anderen offenen Punkten die Frage, ob Rassismus das Motiv war, zentral und angesichts der Umstände naheliegend.

Die Rednerin unterstrich die große Bedeutung, die den Familien der Opfer zukommt: „Das, was die Familie Arslan, Familie Taşkörpü, Familie Avcı und viele andere mehr geleistet haben, um sich dem Vergessen und Vertuschen rassistisch motivierter Gewalt in Deutschland entgegenzustellen und sogar der eigenen Kriminalisierung sich entgegenstellen mussten, verdient unsere tiefste Anerkennung."

Für den April nächsten Jahres plant die Initiative eine Kampagne, um anlässlich des 5. Jahrestages des Mordes an Burak Bektaş die Forderungen nach der Aufklärung des Mordes und nach einem sichtbaren Gedenken zu forcieren.

Den mangelnden Willen zur Aufklärung rassistischer Morde in Deutschland, wie aktuell im NSU-Komplex, und die Notwendigkeit der Selbstorganisierung der Betroffenen, verdeutlichte auch ein Überlebender des Brandanschlags in Mölln 1992. Explizit appellierte er an Überlebende und Angehörige, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Die Perspektive der Betroffenen, so die Konsequenz, muss einen deutlich zentraleren Stellenwert erhalten, als bisher der Fall.

Das überregionale Interesse an der Hamburger Gedenkinitiative verdeutlichte auch die Teilnahme eines Vertreters des Berliner Bündnis gegen Rassismus, der anmahnte, dass in vielen Fällen von rassistischen Übergriffen die Aufklärung und Gerechtigkeit immer noch ausstehen. Das Verlesen von über 25 Namen von Todesopfern rassistischer Übergriffe, stellvertretend für alle Opfer rassistischer Gewalt, war sehr eindrücklich.

Die Initiative für ein Gedenken an Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân möchte sich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei allen Beteiligten und Teilnehmer_innen der Kundgebung bedanken.

Initiative für ein Gedenken an Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân

Tierproduktion stoppen! Klima retten!

Aufruf zur Demonstration gegen die EuroTier am 12. November 2016 in Hannover

Kommt zur ersten großen Demo gegen die EuroTier, „Weltweit die Leitmesse für Tierhaltungs-Profis"! Die EuroTier ist ein zentraler Schauplatz von Handel, Management und Wissenstransfer rund um die Tierproduktion. Wir richten uns gegen die Tierproduktion, weil mit ihr eine rasant wachsende, immens umwelt- und klimaschädliche, extreme Form von Ausbeutung von Umwelt, Tieren und Menschen vorliegt. Wenn wir den Klimawandel und das Tier- bzw. Artensterben aufhalten und gute Ernährung für alle Menschen sichern wollen, müssen wir die Tierproduktion stoppen und unsere Landwirtschaft radikal umgestalten.

Umwelt und Klima

Derzeit werden über 60 Milliarden Säugetiere und Vögel pro Jahr für die Herstellung von Fleisch, Milch, Eiern und anderen Tierprodukten „verbraucht". Geht das gegenwärtige Wachstum der Tierindustrie ungebremst weiter, dürfte diese Zahl bis zur Mitte des Jahrhunderts auf über 100 Milliarden steigen. Hinzu kommen mehrere Billionen von Wassertieren, die zum Teil ebenfalls industriell gehalten und gefüttert werden.

Die Auswirkungen auf Umwelt und Klima sind dramatisch. Schon weit in der Vergangenheit war die „Viehwirtschaft" ein wesentlicher Treiber von Waldrodungen. Heute wird die globale Tierproduktion je nach Studie für 14 bis über 25 Prozent des Treibhausgasausstoßes verantwortlich gemacht. Hervorzuheben sind dabei der immense CO2 -freisetzende Landverbrauch insbesondere für die Futtermittelproduktion sowie die klimaschädlichen Verdauungsgase vor allem der Rinder.



Neben dem Klimawandel kommt es zu Wechselwirkungen mit weiteren „planetaren Grenzen" betreffs der Landnutzung und biochemischer Kreisläufe wie z. B. dem Stickstoffkreislauf, die durch die Tierindustrie bedroht oder überschritten werden. Mittlerweile sind über ein Drittel der weltweiten Böden schwer geschädigt oder verloren. Hierzu trägt insbesondere die Futtermittelindustrie bei, da sie einen Großteil der zumeist mit intensiven Methoden angebauten pflanzlichen Grundnahrungsmittel wie Soja, Mais und Getreide verbraucht. Die große Menge an ungeklärten Fäkalien aus der Tierwirtschaft greift massiv in den Stickstoffkreislauf des Planeten ein und bedroht die ökologische Funktion von Gewässern. Die Herstellung von Tierprodukten verbraucht zudem deutlich mehr Wasser und fossile Brennstoffe als die Erzeugung pflanzlicher Nahrungsmittel.

Vernichtung, Ausbeutung und Unterdrückung

Auch für die erschreckend schnell fortschreitende Vernichtung der biologischen Vielfalt an Pflanzen und Tieren ist die Tierproduktion erheblich mitverantwortlich. Zahllose Tiere, ganze Arten, sterben aufgrund der Zerstörung ihrer Lebensräume durch die Agrarindustrie. Die Tierproduktion beruht dabei selbst auf der gewaltsamen Ausbeutung von fühlenden Lebewesen. Mit der Zurichtung auf bestimmte Leistungen durch Hochzucht und genetische Veränderung, mit körperlichen Verstümmelungen, mit beengter Haltung in reizarmer Umgebung, Trennung von Eltern und Jungtieren, Inkaufnahme von Krankheiten und schweren Leiden sowie mit der Tötung zum ökonomisch sinnvollsten Zeitpunkt werden die Bedürfnisse der Tiere in der Produktion systematisch missachtet. Empfindende Individuen werden zur Ware gemacht und ihre Existenz komplett den Interessen der Produktion untergeordnet. Im Zuge der wirtschaftlich aufstrebenden und politisch forcierten Bioökonomie werden Tiere auch explizit zur bloßen Biomasse degradiert. Schlachtreste, Gülle und andere Nebenprodukte der Tierproduktion werden unter Ausblendung ökologischer Zusammenhänge als „erneuerbare" Ressourcen zum Beispiel für die Erzeugung von Biogas propagiert.

Die Profitabilität der Tierproduktion wird darüber hinaus mitunter durch krasse Menschenrechtsverletzungen und undemokratische, repressive Politik durchgesetzt. Im globalen Süden sind noch verbliebene indigene Kulturen existenziell von brutalem Landraub und Vertreibung zu Gunsten der Futtermittelindustrie betroffen. Überall werden Kleinbäuer*innen die Lebensgrundlagen entzogen. Hierzulande stehen Schlachtkonzernen wegen schwerer Verstöße gegen das Arbeitsrecht durch Lohndumping bis hin zu Menschenhandel in der Kritik. Der Neubau von Tieranlagen und Schlachthöfen wird häufig rücksichtslos gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung durchgesetzt.

Ethik und Politik

Die Frage der Tierproduktion ist somit in mehrfacher Hinsicht eine Frage der Gerechtigkeit. Genau wie bei anderen klimaschädlichen Branchen kann es hier nicht um auf Wachstum ausgerichtete technische Lösungen gehen, wie uns vielfach von Politik und Wirtschaft suggeriert wird. Stattdessen müssen wir hier und überall individuell und gesellschaftlich ganz neu aushandeln, wie wir leben wollen, ob und wie wir die Kosten für unser Leben begrenzen und tragen wollen.

Die offiziellen internationalen und nationalen Anstrengungen zur Umsetzung hehrer Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele entpuppen sich zunehmend als Greenwashing für umweltzerstörende profitorientierte Konzernpraktiken zugunsten von Eliten.

Für grundlegende Veränderungen engagiert sich eine erstarkende globale Bewegung für Klimagerechtigkeit und für „System Change not Climate Change". Die Graswurzel-Klimabewegung in Deutschland konzentriert sich dabei bislang wie die offizielle Politik sehr auf fossile Brennstoffe. Es ist aber an der Zeit, das „Klimathema" in seiner ganzen Bandbreite zu thematisieren und damit auch die hier besonders ins Gewicht fallende Tierproduktion im Kontext der industriellen Landwirtschaft als „Klimakiller" zu skandalisieren.

EuroTier

Auf der weltweit größten Fachmesse für Tierhaltung in Hannover treffen sich im zweijährigen Rhythmus Akteure aus der Tier- und Landwirtschaft, aus nach- und vorgelagerten Branchen sowie aus Politik und Verwaltung. An Messeständen von weit über 2.000 Ausstellern sowie auf Fachveranstaltungen und Tagungen können sich rund 160.000 Besucher*innen über „die neuesten Trends und Innovationen im Bereich Tierhaltung, Management und Dienstleistungen“ informieren. In Tiershows werden lebende Rinder, Schweine und andere Tiere als Produktionsmittel vorgeführt.

Der Standort der EuroTier spricht für sich: Deutschland produziert immer mehr Fleisch und erreicht in diesem Jahr wieder einen Höchstwert. Der Konsum von Fleisch ist in Deutschland zwar leicht rückläufig, liegt aber noch weiterhin deutlich über dem weltweiten Durchschnitt. Beim Schweinefleisch ist Deutschland in Produktion und Export Europameister und Vize-Weltmeister nach China. Der durch EU-Agrarsubventionen verstärkte Fleischexport wirkt sich verheerend auf die Nahrungsmittelproduktion und Ernährungssouveränität in anderen Ländern aus.

Die Messe in Hannover repräsentiert und forciert diese unvorstellbar schnell wachsende und destruktive globale Tierindustrie. Damit muss Schluss sein!

Globale Klimagerechtigkeit und Gerechtigkeit gegenüber Tieren gehören zusammen.

Wir fordern daher ein Ende der Tierproduktion und den Übergang zu einer ökoveganen und solidarischen Landwirtschaft.

Kommt zur Demo! Unterstützt unseren Aufruf oder verfasst selber einen!

Animal-Climate-Action
http://animal-climate-action.org

Anarchist*innen wegen Bankenteignung in Aachen beschuldigt und im Knast

Zwei Anarchist*innen sitzen zur Zeit in Aachen und Köln in U- Haft weil ihnen die Beteiligung an einem Banküberfall vorgeworfen wird. Eine weitere Gefährtin soll nach dem Willen des deutschen Staates ebenfalls ausgeliefert werden.

Am Morgen des 14. November 2014 betritt eine Gruppe von bewaffneten Personen die Filiale der kirchlichen Pax Bank in Aachen. Nach dem Leeren des Tresors und dem Fesseln der Angestellten der Bank, wird die Filiale, ohne Verletzte zu hinterlassen, verlassen. Die Bullen verknüpfen diese Bankenteignung mit zwei anderen Banküberfällen, die in den Jahren zuvor in der gleichen Stadt stattgefunden hatten.

Nach erfolglosen Ermittlungen gibt es 4 Monate nach dem Überfall die Rückmeldung einer Übereinstimmung auf eine europaweite Anfrage bezüglich der vermeintlich am Tatort gefundener DNA. Diese DNA Spur stammte aus Barcelona und war zu dem Zeitpunkt noch keiner Person zuzuordnen, sondern einem Handschuh der bei einer politischen direkten Aktion 2009 auf der Straße liegen blieb.

Ab jetzt fokussierten sich die Ermittlungsbehörden beider Länder auf die, wie es in der deutschen Presse heißt, „Besetzerbewegung der extremen Linken in Barcelona“. Im Rahmen dieser Untersuchung sammelten die katalanischen Bullen laut eigener Darstellung heimlich eine Bierdose der nun weg gesperrten Gefährtin auf. Der so habhaft gewordenen DNA wurde eine Übereinstimmung mit der DNA aus Aachen nachgewiesen und Monate später wurde die Gefährtin aufgrund eines europäischen Haftbefehls in Barcelona am 13. April diesen Jahres verhaftet. Nach 2,5 Monaten in Haft wurde sie nach Deutschland ausgeliefert.

Am 21. Juni wurde ein weiterer anarchistischer Gefährte in seinem Zuhause in Barcelona mit gezogenen Waffen verhaftet und ebenfalls nach Deutschland ausgeliefert, aufgrund von DNA Spuren die 2014 in Aachen gefunden wurden. Ihm war seine DNA bei einer inszenierten Alkoholkontrolle mittels des einbehaltenen Mundstücks des Alkoholtesters abgenommen worden. Bereits im Juni 2015 war eine Anarchistin für ein halbes Jahr in Köln in U-Haft und wurde wegen eines anderen Banküberfalls 2013 in Aachen angeklagt. Die Anschuldigungen wurden jedoch vorerst fallen gelassen bis nun der deutsche Staat wiederum ihre Auslieferung aus den Niederlanden beantragt hat über welche am 1. September 2016 entschieden wird. Wann und in welchem Umfang der Prozess in Deutschland wiederum beginnen wird ist bisher noch unklar.

Mit diesen Anarchist*innen verbindet uns die Idee von einem freien Leben ohne Herrschaft und Autorität sowie der Kampf gegen diese. Ob sie „schuldig“ oder „unschuldig“ sind spielt nur für die eine Rolle, die das Gesetz und diese unterdrückerischen Verhältnisse anerkennen. Die Enteignung einer Bank kann als Angriff gegen die Herrschaft von Eigentum und Geld, die in diesen Verhältnissen mehr als Menschenleben wert sind, neben vielen anderen eine revolutionäre Aktion sein. Ob die Überfälle in Aachen revolutionäre Enteignungen waren oder die Arbeit von professionellen Kriminellen, können nur die wissen die sie ausgeführt haben.

Solidarität mit den gefangenen und verfolgten Anarchist*innen!

Solidarität mit den Rebel*innen die mit Mut und Kraft diese Welt der organisierten Ausbeutung und Unterdrückung überfallen und angreifen!

DNA-Abnahme angeordnet & Neue Erkenntnisse zu anderen Verfahren

Anfang Juli haben zwei Personen aus Bielefeld einen richterlichen Beschluss zur DNA-Abnahme erhalten. Dieser steht im Zusammenhang mit einem Verfahren, welches im Januar 2015 in Berlin eröffnet wurde. Gegen den Beschluss wurde Widerspruch eingelegt, was allerdings erwartungsgemäß erfolglos verlief. Somit könnte es jetzt zu jeder Zeit zur DNA-Abnahme kommen.

Zum Hintergrund:

Anfang Januar 2015 fand anlässlich des 10. Todestages Oury Jallohs in Berlin Neukölln gegen Abend eine wilde Demo statt, in deren Verlauf das Rathaus Neukölln und das Amtsgericht mit Farbe und Steinen angegriffen, sowie einige Schaufensterscheiben, unter anderem die zweier Banken, sowie die Heckscheibe einer Securitas-Streife zerstört wurden. Zudem wurden Flugblätter hinterlassen, in denen der gewalttätige rassistische Normalzustand der BRD thematisiert wird. Im weiteren Verlauf der Nacht gab es vier Festnahmen. Bei zwei der damals vorübergehend Festgenommenen handelt es sich um die Beiden aus Bielefeld, die nun – eineinhalb Jahre später - ihre DNA abgeben sollen.

In den Straßen Neuköllns, rund um den Ort des Geschehens, haben die Bullen noch in der Nacht zahllose vermeintliche Beweismittel eingesammelt: Kleidungsstücke, Stoffbeutel, Plastikbeutel, Schraubglasdeckel und ohne Ende Pflastersteine. An diversen dieser Fundstücke haben sie DNA feststellen können und versuchen diese zuzuordnen.

Wichtig dabei zu erwähnen ist, dass es bei der DNA-Analyse Übereinstimmungen mit bereits in der BKA-Datenbank gespeicherten unbekannten Funden gibt, also DNA-Datensätze denen bisher keine Person(en) zugeordnet werden konnten. Hierbei handelt es sich um ein Verfahren wegen Vorbereitung zur Einsatzmittel- / Wehrmittelsabotage inklusive Hausfriedensbruch am Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in Sachsen-Anhalt und um ein Verfahren aus Berlin, in dem es um Brandanschläge an Deutsche Bahn Fahrzeugen geht.

Auch das aktuelle Verfahren zeigt, dass es zur Praxis der Verfolgungsbehörden gehört einfach alles Mögliche an jeweiligen Tatorten einzusammeln, um es einer DNA-Analyse zu unterziehen. Diese Methode erfährt seitens der Justiz immer mehr Zuspruch und Glaubwürdigkeit. Eine Entwicklung, die selbst den Bereich der sogenannten Kleinkriminalität mit einschließt. Das hat zur Folge, dass eine weitreichende Katalogisierung der Gesellschaft und von vermeintlich Kriminellen anhand von DNA-Profilen stattfindet. Dieser Logik und dem zu Folge auch der angeordneten DNA-Abnahme werden sich die Beiden verweigern.

Was immer die Ermittlungen der Bullen und der Justiz ergeben werden, es sollte nicht darum gehen, ob sie mit ihrer DNA-Analyse eine Schuld oder Unschuld zuweisen können. Das worum es gehen sollte, ist das was in der Nacht des 07. Januars 2005 stattgefunden hat: Rassistische Bullen haben Oury Jalloh bei lebendigen Leib und ans Bett gefesselt in einer Dessauer Polizeizelle verbrennen lassen. 10 Jahre später haben Menschen beschlossen über den Mord nicht zu schweigen, sondern ihre Wut auf die Straße zu tragen.

Ob Fotos, Fingerabdrücke oder DNA – Verweigert euch der Sammelpraxis der Bullen!

Zeigt euch solidarisch mit den von Repression Betroffenen!

Gegen den rassistischen Normalzustand!
Oury Jalloh das war Mord!

anonym

Der Staat zeigt euch seine Zähne, dann sorgen wir halt für Zahnausfall!

Die Medien überschlagen sich in den letzten Wochen regelmäßig, wenn die Staatsanwaltschaften und das BKA neue Meldungen über die aktuell immer noch gesuchten Genoss*innen Daniela, Burkhard und Volker berichten und neue Spekulationen über Ihre Aufenthaltsorte veröffentlichen. Aktuell inszenieren sie eine europaweite Fahndung und versuchen die drei weiter unter Druck zu setzen. Wir veröffentlichen Heute ein kleines Zeichen unserer Solidarität.

Aktuell wird Ihnen von staatlicher Seite vorgeworfen, sie hätten Geldtransporter und Supermärkte überfallen. Das BKA wirft Ihnen außerdem vor, an der Knastsprengung in Weiterstadt beteiligt zu sein und konstruiert Ihnen eine führende Rolle in der RAF-Kommandoebene zu.

Die Sprengung der in Bau befindlichen JVA Weiterstadt ist eine der gelungensten Aktionen des militanten und bewaffneten Wiederstands in der BRD. Auch heute noch Vorbild und Inspiration für viele aktiv kämpfende Genoss*innen. In regelmäßigen Abständen zeigt der BRD Sicherheitsapperat das sie nicht fähig sind Fünfe gerade sein zu lassen. Sonja und Christian haben das spüren müssen, Bernhard, Thomas und Peter spüren das und nun soll der Druck auch auf Euch erhöht werden. Wir sehen darin ein letztes aufblähen der Sesselfurzer in Wiesbaden, getrieben einzig und allein von Rache, Rache die Strukturen niemals vollständig zerschlagen zu haben und aller habhaft geworden zu sein.

Einst schrieb das Kommando Katharina Hammerschmidt in der Erklärung zur Knastsprengung 1993 „Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen! Rassistisches Bewusstsein in der Gesellschaft im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben - auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kalte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist!“

Aktueller denn je stehen wir vor Herausforderungen und Fragen, auch an Projekte anzuknüpfen, oder in veränderter Form fortzuführen. Der NSU, der Deutsche Rassismus in der Gesellschaft der seine hässliche Fratze zeigt und neue Faschisten hervorbringt. AFD, Dritter Weg, Identitäre, CDU/CSU, SPD und der klägliche Rest der NPD in diesem Land zeigen einmal mehr, das militanter Widerstand notwendig ist. Für eine Befreiung aller, kann nur die Zerschlagung des kapitalistischen Zustandes und die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln unser Ziel bleiben. Unterstützt die Kämpfe in Frankreich, Spanien und Griechenland. Am besten gelingt uns dass gemeinsam, in dem wir hier vor Ort die Strukturen der BRD angreifen, schwächen und sie sabotieren.

Wir möchten in aller Entschlossenheit unsere Grüße und unsere Solidarität für Euch Daniela, Burkhard und Volker übermitteln. Auf das Euch die Bullen niemals kriegen werden!

Einige dabei gebliebene
linksunten.indymedia.org 1.6.2016

Venezuela - Bernd Heidbreder vorerst raus

Caracas. Nach über zwei Jahren Haft in Venezuela ist der deutsche Aktivist Bernhard Heidbreder wieder frei. Nach Angaben seiner Rechtsanwältin Silke Studzinsky wurde er am vergangenen Samstag mit der Auflage entlassen, sich zunächst in der Hauptstadt Caracas aufzuhalten, wo die dortige Ausländerbehörde seinen Aufenthaltsstatus prüft.

Heidbreder war im Juli 2014 von Zielfahndern des deutschen Bundeskriminalamts in der Andenstadt Mérida in Venezuela aufgespürt und von der nationalen Polizei festgenommen worden. Deutschland ersuchte umgehend um seine Auslieferung. Der venezolanische Oberste Gerichtshof lehnte dies Ende Oktober 2015 mit der Begründung ab, die von den deutschen Behörden vorgeworfenen Delikte seien zum damaligen Zeitpunkt von Venezuela nicht als Terrorismus zu bewerten gewesen und zudem „offensichtlich verjährt“. Das Gericht ordnete jedoch nicht seine Entassung an, sondern die Überstellung an die Immigrationsbehörde, die über seinen Aufenthaltsstatus befinden sollte. Heidbreder hat Asyl in Venezuela beantragt.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) verdächtigt ihn und zwei weitere Personen, der militanten autonomen Gruppe „Das Komitee“ angehört und sich im Oktober 1994 an einem Brandanschlag auf ein Gebäude des Kreiswehrersatzamtes Bad Freienwalde beteiligt zu haben. Im April 1995 sollen sie zudem einen Sprengstoffanschlag auf den damaligen Rohbau des Abschiebegefängnisses in Berlin-Grünau vorbereitet haben, der jedoch nicht durchgeführt wurde. Heidbreder und zwei weitere Personen tauchten unter und werden seitdem mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Nach Angaben seiner Anwältin besteht der deutsche Haftbefehl gegen Heidbreder fort. Da inzwischen alle übrigen Tatvorwürfe verjährt sind, ermittelt die BAW gegen die drei Männer nur noch wegen „Verabredung zu einem Sprengstoffverbrechen“ nach Paragraph 30 Absatz 2 Strafgesetzbuch im Fall Grünau. Dieser Paragraph sieht allerdings eine absolute Verjährungsszeit von 40 Jahren vor. Damit wird die bloße „Verabredung“ länger verfolgt und höher bestraft, als die tatsächliche Vorbereitung. Die Anwälte der Beschuldigten haben gegen die Haftbefehle Beschwerde eingelegt und zugleich eine Prüfung der umstrittenen Gesetzesvorschrift durch das Bundesverfassungsgericht beantragt: Sie verstoße gegen das Rechtsstaatsprinzip, das Schuld- und Verhältnismäßigkeitsprinzip sowie gegen das Gleichbehandlungs- und Bestimmtheitsgebot.

anonym
linksunten.indymedia.org 19.7.2016

zone à défendre

ZAD verteidigen!
8. Oktober

zad.nadir.org